



universität
wien

DIPLOMARBEIT / DIPLOMA THESIS

Titel der Diplomarbeit / Title of the Diploma Thesis

Populismus im 20. und 21. Jahrhundert
Definition und die drei H's Österreichs

verfasst von / submitted by

Dominik Haider

angestrebter akademischer Grad / in partial fulfilment of the requirements for the degree of
Magister der Philosophie (Mag. phil.)

Wien, 2018 / Vienna, 2018

Studienkennzahl lt. Studienblatt /
degree programme code as it appears on
the student record sheet:

A 190 313 299

Studienrichtung lt. Studienblatt /
degree programme as it appears on
the student record sheet:

Lehramtsstudium UniStG
UF Geschichte, Sozialkunde, Polit.Bildg. UniStG
UF Psychologie und Philosophie UniStG

Betreut von / Supervisor:

ao. Univ.-Prof. Dr. Friedrich Hausjell

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	3
1.1 Haiders Memento	4
1.2 Der Schatten des Populismus	5
1.3 Ziel dieser Arbeit	7
2. Populismus der Nachkriegszeit	8
2.1 Was ist Populismus?	8
2.1.1 Der Volksbegriff	9
2.1.2 Das imperative Mandat	14
2.1.3 Wie erkennt man Populismus?	16
2.2 Der Populismus des 21. Jahrhunderts	18
2.2.1 Das Ziel	18
2.2.2 Die Methoden	20
2.2.2.1 Mythische Identität	20
2.2.2.2 Fake News	22
2.2.2.3 Spiegelung und Erratik	24
2.2.2.4 Horrorclowns und die Macht der Satire	29
2.2.2.4.1 <i>The Singing Trump</i>	31
2.2.2.4.2 <i>Epic Rap Battles of History</i>	35
2.2.2.4.3 <i>Die Quintessenz der tragischen Komödie</i>	40
2.2.2.5 Conclusio	42
2.2.3 Populisten in der Regierung	43
2.2.3.1 Ungarn und Polen	47
2.2.3.2 Populistische Regierungen	55
2.2.4 Die Wählergruppe	57
2.2.5 Exkurs: Entwicklungsgeschichte des „modernen Populismus“	60
2.3 Zusammenfassung	64

3. Die drei H's Österreichs	66
3.1 Methode	66
3.2 Jörg Haider.....	67
3.3 Heinz-Christian Strache.....	85
3.4 Norbert Hofer	95
3.5 Fazit	106
4. Schlusswort.....	108
5. Quellenverzeichnis	111
5.1 Literatur	111
5.2 Zeitungen (Internetquelle)	112
5.3 Social Media	120
5.4 Videos.....	120
5.5 Transkripte.....	122
5.6 Sonstige Quellen.....	128
5.7 Bilderverzeichnis	129
6. Anhang	130
Abstract.....	130

1. Einleitung

Die Stärke eines demokratischen Systems ist der Pluralismus von Meinungen; die Schwäche der Demokratie ist es, dass sie auch Meinungen zulassen muss, die antidemokratisch sind. Als österreichischer Staatsbürger steht es mir frei, mich im politischen Alltag des Landes zu engagieren und durch die Abgabe meiner Stimme am demokratischen Prozess teilzunehmen. Dies beinhaltet auch, dass besagter Prozess fair und im Idealfall ohne Korruption abläuft.

Umso verwunderlicher sind die Geschichten, die man sich von Jörg Haider erzählt. Dieser verteilte einst vor laufender Kamera Geldscheine als „Teuerungsausgleich“ an potentielle WählerInnen, die seiner Meinung nach zu den „bedürftigeren Schichten“ des Bundeslandes Kärnten zählten.¹ Rein zufällig lief zu diesem Zeitpunkt schon der Wahlkampf für eine weitere Periode als Landeshauptmann. Auch wenn es sich hier um eine Wahlwerbung für die Landesregierung (eine Koalition mit der Kärntner SPÖ) gehandelt hat, die von besagter Regierung auch abgesehnet wurde, ist es doch fragwürdig, wo man die Grenze zwischen Werbung und Bestechung ziehen kann. Nicht immer waren die EmpfängerInnen wirklich bestätigte „Bedürftige“. Richard Lugner hat während der Wahl zum österreichischen Bundespräsidenten 2016 seine Karte als Herr der Lugner City ausgespielt und jeder/jedem potentiellen WählerIn im Laufe des Wahlkampfes Freibier und einen Kinobesuch spendiert, solange sich dieser beim jeweiligen Kauf für den in österreichischen Medien oft als ‚der Baumeister‘ bezeichneten Unternehmer ausgesprochen hat.²³ Sieht man bei den Aktionen der beiden rein auf die Tatsache, dass es sich hier um einen öffentlichen und propagierten „Kauf“ von Stimmen handelt, so ist ein gesellschaftlicher Aufschrei samt Korruptionsermittlung mehr als überlegenswert. Wenn man beispielsweise in Richtung eines Karl-Heinz Grasser oder eines Alfons Mensdorff-Pouilly blickt, so haben die Medien diese Skandale lange behandelt und schließlich kam es auch zu den aktuell laufenden Korruptionsverfahren. Im Fall Lugner – der mittlerweile schon mehr als zwei Jahre zurückliegt und wie von Zauberhand aus der öffentlichen Debatte verschwunden ist – wurde die offensichtliche „Bestechung“ schlichtweg nicht ernst genommen. Es wurde mit jeder fortschreitenden Woche klarer, dass er keine Chance auf die Stichwahl hat, und seine Kandidatur an sich wurde eher mit einem Lächeln abgetan. Im Endeffekt blieb ein PR-Effekt für die Lugner City und es kam zu keinen öffentlichkeitswirksamen Konsequenzen. Keine

¹ Vgl.: <https://www.profil.at/home/schoener-schein-land-joerg-haider-198254> (17.08.2017).

² Vgl.: <http://www.vienna.at/lugner-protestiert-vor-dem-orf-zentrum-in-wien-mit-freibier/4688947> (23.04.2018).

³ Vgl.: <http://oe1.orf.at/artikel/433380> (23.04.2018).

Anklage, kein Prozess. Wie schaut es dann im Falle Haiders aus? Er wurde schließlich nicht als heiterer Joker karikiert, wie etwa der Baumeister, sondern hatte damals die Funktion des Landeshauptmanns inne. Diese Frage werde ich im zweiten Teil dieser Arbeit genauer unter die Lupe nehmen. Soviel sei jedoch gesagt: Er hat die darauffolgende Wahl gewonnen.

1.1 Haiders Memento

Die Praktiken, Gefahren und Lehren des kontroversen Kärntner „Landesvaters“ überdauerten ihn. Noch zu seinen Lebzeiten erklomm ein weiterer Mann den Platz an der Spitze der „rechten“ Parteien. Heinz-Christian Strache wurde das neue Gesicht und die neue Stimme der FPÖ und erzielte in jener Partei, in der Haider seine Wurzeln hatte, immer größere Wahlerfolge. Bei den hektischen Neuwahlen im Herbst 2017 war der Ausgang für lange Zeit komplett offen, da sowohl SPÖ, ÖVP als auch FPÖ wahrscheinlich keine jeweils signifikante Stimmenmehrheit mehr bekommen würden. Strache greift nach den Erfolgen von Haider und kann mit Stolz die Regierungsbeteiligung seiner Partei in mehreren Bundesländern, sowie in der Bundesregierung vorweisen. Mit Norbert Hofer, dem Gesicht der FPÖ während der Bundespräsidentenwahl, ist das „rechte Trio“ in der jüngeren Politikgeschichte Österreichs komplett. Haider, „H.C.“ und Hofer werden nämlich durch ein medial immer häufiger verwendetes Wort miteinander verknüpft: Populismus. Diese „drei H’s“ von Österreich werden als Markenpolitiker einer volksnahen Politik angeführt und von den Medien und den anderen Parteien auch dementsprechend behandelt. Zusammen mit immer wieder aufkommenden Vorwürfen bezüglich rechtsradikaler Tendenzen und kleinerer wie auch größerer Skandale in der Nähe der Nazi-Szene (z.B. die Liederbuch-Affäre um Udo Landbauer⁴), gilt die politische Maschinerie und deren Forderungen an Volk, Österreich und Europa als bedrohlicher Protest gegen ein grenzenloses Europa und die Globalisierung. Hierbei sei zur Vollständigkeit gesagt, dass „rechtsradikal“ von „rechtspopulistisch“ scharf zu unterscheiden ist – diese beiden Begriffe können nicht synonym verwendet werden. Anschaulich wird diese Tatsache beim Vergleich eines Videos des amerikanischen War Office aus dem Jahr 1945. Dort werden die Wurzeln des Nationalsozialismus in der Abgrenzung und schrittweisen Eliminierung von Minderheiten identifiziert und dargestellt⁵. Zieht man nun etwa eine Rede Haiders zum Vergleich heran, so wird klar, dass dieser in keiner Weise diese Minderheiten als Hauptaugenmerk festsetzt. Er trifft eine zentrale Unterscheidung in den ersten zwei Minuten dieser Rede am 26. Spetember 1991:

⁴ Vgl.: <https://kurier.at/politik/inland/nazilied-affaere-fpoe-gibt-landbauer-ein-rueckkehrrecht/309.376.392> (24.05.2018).

⁵ Vgl.: <https://www.youtube.com/watch?v=vGAqYNFQdZ4> (24.05.2018).

„Und wenn man si des anschaut, wie die da drüben demonstrieren, die san eigentlich gar nicht von euch da vom Ort. Die kennt nämlich niemand. Das sind also die Bezahlten, die da durch die Gegend fahren müssen, damit sie zwangsweise demonstrieren. Die wollen das Göld dafür – die kriegen noch Geld dafür, dass sie gegen uns demonstrieren. Das zeigt also auch, von welcher Geisteshaltung sie sind – i dat euch empföhl'n, tuts gescheider wos orbeiten, strengts euch ein bissl an, anstatt euch hier ausnützen zu lassen.“⁶

Diese Unterscheidung ist jene, ob man nun dazu gehört, oder nicht - er argumentiert moralisch. Dies ist die zentrale Idee des Populismus, die in dieser Arbeit und vor allem in den kommenden Kapiteln näher betrachtet wird.

1.2 Der Schatten des Populismus

Leider wird bei einer „rechten“ Grundhaltung schnell mit dem Begriff des „Populismus“⁷ um sich geworfen, sodass dieser eine inflationäre Entwicklung erfährt.⁸⁹ Nur weil eine Partei beispielsweise gegen zu starke Kontrolle durch die EU ist und etwa die örtliche Selbstständigkeit der Bauern schützen will, heißt das noch lange nicht, dass die besagte Partei populistisch handelt. Es ist mir deshalb wichtig, dass ich, bevor ich eine Darstellung des österreichischen Populismus liefere, zu allererst festlege, was denn Populismus eigentlich ist. In Zeiten des Wahlkampfes und umfangreicher Migration entsteht das Gefühl, dass der Begriff von den meisten Medien und Parteien schon a priori als negativ und volksverhetzend angesehen wird. Wenn man den Blick auf Europa legt, findet man mit Marine Le Pen in Frankreich, Geert Wilders in den Niederlanden oder gar dem gesamten Fahrprogramm des Brexit – also des bevorstehenden EU-Austritts des Vereinigten Königreiches – zweifelsfrei PopulistInnen. Um genau zu sein: RechtspopulistInnen. Es gibt natürlich auch hier eine Spaltung zwischen links und rechts.

In dieser Arbeit geht es primär um die rechte Sparte des Populismus. Der Grund hierfür ist recht simpel: Es gibt in Europa praktisch keine politischen Schwergewichte im linkspopulistischen Lager. Einer der wohl bekannteren Linkspopulisten ist Jean-Luc Melenchon, der überraschend

⁶ Vgl.: <https://www.youtube.com/watch?v=nAV3iuqfdtg> (24.05.2018).

⁷ Anmerkung: Im Laufe dieser Arbeit wird bei den beiden Wörtern Populismus und Volk im Text stets eine Unterscheidung getroffen. Befindet sich etwa „Populismus“ zwischen Anführungszeichen, so wird hier immer vom umgangssprachlichen Begriff und nicht von der ihm zugrunde liegenden Definition gesprochen. Bei „Volk“ geht man von einer moralischen Definition aus, wie sie eben von Populisten verwendet wird. Dazu mehr im Kapitel 2.1.1 *Der Volksbegriff*.

⁸ Beispielsweise wird ein Alkoholverbot auf dem Praterstern von dessen KritikerInnen als „populistisch“ abgestempelt (Vgl.: https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20180422_OT50023/neos-wien-zu-praterstern-alkoholverbot-ist-reiner-populismus (23.04.2018), <https://derstandard.at/2000078418221/Alkoholverbot-am-Praterstern-Ludwigs-Populismus> (23.04.2018)).

⁹ Vgl.: Jan-Werner Müller. Was ist Populismus? Ein Essay. 4. Auflage, Berlin 2016. Seite 133 f.

fast 20% bei der französischen Präsidentenwahl 2017 erhielt.¹⁰ Obwohl er damit den vierten Platz erreicht hat, ist er genauso schnell wieder aus den Medien verschwunden, wie er gekommen war. Bei einer Analyse Südamerikas würde man nicht am Linkspopulismus vorbeikommen (siehe Hugo Chávez, Rafael Correa, Evo Morales, etc.), in Europa jedoch regiert das rechtspopulistische Lager. Somit wird sich diese Arbeit primär auf die rechte Variante, also die von „H.C.“ Strache, Viktor Orbán, Nigel Farage, etc. fokussieren.

Die Begründung, warum diese denn PopulistInnen seien, konzentriert sich sehr auf den Volksbegriff und das Schaffen von Feindbildern, ist aber bei weitem zu schwammig, um klar die Grundzüge des Populismus herausfiltern zu können. Ein Blick in die USA zeigt das Folgende: Zum einen finden an den Universitäten vermehrt Konfrontationen zwischen „linksliberalen“ und „alt-right“¹¹ Studentenverbindungen statt. Zum anderen befeuern Privatpersonen und Medien, wie etwa Milo Yiannopoulos und dessen ehemaliger Arbeitgeber „Breitbart“¹², mit hetzerischen, kontroversen Aussagen diesen Konflikt. Die wohl offensichtlichste populistische Figur des Landes findet man im derzeitigen Präsidenten Donald Trump – der „Antithese zur Globalisierung“¹³. In der Geschichte gibt es nur selten ein derart glänzendes Beispiel für populistische Mechanismen. Leider übersteigt schon die bloße Analyse der Politiker Österreichs den Rahmen dieser Arbeit, weshalb ich im Laufe dieser Arbeit bloß einen groben Überblick liefern kann. Nichtsdestotrotz lässt sich an ihnen das einzementierte Argument „PopulistInnen können nicht regieren“¹⁴ anschaulich darstellen. Ich stehe nun vor der Aufgabe, in relativ wenigen Seiten eine komplette Reduktion des Begriffs des Populismus auf seine Kernelemente durchzuführen. Dabei werde ich erklären, wie man den Begriff im alltäglichen, politischen Prozess treffend verwenden kann und was man davon unterscheiden muss. Der Populismus hat sich im europäischen Politgefüge etabliert und muss ernst genommen werden. Nachdem die Rahmenlinien geklärt wurden, werde ich die These überprüfen, ob eine populistische Partei mit einer funktionierenden Demokratie grundsätzlich vereinbar ist und wie

¹⁰ Vgl.: <https://www.theguardian.com/world/ng-interactive/2017/apr/23/french-presidential-election-results-2017-latest> (23.04.2018).

¹¹ <https://www.nytimes.com/2017/08/15/us/politics/alt-left-alt-right-glossary.html> (24.05.2018).

¹² Auf dem politischen Spektrum befindet sich „Breitbart“ am rechten Rand. Diese amerikanische Zeitung hat sich dem Kampf gegen die etablierte Medienlandschaft verschrieben. Vgl dazu.:

<https://www.nytimes.com/2017/08/16/magazine/breitbart-alt-right-steve-bannon.html?mcubz=0> (17.08.2017).

¹³ Diese Formulierung wurde von Jan-Werner Müller während der Wiener Vorlesung am 16. Mai 2017 verwendet. Er bezieht hierbei auf den anti-globalistischen Aspekt des Populismus, sowie den Plänen des damals noch relativ frischen Präsidenten der USA. (Vgl.:

<https://www.wien.gv.at/kultur/abteilung/vorlesungen/termine/2017/wiederkehr-16-5.html> (28.05.2018).

¹⁴ Vgl.: Christian Damböck: Demokratie kontra Populismus. Eine nonkognitive Sicht. S. 109. Heruntergeladen von http://homepage.univie.ac.at/christian.damboeck/texte/1933_2017.pdf am 02.06.2018.

PopulistInnen in führenden Positionen mit ihrer neuen Verantwortung – rein in Bezug auf die demokratischen Grundsätze – umgehen werden. Beispiele dafür finden sich unter anderem in Ungarn mit Viktor Orbán und in dem umstrittenen Weg, den Recep Tayyip Erdoğan derzeit in der Türkei eingeschlagen hat. Anschließend richte ich meinen Blick auf die drei Hs Österreichs und deren populistische Tendenzen. Die These dabei ist, dass diese Politiker unverkennbar Populisten sind, dass sich jedoch österreichische Sonderwege beziehungsweise persönliche Nuancen offenbart haben. Haider's FPÖ (später BZÖ) war an beiden Regierungen unter Wolfgang Schüssels ÖVP beteiligt. Das darauffolgende Echo in Europa führte rasch zu politischen Konsequenzen in Form wirtschaftlicher Blockaden – ohne, dass Haider selbst jemals eine offizielle Funktion in der Regierung innegehabt hätte.

Was ist in den Wahlkampfdiskussionen gesagt worden? Was war daran populistisch? Und: Hat sich der Populismus in Österreich unter H. C. und Hofer verändert? Dieses Kapitel wird beispielsweise die weit über die Landesgrenzen hinaus beachtete¹⁵ Bundespräsidentenwahl 2016 enthalten, sowie weitere Stichproben aus dem letzten Jahrzehnt. Weiters lasse ich meinen Blick auf erfolgreiche und geschlagene PopulistInnen in Europa und dem Rest der Welt wandern und versuche, die Erkenntnisse aus den vorherigen Kapiteln auf diese anzuwenden. Dabei muss ich mich jedoch auf einen kurz gefassten Überblick beschränken, da, wie bereits erwähnt, der Rahmen dieser Arbeit keine ausführlichere Analyse zulässt. Jedes erwähnte Land respektive jede/r PolitikerIn an sich würde für eine Arbeit mit drei- bis vierstelliger Seitenzahl reichen.

1.3 Ziel dieser Arbeit

Ich werde in den kommenden Seiten somit zuerst die Kernmerkmale des Populismus und dessen Gefahren darlegen. Was definiert Populismus und woran kann man ihn erkennen? Anschließend analysiere ich den österreichischen Weg anhand der Politik Haider's, Hofers und Straches. Welche Gemeinsamkeiten, welche Unterschiede weisen sie auf? Welche „Stilrichtung“ des Populismus vertreten sie? Zusätzlich werde ich im Laufe des ersten Teils meinen Blick über Europa und die USA streifen lassen, um die derzeitige Marschrichtung des Populismus darzustellen. Wo sind PopulistInnen erfolgreich? Was sind die Gründe? Das darauffolgende Fazit wird sich sehr auf den Gesichtspunkt stützen, dass Populismus ein Phänomen ist, das noch viele Jahre vorhanden sein wird, und wie man damit in einem demokratischen Kontext umgehen kann.

¹⁵ Vgl.: <https://www.nytimes.com/2016/12/04/world/europe/norbert-hofer-austria-election.html> (30.05.2018).

2. Populismus der Nachkriegszeit

Mit dem Ende des Zweiten Weltkriegs und der Reetablierung demokratischer Regierungen wurde ein neues Kapitel in Europa geöffnet. Die folgenden Jahrzehnte waren vom Wiederaufbau und einem Wirtschaftswunder geprägt, das erst mit den 70er, 80er Jahren zu verebben begann. In dieser Zeit der relativ harmonischen Symbiose zwischen den Sozialdemokraten und der Volkspartei ist von einem Populismus keine immanente Spur zu erkennen. So betritt 1986 mit Jörg Haider¹⁶ ein erster, großer Populist die österreichische und europäische Bühne. Was versteht man nun unter diesem Begriff des „Populisten“?

2.1 Was ist Populismus?

Cas Mudde versucht in seinem Essay über den Aufbau heutiger, radikaler rechts-populistischer Parteien allgemeine Charakteristika festzulegen. Er kommt zu dem Schluss, dass zumindest drei Themengebiete stets in deren Auftreten vorhanden sind. Zusätzlich erwähnt er auch, dass die populistischen Parteien selbst sich meist nicht als rechts oder links, sondern als Partei des „Volkes“ sehen. Ein erster Anhaltspunkt ist ein Hang zum „nativism“. Damit meint er, dass die Partei einerseits sehr patriotisch, andererseits aber auch xenophob ist. Es wird stets zwischen den eigenen BürgerInnen und dem Rest – also MigrantInnen, AusländerInnen, etc. unterschieden. Hier geht es um eine von der (rechten) populistischen Partei selbstdefinierte Stellung als Beschützer gegenüber allem Staats- und Volksfremden. Das zweite Kernelement findet sich im „authoritarianism“. Knapp zusammengefasst handelt es sich hier um eine Sichtweise, in der eine verstärkte Kontrolle der Bevölkerung durch den Staat angestrebt wird. Sämtliche Gesetzesverstöße werden aufs Schärfste geahndet, Rechte von Straffälligen werden eingeschränkt und auch Schulen und andere Ausbildungsstätten vermehrt kontrolliert. Die BürgerInnen sollen sich den Vorgaben des Staates beugen. Als dritter – und für diese Arbeit wohl wichtigster – Punkt, steht „populism“. Darunter versteht der Autor den Blickwinkel, dass auch die eigenen StaatsbürgerInnen gespalten sind. Es wird zwischen dem „Volk“ und dem Rest (die Eliten, „Sozialschmarotzer“, etc.) unterschieden. Hat man im „nativism“ noch eine Trennung an der Landesgrenze gehabt, so geht diese nun tiefer in die Gesellschaft. Parteien, die dieses Kennzeichen verinnerlicht haben, gehen davon aus, die einzigen zu sein, die das „Volk“ vertreten. Sie sind der Meinung, dass sie als einzige den „Volkswillen“ erkennen können. Den restlichen Parteien wird somit (in den Augen der PopulistInnen) die Kompetenz

¹⁶ Vgl.: <http://tvthek.orf.at/archive/Von-Sinowatz-bis-Haider/6284173/Aufstieg-Joerg-Haiders/6502815> (24.05.2018).

zur Volksvertretung entzogen.¹⁷

Die Kombination aus diesen drei Vorstellungen ergibt nun radikale, rechtspopulistische Parteien. Auch wenn man alle diese Charakteristika berücksichtigen muss, um besagte Parteien zu verstehen, wird zunächst verstärkt auf „populism“ eingegangen. Darin geht der/die PopulistIn von der Trennung zwischen dem „Volk“ und dem „Rest“ aus. Diese Unterscheidung genauer zu beleuchten, scheint der Schlüssel zum Verständnis des populistischen Denkens zu sein.

2.1.1 Der Volksbegriff

„Das wissen sie so gut wie ich, dass die österreichische Nation eine Missgeburt gewesen ist, eine ideologische Missgeburt, denn die Volkszugehörigkeit ist die eine Sache und die Staatszugehörigkeit ist die andere Sache.“ – Jörg Haider, 1988¹⁸

Was impliziert Jörg Haider hier? Wenn man den ersten Teil der Aussage (und einen möglichen Bezug des Satzes zu deutschnationalem Gedankengut) in den Hintergrund rückt, so bleibt Haiders Sichtweise auf den Volksbegriff. Genauer: ein Unterschied zwischen dem „Volk“ und dem Staat. Einerseits, dass man beispielsweise, nur weil man etwa ein/e „ÖsterreicherIn“ laut Pass ist, noch lange nicht zum „Volk“ der ÖsterreicherInnen zählt. Wie kann man das verstehen? Was sind die Kriterien, durch die man zwischen Staats- und Volkszugehörigkeit differenzieren kann? Weiters muss man sich dann auch die Frage stellen: „Wer ist das „Volk“ und was ist das „Volk““? Diese schwer zu beantwortenden Fragen stehen schließlich im Zentrum populistischer Rhetorik. Angela Augustin schreibt über den Begriff Folgendes:

„Innerhalb der Staatslehre (...) werden sehr unterschiedliche Volksbegriffe und -merkmale verwendet. Dies findet zum Teil seinen Grund darin, daß [sic] Volksbegriffe und -merkmale aus verschiedensten Wissenschaftsdisziplinen wie der Psychologie, Soziologie, Ethnologie oder Philosophie rezipiert werden und damit auch die dort vertretenen unterschiedlichen Definitionen in der Rechtswissenschaft übertragen werden. Hinzu treten Volksbegriffe, die mit Hilfe der Rechtsstellung der Mitglieder definiert werden. Ein weiterer Grund für die Verwendung unterschiedlicher Volksbegriffe liegt darin, daß [sic] der Volksbegriff innerhalb einer Lehre von politischen Gemeinwesen unterschiedliche Funktionen erfüllen (können) sollen, was an den Begriff unterschiedliche Anforderungen stellt. (...) Die verschiedenen Volksbegriffe und -merkmale stehen nicht isoliert nebeneinander, sondern werden auf unterschiedlichste Art und Weise miteinander kombiniert und aufeinander bezogen. (...)“¹⁹

Somit liegt mit dem Begriff des Volkes ein hoch komplexer und dynamischer Begriff vor. Bei

¹⁷ Vgl.: Mudde Cas, Populist Radical Right Parties in Europa Today. S 295-297.

¹⁸ <https://www.news.at/a/von-oesterreich-missgeburt-ss-umstrittene-sager-haiders-karriere-221959> (04.07.2017).

¹⁹ Angela Augustin. Das Volk der europäischen Union. Zu Inhalt und Kritik eines normativen Begriffs. Berlin 2000. Seite 29.

einer Unterscheidung zwischen Staat und Volk muss daher zu allererst der Begriff festgelegt werden. Um Missverständnissen vorzubeugen, wird hier in keiner Weise auf den radikalen Volksbegriff im Nationalsozialismus verwiesen. Es geht hier rein um den Versuch, die Gruppe beziehungsweise den Teil der Menschen, die in einem Staat leben, festzulegen, wenn ein/e PolitikerIn nun vom Volk spricht. Augustin schreibt dazu fortführend:

„Für die Art und Weise der Zusammenfassung von Menschen zu einem Volk werden zwei verschiedene Begriffe herangezogen: „Summe“ und „Gesamtheit“. (...) Wegen der – zumeist unreflektierten – Verwendung beider Begriffe (...) drängt sich die Vermutung auf, daß [sic] ihnen die gleiche Bedeutung beigemessen wird. Andererseits scheint das Wort „Summe“ für die Zusammenfassung an sich zu stehen, ohne daß [sic] damit weitere Inhalte verbunden wären, während das Wort „Gesamtheit“ andeuten könnte, daß [sic] ein Volk etwas über die bloße Summation hinaus Charakteristisches auszeichnet. Denn Gesamtheit ist mehr als die Summe der für sich bleibenden einzelnen impliziert die Einheit der Vielheit, die eine Summe von Einzelheiten nicht aufweisen muß [sic]. Was es aber exakt ist, das über die bloße Summation hinausgeht und die Gesamtheit ausmacht, kann nur für den Zusammenhang bestimmt werden, in dem der Volksbegriff verwendet wird (...).“²⁰

Hier ist ein erster Versuch, den Begriff in der Praxis anzuwenden. Versteht man unter ihm die bloße „Summe“, so kann man jede Gruppe von Menschen zum Volk zählen. Das Fehlen eines Charakteristikums lässt keine Unterscheidung zu, sodass jedwede Person, sei es ein/e iranische/r, ein/e amerikanische/r oder ein/e belgische/r StaatsbürgerIn, zu ein und demselben Volk zählen kann. Der Vollständigkeit halber sei gesagt, dass in der „Summe der Menschen als Volk“ schon ein Charakteristikum verborgen ist. Die Verwendung des Wortes „Mensch“ schließt Tiere, potentiell existierende Aliens, und jedes andere biologische und über ein Bewusstsein verfügende Wesen aus. Genauso könnte man auf diese Stufe auch die Erde als Planeten setzen. Sie stellen beide schlichtweg den derzeit vorherrschenden Rahmen dar. Unterscheidet man weiter, etwa zwischen dem „Volk Amerikas“, den „EuropäerInnen“ oder gar dem „englischen Volk“, setzt man bewusst Charakteristika fest. Sie dienen der Abgrenzung von anderen Menschen und können nach Belieben ausgetauscht werden. So kann man durch deren Verwendung Kriterien festlegen, die Menschen von einem Volk ausschließen oder zu einem Volk hinzufügen. So entsteht die „Gesamtheit der Franzosen/Französischen“ durch das Hinzufügen mehrerer zentraler Merkmale, etwa der Geburt auf französischem Staats- und (Ex-)Koloniegebiet, dem Sprechen der französischen Sprache, usw.²¹ Diese Charakteristika

²⁰ Ebd.: S. 29f.

²¹ Siehe dazu einen übersetzten Auszug aus der Rede Le Pens im März 2017 in Fréjus: „Das französische Volk, das seid ihr, und das sind wir. Das sind Millionen von Männern und Frauen, die fest verbunden sind durch unsichtbare, aber unverbrüchliche Bande, verbunden durch die Liebe zu einem Land, durch die Zugehörigkeit zu einer Sprache und einer Kultur. Ein Volk ist ein einziges Herz, das in Millionen von Brüsten schlägt, ein

sind nun je nach Kontext anders zu interpretieren. Wenn eine französische Familie beispielsweise in Norwegen ein Kind bekommt, wird dieses wohl auch als Teil der französischen Volksgemeinschaft anerkannt werden, auch wenn es eines der genannten Kriterien nicht erfüllt. Hier wird die Flexibilität der Gesamtheit aktiv, was es wiederum umso schwerer macht, einen allgemein gültigen Volksbegriff zu verfassen. Für jede Festlegung kann es je nach Bezugspunkt Ausnahmen geben. Es braucht also etwas stärker Bindendes, um die Volkszugehörigkeit sicher bestimmen zu können. Augustin meint dazu:

„Wie schon angedeutet, lassen sich grundsätzlich zwei Arten von Inhalten des Volksbegriffs voneinander unterscheiden. Der Begriff des Volks kann positivrechtlich definiert werden, wenn man auf die Rechtsstellung der einzelnen in einem politischen Gemeinwesen abstellt und alle Personen mit dieser Rechtsstellung unter dem Begriff Volk zusammengefaßt [sic] (A). Schon diese Definitionen knüpfen häufig an weitere Merkmale an oder beruhen auf ihnen, deren Inhalt nicht mit der Rechtswissenschaft ermittelt werden können, sondern aus anderen Wissenschaften rezipiert werden (müssen). Auch ohne die ausdrückliche Übernahme dieser Volksbegriffe und -merkmale in das positive Recht werden derartige Volksmerkmale in den Rechtswissenschaften diskutiert (B).“²²

Die Lösung scheint also in der Rechtswissenschaft zu liegen. Es könnten demzufolge Menschen als ein Volk verstanden werden, wenn sie demselben Kodex aus Rechtschriften unterliegen. So würden alle Menschen einer Demokratie, die mit denselben Rechten und Freiheiten versehen sind, automatisch zum selben Volk zählen. Anders ausgedrückt: Wenn man sich an dieselben rechtstaatlich festgelegten Pflichten hält, dann zählt man auch zum Volk: Der Unterschied von Staats- und Volkszugehörigkeit verschwindet hier. Sie sind ident. Dieselben Steuern im gleichen rechtlichen System determinieren auch die Volkszugehörigkeit. Nur funktioniert das nicht in allen Fällen, und auch in dieser Herangehensweise muss man andere Disziplinen zu Hilfe ziehen. Eine schnelle, einfache und treffsichere Definition des Volksbegriffs bleibt somit in weiter Ferne.

Einen anderen Zugang zu der Frage versucht Christian Damböck in seiner Vorlesung (Sommersemester 2017) zu den Themen: „Rechtsextremismus. Elite. Volksbildung.“, und seinem dazu verfassten Manuskript. Er legt die Demokratie in das Zentrum des Volksbegriffs. Nur wer wählen und somit aktiv am jeweiligen demokratischen Prozess teilnehmen kann, kann Teil eines Volkes sein. Somit ist die Volkszugehörigkeit auf die geographische Lage des Staates reduziert und es gilt jetzt nur noch präzise festzulegen, wer innerhalb des Gebietes zum Volk gehört. Die dazu verwendeten Kriterien sind die Staatszugehörigkeit, das Wahlalter, ein

einzigster Atem, eine einzige Hoffnung.“ Zitiert nach: <https://www.nzz.ch/international/aktuelle-themen/le-pen-glossar-autoritaet-souveraenitaet-volk-ld.139642> (11.07.2017).

²² Angela Augustin. Das Volk der europäischen Union. S. 30.

Mindestmaß an geistigen Fähigkeiten, die der Prozess des gewissenhaften Wählens erfordert, und Straffreiheit bis zu einem gewissen Maß.²³ Als Volk zählt hier also nur jener Teil der StaatsbürgerInnen, die sich aktiv am politischen Prozess beteiligen können. Somit würde auch der/die EinwandererIn aus dem Land X zum Volk des Landes Y zählen, wenn diese/r es schafft, sich soweit im Land Y integriert zu haben, dass er/sie seine/ihre Stimme im demokratischen Prozess abgeben kann. Die damit verbundene Rolle, die Volkszugehörigkeit festzulegen, fällt in die Hände der BürgerInnen und des Staates. Der Staat kann durch das Festlegen von Schranken die Wahlberechtigten festlegen, während die BürgerInnen sich aktiv für die Demokratie aussprechen müssen. Dazu zählt das Unterlassen von strafbaren Handlungen und die Selbstbildung. Der Unterschied zwischen den beiden vorgestellten Überlegungen findet sich somit im „Bestimmer“. Legt man das Gewicht auf die Rechtsstaatlichkeit, ist es das Gesetzbuch, das (und das nicht lückenlos) über die Volkszugehörigkeit entscheidet. Konzentriert man sich mehr auf den demokratischen Prozess an sich, sind es die StaatsbürgerInnen und die von ihnen gewählte Regierung, die den Rahmen des Volkes festlegen. Es gibt auch eine zentrale Gemeinsamkeit zwischen den beiden Ansätzen: Der Begriff des Volkes ist dynamisch und hat sich über den Verlauf der Geschichte herauskristallisiert. Gesetze entstehen nicht von einem Tag auf den anderen und das Kernelement einer jeden Demokratie ist die Fähigkeit sich zu ändern. Der Volksbegriff hängt somit vom Kontext, der Geschichte und der Regierungsform des jeweiligen Landes ab.



Abbildung 1: AfD-Protest.

²³ Vgl.: Christian Damböck: Demokratie kontra Populismus. Eine nonkognitive Sicht. S. 61-63.



Abb. 2: Wahlplakat zur österreichischen Bundespräsidentenwahl 2016.

Andererseits – um wieder auf das anfängliche Zitat zurück zu kommen – legt Haider mit seiner Aussage klar fest, dass er diese Unterscheidung definieren kann und auch schon getroffen hat. Dies bedeutet auch, dass er – und nur er – weiß, wie zu unterscheiden ist. Haider liefert eine „einfache“ Definition, respektive Lösung auf die Frage nach der Volkszugehörigkeit. Diese Art der „einfachen“ Festlegung findet sich heutzutage in so manchen Parteien (Abb. 1²⁴, Abb. 2²⁵). Hier findet sich eines der zentralen Merkmale des Populismus. Nur der/die ParteichefIn, der/die Frontmann/Frontfrau, etc. kann klar festlegen, wer jetzt zum „Volk“ zählt und wer von dieser Gemeinschaft auszuschließen ist. Sätze wie „Wir sind das Volk“ wären unproblematisch, würden sie als „Wir sind AUCH das Volk“ verwendet werden.²⁶ Die Nachricht wäre dann, dass die PolitikerInnen nicht auf diese Gruppe vergessen sollen. Verwendet man jedoch die originale Formulierung, so entsteht ein „Wir – und nur wir – sind das Volk“. Das schließt alle Nichtmitglieder von dem Volksbegriff²⁷ aus. Dieses Absolut in der Entscheidung, diese moralische Differenzierung, nennt Jan-Werner Müller das imperative Mandat.

²⁴ <http://www.tagesspiegel.de/politik/spd-bundestagsfraktion-verfassungsschutz-soll-pegida-und-afd-ins-visier-nehmen/12795692.html> 12.07.2017.

²⁵ <https://www.fpoe.at/artikel/norbert-hofer-als-stimme-der-vernunft-fuer-den-das-recht-vom-volk-ausgeht/> 12.07.2017.

²⁶ Vgl.: Jan-Werner Müller. Was ist Populismus? Ein Essay. S. 42-44.

²⁷ Anm.: An dieser Stelle sei gesagt, dass – um Haiders Zitat über den Volksbegriff weiters zu verwenden – eine Unterscheidung zwischen den Begriffen „Volk“ und StaatsbürgerIn / Volk in dieser Arbeit verwendet wird. Wird das Wort „Volk“ (eng.: people) geschrieben, so ist damit der populistische Begriff gemeint. Sprich: Ein weicher, un abgeschlossener Begriff, der eine unbestimmte Menge an Menschen beinhalten kann. Es ist also keinerlei Verbindung zu etwa einer nationalsozialistischen Definition oder ähnlichem impliziert. Das „Volk“ kann je nach SprecherIn anders abgegrenzt sein und hat als einziges gemeinsames Merkmal, dass der Begriff mindestens eine Gruppe ausschließt, ohne handfeste und logisch zu Ende gedachte Abgrenzungen vorweisen zu können. Wird vom Staat, den StaatsbürgerInnen oder ähnlichem gesprochen, so wird damit eine empirisch festlegbare Ansammlung an Menschen angenommen; festlegbar etwa durch den Besitz der Staatsbürgerschaft, das Vorweisen eines dauerhaften Wohnsitzes, etc.

2.1.2 Das imperative Mandat

Im rechtlichen Kontext unterscheidet man zwischen einem freien und einem imperativen Mandat. Beim freien Mandat ist der/die PolitikerIn nicht an die Weisungen seiner/ihrer Partei beziehungsweise des Volkes gebunden. In den heutigen Demokratien ist dieses vorherrschend – PolitikerInnen entscheiden nach ihrem besten Wissen und Gewissen. Im Gegensatz dazu verpflichtet das imperative Mandat sehr wohl gegenüber dem Wählerwillen – der/die Abgeordnete ist dazu verpflichtet, sich den Wünschen seiner/ihrer WählerInnen zu beugen und deren Interessen in der Regierung zu vertreten.²⁸ Jan-Werner Müller greift diesen Unterschied auf und stellt dazu folgende These auf:

„Was genau ist Populismus, und wo verläuft die Trennlinie zwischen Populismus und anderen politischen Phänomenen? Populismus ist kein Anliegen klar identifizierbarer Schichten (oder Klassen), keine Gefühlssache, und ob etwas populistisch ist, lässt sich auch nicht an der Qualität von policy-Angeboten messen. Populismus, so meine These, ist eine ganz bestimmte Politikvorstellung, laut der einem moralisch reinen, homogenen Volk stets unmoralische, korrupte und parasitäre Eliten gegenüberstehen – wobei diese Art von Eliten gar nicht zum wirklichen Volk gehören.“²⁹

Dieser Absatz beschreibt recht treffend die Kernessenz des Populismus. Zu allererst erwähnt der Autor, dass sich Populismus, im Gegensatz zu der rechten Neonazi-Szene, den Vereinigungen der Burschenschaftler usw. nicht fassen lässt. Man kann nicht bei einer durchgemischten Demonstration vieler Gruppen klar die „Populistenfraktion“ erkennen, geschweige denn, durch Umfragen und Rechts-Links-Gewichtungen jemanden eindeutig als PopulistIn abstempeln. Es gibt Links-, Rechts- und ganz sicher auch MittelpopulistInnen.³⁰ Es ist keine Strömung, kein flüchtiges Phänomen oder eine Oppositionsbewegung. Ein/e PopulistIn ist man nur, wenn man von einem klar abgrenz- und definierbaren, moralisch fixen „Volk“ ausgeht und den gesamten Rest, also die regierenden Eliten, die rechtsstaatlichen Institutionen, ja sogar den/die andersdenkenden NachbarIn ausschließt. In anderen Worten: Populismus ist anti-elitär und anti-pluralistisch. Es gibt nur diese eine Sichtweise. Sie geht vom „Volk“, vom „kleinen Mann“ und nicht „denen da oben“ aus – und jeder, der etwas gegen diese Sichtweise sagt, ist ein/e AgentIn der Elitären, ein/e „SozialschmarotzerIn“, ein/e „VolksverräterIn“, usw.³¹

Hier fällt erneut die problematische Definition des Volkes. Man erinnert sich, im imperativen

²⁸ Franz Falland. „Das Recht geht vom Volk aus“. Zu Aufgaben und Stellung der Parlamente auf europäischer, nationaler und regionaler Ebene. Innsbruck, Wien, Botzen 2012, S. 6f.

²⁹ Jan-Werner Müller. Was ist Populismus? Ein Essay. S. 42.

³⁰ Vgl.: Marcel Lewandowsky. Populismus der Mitte. Das Beispiel New Labour. Marburg 2000. S. 31.

³¹ Vgl.: Jan-Werner Müller. Was ist Populismus? Ein Essay. S. 42-49.

Mandat ist der/die Regierende an den Willen des Volkes beziehungsweise an den Willen seiner/ihrer Partei und WählerInnen gebunden. Ist man jetzt automatisch PopulistIn, wenn man das tut, weshalb man gewählt wurde? Agiert man populistisch, wenn man seinem Parteiprogramm treu bleibt und eine klare Linie verfolgt? Nein, dies kann man so nicht behaupten. Der/die populistische PolitikerIn, so wie es schon im Namen steht, projiziert seine/ihre Aufmerksamkeit auf den Populus (lat. *populus*: das Volk). Das, was der Populus will, wird umgesetzt, auch wenn es gegen alles bisher Etablierte gerichtet ist. Was der „kleine Mann“ will, die schweigende Mehrheit, das „Volk“ will, das kriegt es auch. Dazu muss man nun bedenken, dass das Volk nicht klar definiert ist. Der Volkswille ist demnach auch nicht a priori feststellbar, geschweige denn allumfassend zu erschließen. Was macht besagte/r PopulistIn in dieser Zwickmühle? Er/Sie schafft sich seine/ihre eigene Definition. Le Pen steht am Rednerpult und ruft die Bevölkerung Frankreichs zu den Wahlen, denn sie – und nur sie – kann den Willen des Populus erkennen, deuten und umsetzen. Nur Strache weiß, was die „Wiener“ wollen, nur Hofer kann das „Volk“ als Bundespräsident vereinen. Zu wissen, was die schweigende Mehrheit will, ist wirklich einfach, wenn man sich die schweigende Mehrheit selbst erstellt. Ein/e PopulistIn in der Regierung nimmt nicht das freie, sondern das imperative Mandat wahr; und zwar in der Hinsicht, dass er/sie sich vollständig an den Willen des „Volkes“ hält und diesen mit eiserner Härte vertritt, während er/sie besagten Willen selbst abgesteckt hat. Oder in anderen Worten: Die PopulistInnen propagieren ihr Programm aus voller Überzeugung, während sie es jederzeit nach ihren eigenen Vorstellungen ändern können. Das „Volk“ will dies, das „Volk“ verlangt das. Donald Trump wurde mit 46,09% der Stimmen zum Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika gewählt und pocht darauf, der einzige Anführer zu sein, „[who] will make America great again“³². Will nun das Volk, respektive die Mehrheit des Volkes, einen Einreisestopp? Eine Mauer an der mexikanischen Grenze? Eine isolationistische Ausrichtung ihres Landes und eine Abkehr vom Welthandel? Die Beantwortung ist für den Populisten Trump einfach, er wurde gewählt, er vertritt den „Volkswillen“ und was er will (also, was er als Willen des „Volkes“ erkennt), ist umzusetzen. Selbst, wenn sich die Legislative einschaltet und seine Dekrete als verfassungswidrig einstuft³³, ist er immer noch davon überzeugt, das zu tun, was das „Volk“ will.

Zur Vollständigkeit sei gesagt, dass natürlich auch Zwischenformen und nicht ganz so radikale Vorgehensweisen möglich sind. Der Kern bleibt jedoch gleich: Der/die gewählte PopulistIn hat

³² <http://time.com/3923128/donald-trump-announcement-speech/> (01.08.2017).

³³ Vgl.: <https://www.theguardian.com/us-news/2017/jun/26/trump-travel-ban-supreme-court-block-partially-lifted> (07.08.2017).

das imperative Mandat verinnerlicht und verwendet dieses nun, um eine anti-elitäre und anti-pluralistische Politik zu betreiben, die auf einem selbst definierten Volksbegriff fußt.

2.1.3 Wie erkennt man Populismus?

Um sich eine mögliche Ausdrucksweise des Populismus besser vor Augen führen zu können, genügt ein Blick auf die folgende Rede von Nigel Farage (englischer Politiker und führender Kopf der Brexit-Bewegung, damals Vorsitzender der Anti-EU-Partei UKIP) nach dem „Yes“ zum Brexit:

„ (...) Dare to dream that the dawn is breaking on an independent United Kingdom. This, if the predictions now are right, this will be a victory for real people, a victory for ordinary people, a victory for decent people. We have fought against the multinationals, we have fought against the big merchant banks, we have fought against big politics, we have fought against lies, corruption and deceit. And today honesty, decency and belief in nation, I think now is going to win. And we will have done it without having to fight, without a single bullet being fired, we'd have done it by damned hard work on the ground." Mr Farage praised Ukip donor Arron Banks along with Labour and Tory MPs and those of "no party" who have taken part in the Leave campaign. He went on: "And we'll have done it not just for ourselves, we'll have done it for the whole of Europe. I hope this victory brings down this failed project and leads us to a Europe of sovereign nation states, trading together, being friends together, cooperating together, and let's get rid of the flag, the anthem, Brussels, and all that has gone wrong. Let June 23 go down in our history as our independence day." ³⁴

Auf den vorherigen Seiten wurde erklärt, dass Populismus sich durch das imperative Mandat und dessen logischen Fortsetzungen (namentlich den Anti-Elitismus und Anti-Pluralismus) manifestiert. Farage geht gleich zu Beginn auf die „*real people*“ ein. Würde es sich hier um „alle Briten“ als Gesamtbegriff handeln, also beispielsweise, dass jede/r britische StaatsbürgerIn an dem Tag etwas gewonnen hätte, so wäre dies nicht populistisch. Der Verweis auf die „*real, (...) ordinary, (...) decent people*“ hingegen grenzt aus – ebenso wie die „Pegida“ (*Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes*) mit ihrem „Wir sind das Volk“. Weiters kann man auch die folgende Aussage über die Art und Weise, wie die Brexit-Befürworter den Sieg erreicht haben, populistisch interpretieren. Farage moralisiert hier ebenfalls stark. Er meint, „*wir hätten das alles mit verdammt harter Arbeit auf dem Boden erreicht*“ („*we'd have done it by damned hard work on the ground*“). Es ist klar eine Moralisation, muss jedoch nicht zwingend populistisch sein. Es ist keine strikte Unterscheidung zwischen seinen eigenen Leuten und denjenigen, die nicht dazu gehören. Natürlich schwingt diese Unterscheidung mit, sie ist aber nicht der Kern der Aussage. Das

³⁴ <http://www.independent.co.uk/news/uk/politics/eu-referendum-nigel-farage-4am-victory-speech-the-text-in-full-a7099156.html> (01.08.2017).

Wichtig ist, dass er schon vorher die Grenze zwischen seinen eigenen Leuten, also was er unter dem „we“ versteht, und dem Rest gezogen hat. Danach dankt er allen Menschen in verschiedensten Parteien und den Parteilosen, die ebenso für das „Yes“ gestimmt haben, und erweitert das Spektrum des „we“ von seinen WählerInnen auf diese. Man kann hier von einem imperativen Mandat ausgehen, das Farage als Legitimierung seines Handelns verwendet. Den Aspekt des Anti-Elitismus findet man unmissverständlich im dritten Satz der zitierten Passage:

„Wir haben gegen die Multinationalen [Konzerne] gekämpft, wir haben gegen die großen Bankunternehmen gekämpft, wir haben gegen die große Politik gekämpft, wir haben gegen Lügen, Korruption und Täuschung gekämpft“.

Ebenso findet man den Anti-Pluralismus im letzten Teil seiner Rede: Das Nein zu Europa und die Vision mehrerer souveräner Staaten. Zwar wäre das eine Pluralisierung der europäischen Politiklandschaft, jedoch würde das für das „we“ eine Reduktion bedeuten. Großbritannien wäre nicht mehr gezwungen, sich mit Europa zu beschäftigen. Jeder Staat wäre nur noch für sich selbst zuständig. Keine Europa-Konferenzen mehr, keine bindenden Verpflichtungen, nur noch selbstgemachte Politik und außenpolitische Beziehungen. Im Hinblick darauf ist auch das „our“ im letzten Satz zu analysieren. „Our history“ und „our independence day“ wären – für sich genommen – nicht populistisch. Dadurch, dass Farage jedoch das „we“ schon moralisiert hat, ist auch das „our“ als moralisierter Begriff zu verstehen.

Ein Problem mit populistischen Inhalten ist deren unterschwellige Bedeutung. Die Rede an sich könnte eine ganz normale Siegesrede sein – der wichtige Unterschied ist die Unterteilung des „we“. Sobald davon ausgegangen wird, dass man als PolitikerIn einer Partei, oder sogar als PolitikerIn an sich das „Volk“ vertritt und nur dieses „Volk“, dass diese Person wählt, zu vertreten ist, dann handelt es sich eindeutig um Populismus. Angenommen, Farage hätte mit dem „we“ nicht nur die „real people“, sondern alle Staatsbürger ohne Trennung oder Moralisation gemeint: Die Rede wäre zwar immer noch anti-elitär und anti-pluralistisch, jedoch nicht populistisch per Definition. Im zweiten Teil dieser Arbeit wird mit den drei H's gezeigt werden, wie leicht man populistische Ideen in Reden und Diskussionen einbringen und verstecken kann. Farage hat sich nämlich kein Blatt vor dem Mund genommen. Ebenso kann man hier schon die enorme Kraft des Populismus erahnen, der an keinen politischen Flügel gebunden ist. Ein/e (europäische/r) PopulistIn fischt nicht nur im rechten Lager, er/sie kann bei den Mitte-Links-Parteien (Labour Party), den Konservativen (Tories) und auch im Rest des politischen Spektrums punkten. Der Populismus dreht die „alten“ Strukturen des Kampfes „links“ gegen „rechts“ um und startet einen Feldzug des „kleinen Mannes“ gegen „die da oben“.

2.2 Der Populismus des 21. Jahrhunderts

Folgt man der Geschichte des Populismus, so kommt man nicht um das 20. Jahrhundert herum. Die Vorstellung, in einer Demokratie das Volk zu vertreten und in deren Willen zu handeln, wurde vor allem von den Faschisten und Nationalsozialisten dazu verwendet, um verschiedene Gruppen im Volk zu unterscheiden. Ist nun der Populismus des 21. Jahrhunderts eine Fortsetzung der Zwischenkriegszeit? Sind Vergleiche zu den Nazis haltbar? Auf den ersten Blick: Natürlich nicht. Die Frage liegt viel mehr in den genauen Unterschieden. Was hat sich verändert und was nicht?

2.2.1 Das Ziel

Ein Thema, das immer noch vom Populismus der Zwischenkriegszeit erhalten bleibt, ist die Hetze gegen eine Volksgruppe. In der Zeit des Nationalsozialismus führte diese Hetze – damals allen voran gegen die jüdische Bevölkerung gerichtet – zu einem beispiellosen Genozid. In der heutigen Politik haben sich neue „Opfergruppen“ gefunden. Eine von diesen in Europa, aber auch den USA, sind die MuslimInnen.³⁵ Warum dieser Wechsel? Welche Vorteile ziehen PopulistInnen daraus? Und warum braucht es eigentlich eine Gruppe, gegen die man hetzen kann?

Eine Möglichkeit ist schlichtweg die Verwendung als Sündenbock. Mit anderen Worten: Man sucht sich für die aktuellen Missstände einfache Lösungen. Der/die PopulistIn weiß, was das „Volk“ will. Der/die PopulistIn ist die Antwort auf alle Fragen der Bevölkerung. Also weiß der/die PopulistIn auch, was oder – in diesem Falle – wer für die Probleme verantwortlich ist. Die deutsche Wirtschaft ist in den 1920er Jahren in eine Krise gestürzt? Jüdische Weltverschwörung. Die europäische Wirtschaft geht zurück, steigende Arbeitslosenraten und wieder aufkeimender Rassismus? Muslimische Flüchtlinge und Einwanderung. Wenn man dies ohne tiefere Analyse in Kontrast stellt, wirkt es ohne Zweifel überzogen. Was jedoch bleibt, sind die zugrundeliegenden Mechanismen. Die nationalsozialistische Partei hat damals die Juden als Zielscheibe missbraucht, ihre Wählerbasis darauf eingeschworen und sie damit ohne Zweifel vergrößert. Für den/die „einfache/n“ BürgerIn, welche/r die komplexe Welt der Finanzwirtschaft nicht durchschaute, war der Sündenbock – nämlich das „internationale Judentum“ – eine bequeme Erklärung für seine/ihre Misslage. Dies hat sich bis heute nicht verändert. Komplexe Phänomene werden vereinfacht, Abstraktes personalisiert. Es ist um ein Vielfaches leichter, die Situation des aktuellen Arbeitsmarktes auf die Flüchtlinge

³⁵ Ein gutes Beispiel dafür ist das MuslimInnenbild der FPÖ. (Vgl.: <https://www.fpoe.at/artikel/der-weg-zur-unterwerfung-unter-den-islam/> (03.06.2018)).

beziehungsweise die Einwanderung abzuwälzen³⁶. Das offensichtliche Problem bei dieser Herangehensweise an Missstände liegt auf der Hand: Weder beseitigt man damit die aktuellen Sorgen der Bevölkerung, noch löst man die zugrundeliegenden Probleme. Natürlich kann durch andere Maßnahmen in einem globalen Wirtschaftssystem eine Besserung eingetreten sein. Als Beispiele dienen entweder der New Deal in Amerika oder etwa die Arbeitsbeschaffungsprogramme Deutschlands, die nach der Rezession der Zwischenkriegszeit für eine höhere Beschäftigung gesorgt haben. So kommt es, dass Maßnahmen gegen die „Sündenböcke“ wirksam erscheinen können, weil zugleich tatsächlich effiziente Maßnahmen gegen die wirklichen Probleme gesetzt wurden; den Erfolg dieser Maßnahmen schreibt man dann jedoch den Aktionen gegen die Sündenböcke zu. Noch problematischer ist die weiterführende Überlegung, dass jemand, der/die von Sündenbocktheorien überzeugt ist, leichter auf populistische Beeinflussung reagieren könnte. Wenn populistische Politik ihre Handlungen über Sündenböcke legitimiert, verblendet diese ihre WählerInnen, worauf im späteren Verlauf dieser Arbeit noch eingegangen wird (siehe 2.2.3.1 *Ungarn und Polen*). Im Grunde werden also komplexe Zusammenhänge auf einzelne Bevölkerungsgruppen reduziert, die dann als eigentlicher Grund des Misstandes identifiziert werden. Dieses Phänomen ist jedoch auch kein rein populistisches. Wenn man die Finanzkrise des 21. Jahrhunderts betrachtet, so wurde in dieser Phase von Seiten der Politik, aber auch aus der Bevölkerung Kritik an den AkteurInnen im Finanzwesen laut. Das Problem lag aber am vielschichtigen Finanzsystem³⁷. Der Unterschied zwischen den beiden Beispielen – also zum einen die nationalsozialistische Judenverfolgung und zum anderen die Kritik an BankerInnen und SpekulantInnen – ist die jeweilige Art und Weise, wie damit umgegangen wurde. Demokratische Systeme lassen ihre Rechtssysteme arbeiten, während populistische Regierungen auf Repressionen der jeweiligen Gruppen setzen, ohne handfeste Beweise zu haben. Ein Beispiel dafür findet sich im geplanten Einreisestopp der USA unter Donald Trump. MuslimInnen – und generell die Bewohner der betroffenen Länder – hätten Repressionen in Form eines Einreiseverbots erlitten, und das ohne rechtlich konkreten Verdacht, beispielsweise an terroristischen Aktivitäten beteiligt zu sein, oder gar Beweise für solche Aktivitäten.³⁸

Wie geht man nun gegen diese Art der Irreführung vor? Im Falle der USA hat sich die Justiz eingeschaltet. Durch mehrere Instanzen wurde das Einreiseverbot wieder und wieder geprüft,

³⁶ Vgl.: http://diepresse.com/home/innenpolitik/4730751/FPOe_Hohe-Arbeitslosigkeit-ist-Folge-der-Zuwanderung (05.08.2017).

³⁷ Vgl.: <https://www.investopedia.com/articles/economics/09/financial-crisis-review.asp> (24.05.2018).

³⁸ Vgl.: Christian Damböck: *Demokratie kontra Populismus.*, S. 97f.

bis es in seiner ersten Fassung vom obersten Gerichtshof nur teilweise genehmigt wurde – nach mehreren Wochen hitziger Debatten der Verantwortlichen und nach Protesten der US-Bevölkerung.³⁹ Damböck sieht eine mögliche Lösung der populistischen Strategie durch zwei wichtige Faktoren: Einerseits muss seitens der Bürger eine starke Akzeptanz gegenüber den Menschenrechten vorherrschen. Andererseits braucht es Bildung. Es liegt in der Verantwortung der jeweiligen Institutionen, der jeweiligen Regierung etc., die Sündenbocktheorie aufzuzeigen und zu entwirren: Wo sind die tatsächlichen Probleme? Wie greifen die kleinen Räder eines großen, globalen Systems ineinander? Sie müssen einen komplexen Inhalt greifbar machen und die Stereotype aufarbeiten. Dafür ist es erforderlich, der Idee, dass alle Menschen über Grundrechte verfügen, zu breiter Akzeptanz zu verhelfen. Die Frage bleibt, ob damit auch die überzeugt-rassistischen Individuen der Bevölkerung auf eine weniger radikale Sichtweise konvertiert werden können; es ist zumindest ein erster Schritt zur Lösung der Sündenbocktheorie.⁴⁰

2.2.2 Die Methoden

Die Sündenbocktheorie ist nicht die einzige Herangehensweise von PopulistInnen. Es gibt mehrere Wege, ihre Vorstellungen zu verbreiten und zu verteidigen, die sich im Laufe der Zeit teilweise stark verändert haben. Dazu zählen etwa die Methode der Spiegelung oder der seit 2016 häufig gehörte Anglizismus „Fake News“⁴¹. Ebenso bedienen sie sich mythischer Identitäten und eines persönlichen Images, das Damböck karikativ als „Horrorclown“⁴² bezeichnet.

2.2.2.1 Mythische Identität

Einer der markantesten Unterschiede zum Populismus der Zwischenkriegszeit ist dessen Veränderung in der mythischen Identität. Zur Vollständigkeit: Jede Demokratie baut auf einer solchen Identität auf. Dies kann eine Revolution des Volkes, ein Unabhängigkeitskrieg oder die Schrecken des Faschismus/Nationalsozialismus sein. Genauso hat eben auch der Populismus eine Basis. Am Vorabend des Zweiten Weltkrieges war dies der Antisemitismus. Die jüdische Weltverschwörung war ein allgegenwärtiges Schreckgespenst in den Köpfen der Bevölkerung und war somit schon eine weiter entwickelte Form der Sündenbocktheorie: Der Populismus in Form des glorreichen „Führers“, der das rechtschaffene „Volk“ vor dem tyrannisch-

³⁹ Vgl.: <https://www.theguardian.com/us-news/2017/jun/26/trump-travel-ban-supreme-court-block-partially-lifted> (07.08.2017).

⁴⁰ Vgl.: Christian Damböck: Demokratie kontra Populismus., S. 98.

⁴¹ Vgl.: <http://www.sueddeutsche.de/news/leben/gesellschaft-fakenews-ist-anglizismus-des-jahres-2016-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-170131-99-97706> (07.08.2017).

⁴² Vgl.: Christian Damböck: Demokratie kontra Populismus., S. 109.

ausbeutenden Judentum zu schützen vermag. In der Geschichte der Zweiten Republik findet man dieses Erbe immer noch von Zeit zu Zeit in den rechtsradikalen Parteien. Wenig überraschend schreibt sich jedoch keine Partei mehr den Abwehrkampf gegen die Juden auf die Fahne. Vom Rechtsstaat und seiner gesetzlichen Handhabe abgesehen, wird man auch in der Bevölkerung keine Akzeptanz, geschweige denn Unterstützung mehr erwarten können. Dieser frei gewordene Raum im Populismus wurde in Europa von einer neuer potentiellen Gefahrenquelle eingenommen: den Muslimen. Angesichts der steigenden Bedrohung durch radikalen, islamistisch motivierten Terrorismus war es nur noch eine Frage der Zeit, bis die PopulistInnen den Kampf gegen die fremde Gefahr für sich entdecken. Weiters findet man auch genug historischen Zündstoff. Waren die Juden noch als Grund von Seuchen und Not im Mittelalter verschrien, so haben auch die Muslime ihre Spur hinterlassen – besonders in Österreich. Wer hat die muslimische Bedrohung vor den Stadttoren Wiens zweimal erfolgreich zurückgeschlagen? Wer verteidigte das Tor nach Europa gegen die Flut an muslimischen Kriegern? Es verwundert nicht, dass die rechten Parteien, wie etwa das BZÖ oder die FPÖ, versuchen, ihre antisemitischen Teile zum Schweigen zu bringen⁴³ und sich vermehrt der anti-muslimischen Schiene annähern. Was entsteht, wenn nun Parteien schärfer gegen muslimische Menschen argumentieren, während radikale Prediger im Nahen Osten vor dem rassistischen Westen warnen? Eine sich zuspitzende Spirale, auf der beide Seiten immer mehr Zuspruch erhalten. Es ist interessant, wie auch der heimische Populismus⁴⁴ einen negativen Entwicklungsimpuls in den muslimischen Teil der Welt senden kann. Die Entstehung und anschließende, internationale Bekämpfung des Islamischen Staates facht dieses Feuer nur noch stärker an. Ebenso sieht man auch eine Radikalisierung des muslimischen Feindbildes in den USA. Nach der Wahl Trumps wird immer stärker gegen muslimische MigrantInnen gewettert und dabei zusehends weniger belegt oder mit Fakten untermauert.⁴⁵ Die Tatsache, dass Teile der Bevölkerung sich unreflektiert gegen die MuslimInnen einschwören, zeigt, wie stark der Populismus sich in der Hinsicht schon verfestigt hat. Zusätzlich ist der prozentuelle Anteil der muslimischen Minderheit in den USA denkbar gering (0,9%⁴⁶), sodass die Hetze umso unglaublicher erscheint.⁴⁷ Man kann somit die aktive Verwendung einer mythischen

⁴³ Vgl.: <https://kurier.at/politik/inland/antisemitismus-rechte-ruelpser-der-fpoe/275.981.465> (07.08.2017).

⁴⁴ Vgl.: <https://kurier.at/politik/inland/bundespraesidentschaftswahl-fpoe-wahlkampfstart-von-hofer-in-arbeiter-hochburg-kapfenberg/190.529.732> (24.05.2018).

⁴⁵ Vgl.: <https://www.independent.co.uk/news/world/americas/us-politics/trump-presidential-campaign-anti-muslim-groups-islamophobia-racism-white-house-a8174486.html> (24.05.2018).

⁴⁶ Vgl.: <http://www.sueddeutsche.de/news/politik/wahlen-hintergrund-weniger-als-ein-prozent-muslime-in-den-usa-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-151208-99-170606> (03.06.2018).

⁴⁷ Vgl.: Christian Damböck. Demokratie kontra Populismus., S. 98-102.

Identität – in Österreich beispielsweise das historische Bild der abendländischen Bastion gegen die muslimische Invasion⁴⁸ – als klare Begleiterscheinung einer populistischen Partei erkennen. Wie bereits erwähnt, hat jede Demokratie einen grundlegenden Mythos, der Populismus verwendet diesen jedoch als Mittel zum Zweck. Mit dem radikalen Antisemitismus von einst, wie auch mit dem heutigen Muslimen Hass, werden Sündenböcke zu konkreten und lebendigen Gefahrenquellen gemacht. Je mehr über die jeweilige Gefahr unreflektiert gehetzt wird (sei es in Reden, Diskussionen, soziale Medien, etc.), umso tiefer kann diese in das Weltbild der ZuhörerInnen eindringen. Selbst in Ländern mit relativ geringem muslimischem Bevölkerungsanteil, wie etwa den USA, wird die Religionsgruppe Ziel von Ausgrenzung. Dabei wird eine zweite Methode des Populismus aktiv: die Fake News.

2.2.2.2 Fake News

*“[This was] the largest audience ever to witness an inauguration, period, both in person and around the globe.”*⁴⁹ Mit diesem Satz des damaligen Pressesprechers Sean Spicer nach der offiziellen Angelobung von Donald Trump als neuen Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika, ist eine neue Debatte über die Rolle der Medien ausgebrochen. Die dazu gezeigten Bilder (Abb. 3) sprechen eine klare Sprache und stützen die Sicht der ReporterInnen, während das Weiße Haus weiter an seiner Darstellung der Tatsachen festhält.



Abb. 3: Vergleich der Angelobung von 2017 (Trump) und 2009 (Obama).

⁴⁸ Vgl.: <https://www.noen.at/gaenserndorf/fpoe-startet-kreuzzug-top-4221723#> (01.06.2018).

⁴⁹ <https://www.theguardian.com/us-news/2017/jan/22/trump-inauguration-crowd-sean-spicers-claims-versus-the-evidence#img-1> (07.08.2017).

Wem ist nun zu glauben? Natürlich der objektiveren Quelle, die ihre Daten belegen kann. Umso problematischer wird es, wenn die Regierung, oder in anderen Worten: die gewählte Volksvertretung, besagte Daten anders interpretiert oder schlichtweg als fehlerhaft abstempelt. Damböck schreibt dazu folgendes:

„Politiker, die sich schwertun, Fakten anzuerkennen, sind nicht zwangsläufig Populisten. Im Gegenteil ist es gerade der Zwang der Rechtfertigung von Entscheidungen, der in demokratischen Kontexten eine gewisse Tendenz zur Fakten-Flucht hervorrufen muss“⁵⁰

Unschöne Wahrheiten gehören schließlich ebenso zum Alltag der Staatsführung und sollten auch dementsprechend behandelt werden. Dass das Ignorieren von Fakten keine Glanzleistung ist, muss nicht extra erwähnt werden. Wichtig ist, dass dies noch nicht automatisch dem Populismus zuzuordnen ist. Der Knackpunkt, so schreibt Damböck weiter, befindet sich im Anti-Elitismus:

„Der Tendenz nach populistisch werden solche Praktiken erst, wenn sie sich statt auf ein alternatives Faktenkonstrukt (sprich: auf Verzerrungen und Verfälschungen) stützen. (...) Lüge (und Korruption) werden erst dann zu einer Bedrohung der Demokratie, wenn Institutionen, die entsprechende Maßstäbe vorgeben – also im Fall der Wahrheitsfindung etwa bestimmte wissenschaftliche Institutionen und Medien, im Fall der Korruptionsbekämpfung beispielsweise unabhängige Rechnungshöfe u.dgl. – von Politikern attackiert werden, gemeinsam mit dem Versuch, ihre Arbeit zu diskreditieren, zu blockieren und in der Folge alternative Institutionen zu schaffen, in denen „alternative Fakten“ bzw. protektionistische Praktiken institutionalisiert und damit Lüge und Korruption systematisch legitimiert (bzw. ihre Bekämpfung delegitimiert) werden.“⁵¹



Abb. 4: Trumps Tweet gegen die Medien.

⁵⁰ Christian Damböck. Demokratie kontra Populismus., S. 85.

⁵¹ Ebd. S. 85f.

Die populistische Verwendung von „Fake News“ folgt einem konkreten Ziel: der Demontage demokratischer Institutionen. Wenn Sean Spicer bei der ersten Pressekonferenz nach der Angelobung die etablierten Zeitungen der USA der Fehlaussage bezichtigt, so fällt dies klar in den Populismus. Kombiniert man die Sichtweise der fehlinformierenden Institutionen mit dem Bild des wahren „Volkes“, so entstehen folgende Aussagen:

Dieser Tweet des 45. Präsidenten der Vereinigten Staaten vom 17.02.2017 (Abb. 4) ist ein Paradebeispiel populistischer Rhetorik. In diesen wenigen Zeichen hetzt er nicht nur gegen die berichtenden Medien, sondern stellt sie auch als Gefahr für das amerikanische „Volk“ dar. Wer braucht schon die vielen, lügenden Nachrichtensender, wenn man die offiziellen Stellungnahmen aus dem Weißen Haus hat (beziehungsweise FOX News⁵²)? Ein Sinnbild des Anti-Elitismus. Mit Hilfe des imperativen Mandats rückt sich der Präsident hier in eine Position, die ihn vom „Volk“ aus dazu legitimiert, gegen die „Lügenpresse“ vorzugehen. Wer bestimmt, wer die LügnerInnen sind? Der Präsident und sein Kabinett. Dieses – fast schon systematische – Untergraben der staatlichen Institutionen führt zu einer instabilen Situation innerhalb der Innenpolitik und des staatlichen Aufbaus. Wenn man nicht mehr weiß, wem nun zu glauben ist, sitzt schlussendlich der gewählte Vertreter des Volkes am längeren Hebel. Dies kann zu einer Machtkonzentration führen, die in weiterer Folge die Gewaltenteilung gefährdet. Wenn man beispielsweise einen Blick in Richtung Polen oder Ungarn wirft, sieht man, was unter einer populistischen Regierung passieren könnte^{53,54} (siehe 2.2.3.1 *Ungarn und Polen*). Die Methode der „Fake News“ ist somit ein verlässlicher Indikator für populistische Tendenzen innerhalb einer Regierung, sofern mittels eines imperativen Mandates argumentiert wird.

2.2.2.3 Spiegelung und Erratik

Wer sich mit Kindern auseinandersetzt, für den/die ist die Methode der Spiegelung eine allzu oft miterlebte Strategie. Wirft eines der Kinder etwa dem anderen vor, es sei „dick“, „blöd“, „dumm“, etc., so ist eine der möglichen Reaktionen des beschuldigten Kindes ein keckes: „selber“. Auch auf der politischen Ebene ist der Kern dieser Vorgehensweise ein und derselbe. Jemand wirft der Partei vor, sie sei rassistisch, voreingenommen oder manipulativ? Die typische

⁵² Vgl.: <https://newrepublic.com/minutes/143564/donald-trump-treating-fox-news-like-its-state-tv> (24.05.2018).

⁵³ Vgl.: <https://www.welt.de/politik/ausland/article151619231/Polen-greift-die-Gewaltenteilung-an.html>, https://twitter.com/AndrzejDuda/status/883079296440573956?ref_src=twsrc%5Etfw&ref_url=https%3A%2F%2Fde.sputniknews.com%2Fpolitik%2F20170709316527005-duda-trump-fake-news%2F (für Polen - 12.08.2017).

⁵⁴ <http://diepresse.com/home/meinung/kommentare/1344059/Gewaltenteilung-a-la-Orban>, <http://derstandard.at/2000056392528/Eine-Demo-fuer-Fakten-und-gegen-Fake-News> (für Ungarn - 12.08.2017).

Spiegelung als Antwort würde lauten: „Warum sollen wir denn bitte *hier Eigenschaftswort einfügen* sein? Sie sind selber *hier selbiges Eigenschaftswort einfügen*.“⁵⁵ Daraus resultiert in einer Diskussionskultur schlichtweg eine Pattsituation. Wenn anstelle eines Gegenarguments auf eine fundierte Frage stattdessen ein Vorwurf als Antwort folgt, so fährt sich das Gespräch irgendwann fest. Das Thema wird gewechselt, neue Fragen gestellt und diese können dann unter Umständen mit den gleichen Maßnahmen abgeschmettert werden. Dies ist die defensive Anwendung der Spiegelung, um unangenehmen Themen aus dem Weg zu gehen. Es gibt weiters noch eine zweite Verfahrensweise mithilfe der Spiegelung: Die aggressive Seite ist das Vorwegnehmen von Anschuldigungen. Ein zweiter Blick auf Trumps zuvor gezeigten Vorwurf, CNN und Co. seien „Fake News“, kann auch präventiv verstanden werden. Der Reporter hat den Begriff nicht in den Mund genommen. Würde er sich nun mit dem – gerechtfertigten – Argument wehren, dass objektiv gesehen die Seite des Präsidenten diejenige der Fake News sei (sprich er verwendet das eigene Argument gegen ihn), so kann Trump den Spieß erneut umdrehen und mühelos anmerken, warum er denn auf dieselben Argumente verwendet wie er. Der Verweis auf das „Nachhaken“ dient wiederum nur einem einzigen Zweck: Das Gespräch zu sabotieren, das Thema abzuwürgen und dabei stets die Initiative zu behalten.⁵⁶

Wiederum liefert Donald Trump eine exzellente Darstellung dieser Methode bei einer Diskussion im Jahr 2016. Er bezeichnet seinen Kontrahenten im republikanischen Vorwahlkampf, Ted Cruz, als Lügner; dieser versucht, sich zu verteidigen. Dabei greift er ebenso auf den Vorwurf der Lüge und spielt Trump in die Hände. Das Thema wiegelt sich auf, bis schließlich der Moderator einschreitet und die Debatte unterbindet. Die zeitlich begrenzte Diskussion hat noch weitere Themen abzuhandeln und so wird ohne wirkliche Antwort des schlussendlich gewählten Präsidenten fortgesetzt.⁵⁷

Damböck nennt diese paradoxe Praxis eine direkte Konsequenz der populistischen „Doppelstrategie“, um einerseits die Demokratie weitestgehend zu berücksichtigen und sich an deren Spielregeln zu halten, und andererseits – praktisch im Gegenzug – zu versuchen, die Demokratie mit ihren eigenen Mitteln zu zerstören. PopulistInnen nehmen an Debatten teil, stören diese jedoch. Sie achten die Verfassung in der Öffentlichkeit, versuchen allerdings,

⁵⁵ Als Beispiel dafür, kann – um bei den „Fake News“ zu bleiben – Trumps Reaktion auf eine Frage eines CNN Reporters zweifelhaften Berichten über seine Verbindungen zu Russland genommen werden, die Trump sofort mit der Gegenbehauptung: „you are fake news“ kontert (vgl.: <https://www.theguardian.com/us-news/2017/jan/11/trump-attacks-cnn-buzzfeed-at-press-conference> 25.08.2017).

⁵⁶ Vgl.: Christian Damböck: Demokratie kontra Populismus., S. 83-85.

⁵⁷ Vgl.: <http://edition.cnn.com/videos/politics/2016/01/28/gop-debate-trump-cruz-interrupt-liar-vstan-orig-06.cbs-news> (25.08.2017).

gleichzeitig die demokratischen Institutionen zu schwächen. Die Spiegelung folgt aus dieser paradoxen Herangehensweise. Als einziges Gegenmittel bleibt das Festhalten an demokratischen Traditionen, etwa der Diskussionsfreudigkeit.⁵⁸ Es mag paradox wirken, doch man sollte einen diskussionszerstörenden Stil durch weitere Diskussionen aushebeln können. Jedweder andere Ansatz ist sowohl in der politischen Staatsform, die man grob Demokratie nennt, nicht haltbar, als auch genau das, was die Methode der Spiegelung erreichen sollte. Was wären denn die Optionen? Spiegelnde PolitikerInnen vom demokratischen Prozess ausschließen? Den Diskurs präventiv vermeiden? Spiegelung kann durch jede Form der Kommunikation erfolgen. Wer bereit ist, einen Standpunkt zu vertreten, kann auch gespiegelt werden. Es soll hier kein Abwehrkampf von demokratischen gegen spiegelnde DiskussionsteilnehmerInnen stilisiert werden – es wird immer KontrahentInnen geben, die sich mit Finten und Tricks einen Vorteil verschaffen wollen. Dies ist schließlich auch ein Teil des politischen Machtkampfes. Nur was macht ein Ted Cruz nun, wenn er von Trump derart gespiegelt wird? Eine mögliche Antwort findet sich ein wenig später in dieser Arbeit unter den Punkten 2.2.2.4 *Horrorclowns und die Macht der Satire* und 2.2.2.5 *Conclusio*.

Geht man einen Schritt weiter und betrachtet das gesamte Spektrum dieser Doppelstrategie, so muss man auch einen Blick auf die übliche Redart von PopulistInnen werfen. Während eine vollständige Analyse den Rahmen dieser Arbeit sprengen würde, so reicht der Platz, um zumindest die „Erratik“⁵⁹ herauszustreichen.⁶⁰ Ein/e erratische/r PolitikerIn muss nicht unbedingt ein/e populistische/r sein. Viel zutreffender ist hingegen die Umkehr, nämlich, dass viele PopulistInnen erratisch agieren. In der Praxis wird darunter ein Hin und Her der eigenen Stellung zu unterschiedlichen Themen verstanden. So kann Le Pen bei einem ihrer zentralen Themen – der neuen französischen Währung; dem neuen Franc – zurückstecken⁶¹. Strache spricht sich plötzlich für eine EU-Armee aus⁶². Am deutlichsten wird es während des Bundespräsidentenwahlkampfes 2016 bei Hofer. Das Thema, ob er denn die Regierung entlassen würde, wenn er gewählt würde, war ohne Zweifel ein zentraler Stützpfeiler seiner Wahlkampagne.⁶³ Im Laufe des Wahlkampfes bleibt er dementsprechend hart, nur um

⁵⁸ Vgl.: Christian Damböck: Demokratie kontra Populismus., S. 83-85.

⁵⁹ Hier wird darunter eine sich stets ändernde Meinung verstanden. Beispielsweise, dass man sich zuerst für ein Thema A ausspricht, bei der nächsten Pressekonferenz jedoch plötzlich strikt dagegen ist, nur um die Meinung dann beim nächsten Termin erneut zu ändern.

⁶⁰ Vgl.: Christian Damböck: 1933/2017, S. 87f.

⁶¹ Vgl.: <http://derstandard.at/2000056880743/Auf-der-Zielgeraden-krebst-Le-Pen-zurueck> (26.08.2017).

⁶² Vgl.: <http://mobil.derstandard.at/2000053241970/OeVP-begruesst-Straches-Kurswechsel-zu-einer-EU-Armee?amplified=true> (26.08.2107).

⁶³ Vgl.: <http://diepresse.com/home/innenpolitik/4937865/Hofer-wuerde-Regierung-entlassen> (26.08.2017).

schließlich doch ein wenig zurück zu rudern⁶⁴. Es vergingen nur wenige Tage, bis er dann doch angab, auf seine Pläne die Regierung zu entlassen, zu beharren⁶⁵. Ein weiteres Beispiel: Strache sprach in einer großangelegten Veranstaltung von einem drohenden Bürgerkrieg⁶⁶, nur um am folgenden Tag seine Aussagen zu relativieren⁶⁷. Die Verwendung dieser Methode ist jedoch – wie bereits erwähnt – nicht exklusiv auf PopulistInnen beschränkt. So finden sich etwa ein Beispiel dafür im Verhalten des damaligen Newcomers der ÖVP: Sebastian Kurz⁶⁸.

Warum nun diese Inkonsistenz? Damböck versucht es mit folgender Antwort:

„(...) Dieser auf den ersten Blick (für den Außenstehenden) völlig konfus erscheinende Stil (...) kann auf zwei Arten und Weisen begründet werden. Einmal hat die erratische Vorgangsweise von populistischen Politikern etwas zu tun mit dem unten noch zu besprechenden Kernanspruch von Populisten, stets nur das zu vertreten, was „das Volk“ wünscht. Populisten tun, wenn sie diesen Anspruch erheben, gut daran, seismische Veränderungen in bestimmten populären Schichten zumindest scheinbar mit zu übernehmen, genauso wie dies Boulevardmedien tun, wenn sie, je nach (allerdings oft selber mit-erschaffener) Stimmungslage (...) ihre Meinungen ändern, vom Mitleid mit hilflosen Flüchtlingen bis zur brutalen Ausländerhetze. Populisten simulieren auf diese Art und Weise, genauso wie Boulevardmedien, die Stimmungsschwankungen in ihrer Zielgruppe: den unterdurchschnittlich gebildeten Bevölkerungsteilen, die politische Entscheidungen eher aus dem Bauch heraus treffen und dabei kaum durchdachten Prinzipien folgen. (...) Ein zweiter Aspekt besteht jedoch darin, dass das oben beschriebene Prinzip der Spiegelung seinerseits einen eher paranoiden politischen Stil geradezu erzwingt. Populismus muss ständig zwei konträre Seiten bedienen, die sich aus dem Prinzip der Spiegelung ergeben. Einmal die Wurzeln der Demokratie, in Gleichheit, Freiheit und Menschenrechten, die man ja irgendwie beibehalten möchte. Und dann natürlich das eigene Programm, das eine radikale Alternative zur Demokratie insgesamt bedeutet. Der bloße Umstand, dass Populisten Termini wie „Demokratie“ und „Freiheit“ quasi umdefinieren, ändert wenig daran, dass es sich hier um eine paranoide Grundsituation handelt. Denn: es geht ja nicht bloß darum, demokratische Begriffe in ihr radikales Gegenteil zu verkehren, sondern sie so umzudeuten, dass der Ursprungszustand und das radikale Gegenteil davon gleichermaßen erhalten bleiben.“⁶⁹

Auf der einen Seite steht somit die weite Zielgruppe der PopulistInnen, welche im Kapitel 2.2.4 *Die Wählergruppe* behandelt wird. Auf der anderen Seite ist dieser Stil auf die Praxis der Spiegelung und die Grundparanoia der PopulistInnen gerichtet. Dieser Zwist zwischen dem demokratischen Rahmen der Spielregeln und den antidemokratischen Tendenzen sorgt für diese relativ sprunghafte Meinungsbildung. Wenn man sich die erwähnten Kehrtwenden von

⁶⁴ Vgl.: http://diepresse.com/home/innenpolitik/bpwahl/5119502/Hofer_Werde-Regierung-nicht-bei-jeder-Gelegenheit-entlassen (26.08.2017).

⁶⁵ Vgl.: http://diepresse.com/home/innenpolitik/bpwahl/5121235/Norbert-Hofer_Haette-die-Regierung-entlassen (26.08.2017).

⁶⁶ Vgl.: http://diepresse.com/home/innenpolitik/5107257/Strache_Mittelfristig-ist-Buergerkrieg-nicht-unwahrscheinlich (26.08.2017).

⁶⁷ Vgl.: <https://www.facebook.com/HCStrache/posts/10154318582803591> (26.08.2017).

⁶⁸ Vgl.: <http://www.salzburg.com/nachrichten/dossier/fluechtlinge/sn/artikel/x-te-kehrtwende-italien-irritiert-ueber-kurz-aussagen-256788/> (26.08.2017).

⁶⁹ Christian Damböck. *Demokratie kontra Populismus.*, S. 87f.

Sebastian Kurz ansieht, so sind diese eher in der ersten Vorgangsweise der Erratik zu finden. Es geht schlicht um das Sammeln von Wählerstimmen in einer Zeit mit sich ständig wechselnden Meinungen. Ebenso kann man den Schwenk Le Pens und die Klarstellung Straches auf diesen Punkt zentrieren. Der Schwerpunkt dieser Rückzieher und Klarstellungen scheinen auf Meinungsumfragen zu fußen. Das beschriebene Taktieren von Norbert Hofer ist im Gegensatz nicht ganz so klar festlegbar. Die Meinung seines Kontrahenten Alexander Van der Bellen war fest auf der Entscheidung zementiert, die Regierung nicht zu entlassen⁷⁰. In dem recht hitzigen und sehr aggressiven Wahlkampf zwischen den beiden konträren Kontrahenten, hätte es Hofer wohl nicht unbedingt mehr Stimmen eingebracht, wenn er sich nicht deutlich auf eine der Seiten festgelegt hätte. Es könnte hier anzunehmen sein, dass die populistische Seite der Erratik zugeschlagen hat. Immerhin geht es um das Amt des Bundespräsidenten und die Möglichkeit, eventuell die Regierung neu wählen zu lassen. Es ist – aus populistischer Sicht – eine ausgezeichnete Position, um Umwälzungen in den demokratischen Strukturen des Staates zu initiieren. Einerseits musste Hofer also die demokratische Position des/der BundespräsidentIn und somit die Verfassung und deren Strukturen verteidigen, andererseits musste er auch das radikale Gegenteil vertreten. Dieser Stil ist grob zusammengefasst „*paranoid und konsistent gleichzeitig*“⁷¹. In Hofers Fall ist es in der Hinsicht paranoid, dass die gewählte, respektive fast schon jedwede Regierung nicht regierungsfähig ist. Die Konsistenz ist in der Sichtweise verborgen, dass seine Partei in der Regierung sehr wohl fähig und funktionstüchtig ist – und zwar (um an den Volksbegriff des vorherigen Kapitels anzuschließen) sie und nur sie. Es ist ein schwer zu argumentierender Spagat zwischen Realität und Hetze, zwischen politischer Verantwortung und Wunschgedanken. Auf genau dieselbe Art und Weise gibt es die Trennlinie zwischen den „guten InländerInnen“ / „schmarotzenden AusländerInnen“, dem/der „großherzigen Präsidenten/Präsidentin“ / „AsylverweigererIn“, oder die „vereinte Bevölkerung“ / „UnionsverweigererIn“.

Es bleibt somit eine ungenaue Meinung über den populistischen Gehalt dieser Methoden. Auf der einen Seite kann jede/r PolitikerIn – ob populistisch oder nicht – problemlos erratisch agieren, und auf der anderen Seite findet sich die Methode der Spiegelung auch bei Kleinkindern. Spiegelt beispielsweise ein/e KontrahentIn in einer Diskussion auf die hier beschriebene Art, so ist dies noch nicht ein grundsätzlicher Beweis, dass besagte/r KontrahentIn ein/e PopulistIn ist. Er/Sie kann genauso ein schlechter Rhetoriker oder schlichtweg nicht bereit

⁷⁰ Vgl.: <https://kurier.at/politik/inland/bundespraesident-alexander-van-der-bellen-gabalier-mit-kopftuch-fand-ich-sehr-witzig/262.001.407> (26.08.2017).

⁷¹ Christian Damböck. Demokratie kontra Populismus., S. 88.

für die politische Bühne sein. Populistisch werden diese beiden Methoden nur, wenn der Hintergedanke rein die Zerstörung der demokratischen Traditionen und deren Institutionen beinhaltet. Nur dann, wenn besagte/r KontrahentIn mit einer offensiven Gangart mehrere Diskussionsversuche spiegelt und mit dem unweigerlich auftretenden Zwist demokratischer Funktionen im Populismus zu kämpfen hat, erst dann liegt klar ein populistischer Stil vor. Die genannten Methoden sind zwar Indikatoren des Populismus, jedoch nicht ausschließlich rein populistisch. Im Zweifel bleibt somit nichts anderes übrig, als diese im Hinterkopf zu behalten und darauf zu achten, auf welche Art und Weise der/die PolitikerIn sie anwendet.

2.2.2.4 Horrorclowns und die Macht der Satire

Mit einem der letzten Kapitel dieses Unterpunktes wird die Methode der Horrorclowns näher betrachtet. Damit ist nicht gemeint, dass etwa ein Norbert Hofer versucht, sich als schreckenserregendes Partyhighlight zu stilisieren. Es geht vielmehr um die Kombination aus der eigenen Ausstrahlung, der verwendeten Rhetorik und der dazugehörenden Inszenierung.

Diese Methode ist einer der langlebigsten Waffen im Repertoire des Populismus. Schon Adolf Hitler sorgte damals für Aufsehen, als er mit seiner gedrängten Aussprache, seinen gezielten Bewegungen am Rednerpult und seinen starren Grimassen das deutsche „Volk“ für sich gewonnen hat. Es ist nicht verwunderlich, dass diese Eigenheiten das Ziel zahlreicher Parodien geworden sind (beispielsweise: Charlie Chaplin in seinem Film *The Great Dictator* (1940)⁷²). Umso überraschter waren die Menschen dann, als aus dem parodierten, aber wenig ernst genommenen Nazi ein blutrünstiger Kriegstreiber wurde. Damit ist jetzt natürlich nicht gemeint, dass auch die PopulistInnen der aktuelleren Geschichte genau dieselbe Strategie verfolgen und sich als Klassenclown zeigen, um schließlich unvorbereitete Nachbarstaaten zu überfallen. Es geht vielmehr um ein Image mit zwei Seiten. Auf der einen haust der Clown. Dieser ist fröhlich, nett, redet zu den Massen und strahlt ein Gefühl der Freude und Sicherheit aus. Ebenso bedient er sich – direkt oder indirekt – der Satire. Indirekt, indem der Clown Thema A anspricht, sich etwa über die Sichten der anderen Parteien, KontrahentInnen oder KritikerInnen und Medien lustig macht und diese schief lächelnd abtut⁷³. Direkt, indem ehemalige SatirikerInnen selbst in die Politik gehen⁷⁴. Die andere Seite ist das Bild eines Losers/einer Loserin. Damit ist in keiner Weise ein persönlicher Angriff gegen oder ein Statement über die jeweilige Person gemeint, sondern blankes Kalkül. Der/Die jeweilige PolitikerIn stellt sich als quasi als VolksmusikerIn

⁷² Vgl.: <https://www.youtube.com/watch?v=gCF5LBPhcb4> (01.06.2018).

⁷³ Vgl.: <https://www.youtube.com/watch?v=HhuTO1UrArI> (31.08.2017).

⁷⁴ Vgl.: <https://www.theguardian.com/world/2016/nov/27/matteo-renzi-politics-italy-european-union-brexit-trump> (31.08.2017).

dar, der/die Lieder nimmt und sie in „vereinfachter“ Form neu vertont⁷⁵. Es wirkt nun für den/die ZuhörerIn, als wäre Hit-Musik/Politik etwas, das jede/r tun könnte. Die dargestellte Lächerlichkeit, das Image des „Losers“, wirkt auf potentielle WählerInnen mit (wahrscheinlich mehrheitlich) niedrigem Selbstwertgefühl oder negativem Bild von Politik als Ermutigung und Identifikationsargument (dies wird im Kapitel 2.2.4 *Die Wählergruppe* genauer erläutert und ausformuliert). Eine mögliche Botschaft wäre: „Schau her, ich stehe hier in meinem Maßanzug und bin trotzdem noch wie du – ein einfacher Mann vom „Volk“, der nach den Sternen greift“, oder: „Politik ist etwas Einfaches und selbst der kleine Zahntechniker aus der Vorstadt kann Kanzler werden“. Das Gesamtbild wirkt wie die Geschichte des Underdogs, der sich gegen die etablierten, korrupten und festgesessenen Eliten zu behaupten versucht. Geht man den Gedanken weiter, so könnte man auch argumentieren, dass die Horrorclowns mit ihrer Show versuchen, die potentiellen WählerInnen von dem, was sie tatsächlich sagen, abzulenken. Ein Beispiel dazu wäre etwa ein/e PopulistIn, der/die sich offen gegen dringend benötigte Flüchtlingshilfe ausspricht, es jedoch derart übertreibt, dass man sich denkt, dass dieser es wohl nicht so meinen kann. An dieser Stelle sei erwähnt, dass dieses Phänomen des Horrorclowns zwar verbreitet (siehe „H.C.“ Straches Bierzeltrede⁷⁶, Hofer beim politischen Martini⁷⁷, Farage in Amerika⁷⁸), aber nicht verallgemeinerbar ist.⁷⁹

Wie geht man nun mit dieser Situation um? Was kann man tun, um diese Methode eines/r populistischen Politikers/Politikerin als Populismus hinzustellen? Die Antwort liegt in der Methode: Satire begegnet man ebenfalls mit Satire. Das Ziel ist es, den Worten und der „Show“ ihren ernsten Unterton wegzunehmen. Wie bereits erwähnt, inszenierte Charlie Chaplin einst die Reden Hitlers als Konglomerat aus harten, abgehackten Pseudoworten, kombiniert mit Grimassen und wilden Körperbewegungen. Das Resultat zeigt, wie lächerlich sich der „Führer“ mit seinen Reden macht und es kommt gleichzeitig zum „Schock“, dass man trotz dieser Farce eines Politikers dennoch – im Falle seiner AnhängerInnen – an dessen Worte glaubt, oder – im Falle seiner GegnerInnen – sie nicht ernst genommen hat. Es sollte sich dabei herauskristallisieren, dass ein mündiger Mensch (um Kants bekannten Begriff der Mündigkeit zu verwenden, der als Ziel einer – westlich-philosophischen – Ausbildung im Rahmen des

⁷⁵ Vgl.: <https://www.youtube.com/watch?v=8aWgT7dIAY0> (02.03.2018).

⁷⁶ Vgl.: <https://www.youtube.com/watch?v=hSFvZFrAvjs> (03.10.2017).

⁷⁷ Vgl.: <https://www.youtube.com/watch?v=HhuTO1UrArI> (03.10.2017).

⁷⁸ Vgl.: https://www.youtube.com/watch?v=oj4K9fr_WgY (03.10.2017).

⁷⁹ Vgl.: Christian Damböck. Demokratie kontra Populismus., S. 106-109. (bzw.: vgl.: Christian Damböck. 1933/2017. Demokratie kontra Populismus., S. 90-92. [Anm.: Fassung vom Sommersemester 2017, eingesehen und gesichert als PDF in der Fassung vom 02.06.2017]).

Erwachsenwerdens angestrebt wird) erkennt, was eigentlich gesagt wurde. Mit Chaplins Methode der Pseudoworte, fällt der Inhalt der Rede in den Hintergrund und nur die zugrundeliegende „Show“ wird ins Lächerliche gezogen. Sollte sich dann die Frage stellen, was der/die RednerIn denn eigentlich wirklich gesagt hätte, kann klarwerden, was er/sie denn tatsächlich postuliert hat. Genauso könnte sich auch die Realisation dieser Lächerlichkeit der „Show“ auf die Inhalte übertragen – doch ich belasse es hierbei bei diesen Gedankenanstößen. Den Effekt von Satire auf populistische Inhalte und PolitikerInnen zu analysieren, wäre genug, um eine zweite Diplomarbeit zu füllen. Um auf die Gegenwart zurück zu kommen: Es gibt auch zu den derzeitigen populistischen KandidatInnen Versuche, diese in einem satirischen Licht dastehen zu lassen. Angefangen von dem Skandal um Jan Böhmermann und dessen Gedicht über den türkischen Präsidenten Recep Erdoğan⁸⁰⁸¹, über den Versuch, die heimische Politik im Lichte der Satire zu behandeln⁸², bis hin zum Entschluss, aus dem steil emporsteigenden Stern des Shootingstars Donald Trump Kapital zu schlagen und auf Talentshows zu performen⁸³.

2.2.2.4.1 *The Singing Trump*

Um das Beispiel des „Singing Trump“ (Abb. 5) genauer zu analysieren: Während seines ersten Auftritts bei *America's Got Talent* (ausgestrahlt am 30.05.2017)⁸⁴, wurden einige zentrale Punkte seines Wahlkampfes und der damit in Zusammenhang stehenden Themen angeschnitten:

Minute 0:50 – 1:06

Das Publikum buht den Darsteller in der Donald-Trump-Verkleidung beim Betreten der Bühne aus und eine der JurorInnen drückt noch vor dessen erstem Wort sichtlich verstört ihren Buzzer. Der erste Kommentar des Künstlers: „*Stop with the... with the fake boos.*“ ist ein Verweis auf die „Fake News“.



Abb. 5: „The Singing Trump“ – Screenshot seines Twitter-Accounts.

⁸⁰ Vgl.: <https://www.youtube.com/watch?v=dhSOuF0oPOE> (03.06.2018).

⁸¹ Vgl.: <http://www.spiegel.de/kultur/tv/jan-boehmermann-das-sind-die-fakten-der-staatsaffaere-a-1086571.html> (02.03.2018).

⁸² Vgl.: <http://derstandard.at/2000052434956/Satire-vom-Feinsten-Die-FPOe-als-Hort-der-Sparmeister-und> (02.03.2018).

⁸³ Vgl.: <https://twitter.com/thesingingtrump?lang=de> (02.03.2018).

⁸⁴ Vgl.: <https://www.youtube.com/watch?v=jD5mtalbEdY> (02.03.2018).

M. 1:30 – 1:32

Im Intro wird eine kurze Szene gezeigt, die den Künstler in seiner Rolle mit Security und einem goldenen Handy zeigt. Der One-liner in dieser Szene: „*Where is the delete button on this thing?*“ ist eine Anspielung auf die umstrittene Verwendung von Twitter durch den Präsidenten.

M. 1:43 – 1:48:

Während der Künstler im Hintergrund weiterredet, wird eine Szene gezeigt, in der er mit einem „Fan“ ein Foto schießt und beide die „Daumen-hoch-Geste“ vorzeigen (Abb. 6).



Dabei macht „Trump“ diese falsch, schaut im letzten

Abb. 6: Screenshot von America's Got Talent, S12E01 (Minute 1:44).

Moment auf die Hand des „Fans“, korrigiert die Ausrichtung seine Daumes und lächelt für das Foto. Hier wird wiederum die Figur ins Lächerliche gezogen, da sie als dumm und hilfsbedürftig (negative Betrachtung) / anpassungsfähig (positive Betrachtung) dargestellt wird. Der Text dazu: „*(...) I'm trying to make the world a better place and spread a little joy and that's why I'm here.*“ Dieser Satz ist eine Botschaft des Künstlers an das Publikum, dass es sich hier um bewusste Satire handelt.

M. 1:48 – 1:53

Ebenfalls im Intro kommt es zu einem kurzen Gespräch mit einem Mann, der dem Künstler die Hand gibt und ihm mitteilt, dass er „ihn“ (Trump) schon zwei Mal gewählt hat, worauf dieser sich ihm verstärkt zuwendet – ein flüchtiger Verweis auf mögliche Klientelpolitik des Politikers.

M. 1:53 – 2:01

Weiters spricht der Künstler zur Kamera: „*I don't listen, I don't think (Anm.: kurze Pause) about the competition. (...) and I wanna shine in the sun, in the spotlight.*“ Hier zeigt sich ein weiterer Querverweis auf das Image von Donald Trump. Einerseits wird hier angesprochen, dass der Präsident mit sturen Umgangsstil den Rat seiner Berater

ignoriert und selbst nicht über alle Konsequenzen seines Handelns nachdenkt. Andererseits liegt der Anspielung „wanna shine (...) in the spotlight“ eine doppelte Bedeutung zugrunde: Die oberflächliche Aussage ist die Tatsache, dass er in der Show „America’s Got Talent“ auftritt. Tieferliegend ist zudem die Botschaft, dass der Präsident sein Amt nur aus egoistischen/narzisstischen Motiven angestrebt hat – nämlich als Selbstinszenierung für mehr Prestige und als öffentlichkeitswirksame Werbung für seine diversen Unternehmen, wie Hotels und Casinos.

M. 2:10 – 2:20

Nach dem Intro steht „Trump“ wieder auf der Bühne und sagt: „*We are going to make America’s Got Talent great again. It’s gonna be huge.*“ – eine Anspielung auf seinen berühmten Leitsatz während der Wahlkampagne.

M. 2:36 – 2:42

Einer der Juroren merkt lachend an: „*This better be good, or they’re gonna build a wall around you and this audience is gonna pay for it.*“ (großer Jubel im Publikum). Dahinter verbirgt sich eine Anspielung auf eines der Kernthemen von Trumps Wahlkampf: Das kontroverse Versprechen, an der Grenze zu Mexiko eine Mauer zu errichten – auf Kosten des mexikanischen Staates.

M. 4:16 – 4:26

Nach der Performance richtet „Trump“ noch ein paar Worte an das Publikum: „*Folks, if I don’t make it through to the next round after that, this thing is rigged.*“ Dabei nimmt er wiederum eine typische Pose Trumps während des Wahlkampfes ein. Hierbei handelt es sich um einen Verweis auf die Wahldebatten um möglichen Wahlbetrug von Seiten seiner Kontrahentin Hillary Clinton⁸⁵. Dies unterstreicht in hervorragender Weise die anti-elitäre Grundhaltung im Populismus: Das einfache „Volk“ werde bei der Abgabe seiner Stimme von „denen da oben“ ausgetrickst und betrogen. Genauso liegt es jetzt an den Juroren, den Willen des „Volkes“ (Audienz) zu akzeptieren und den durch das „Volk“ gewählten Performer in die nächste Runde zu lassen.

⁸⁵ Vgl.: <https://www.theguardian.com/us-news/video/2016/oct/18/us-presidential-election-rigged-donald-trump-wisconsin-video> (08.03.2018).

M. 4:34- 4:40

Eine Reaktion des Jurors auf die dargebotene Show (Abb. 7) findet sich in folgendem Satz: „ (...) *I think (...) in these times, this is the kind of performance we need. (...).*” Bemerkenswert an



diesem Satz ist die Tatsache, dass der Juror

Abb. 7: Screenshot von America's Got Talent, S12E01 (Minute 3:58) – Darstellung des „Singing Trumps“.

die Darbietung des „Singing Trump“ als eine mögliche Lösung für den aufgeregten Frust sieht – nicht als eine, wie zuvor postuliert, anti-populistische Methode, sondern vielmehr als eine komödiantische Erheiterung – die Kernfunktion von Satire und Comedy.

M. 5:56 – 6:10

Während die Jury ihre Bewertung über die Vorstellung von „Trump“ abgibt, entscheidet sich eine der Jurorinnen für ein „Nein“. Als Reaktion auf die folgende negative Reaktion des Publikums sprechen sich sowohl die Jury als auch „Trump“ für das Prinzip eines demokratischen Prozesses aus. In Anbetracht der zuvor gefallen Aussage „Trumps“ (4:16 – 4:26) ein beachtlicher Schwenk zur Demokratie. Man kann hier vermuten, dass es entweder eine weitere Botschaft des Schauspielers unter der Trumpperücke ist, oder, dass „Trump“ sieht, dass er auch ohne ihre Stimme weiterkommt und deshalb sich bewusst hinter den demokratischen Prozess stellt. Dabei kommt es zu folgendem Wortwechsel:

Trump: „It's okay, folks, it's okay. She's from Australia.“

Jurorin: „I'm from England.“

Trump: „From England, I'm sorry, I'm sorry. I don't know my countries.“

Damit soll darauf angespielt werden, dass Trump im Rahmen zahlreicher Reden und Veranstaltungen Ausrutscher in Bezug auf Ländernamen passierten – so vertippte er

sich auf Twitter, oder verwendete fiktive Namen nicht-existenter Länder⁸⁶. Genauso kann es auch eine Retourkutsche „Trumps“ wegen ihrer Absage sein, da er sie mit seiner Aussage nicht als Teil des „Volkes“ anerkennt.

2.2.2.4.2 *Epic Rap Battles of History*

Eine weitere Form der Satire findet sich in der Form der „Epic Rap Battles of History“, in denen verschiedenste Personen aus der Geschichte oder Fiktion Duelle in Reimform austragen. Passend zum Präsidentschaftswahlkampf gab es auf dem Kanal auch ein Video über Hillary Clinton und Donald Trump⁸⁷⁸⁸. (Es wäre auch nicht das erste Mal, dass „Trump“ in einem Rap Battle erschienen wäre⁸⁹). Das Video wurde während des Wahlkampfes veröffentlicht (26.10.2016), wenige Tage vor dem offiziellen Wahlgang.

Hillary Clinton:

*“(...) I'm a woman of the people, that's for certain;
You're a man of the people who don't like turbans.
I was living in the West Wing, while you were professional wrestling.
You got skin like Russian dressing, from too much Russian investing.
You been going bankrupt since the 90s, if I was in Iran, you couldn't find me.
You don't care about the job, Trump, you just think the desk is shiny. (...)*

*How do I say this? You're racist!
Ooh, you must get so pissed
that your hands are too small to stop and frisk,
so you use your fingers to touch chicks.”*

Secret Service Agent:

“She's only 12 years old.”

Hillary Clinton:

“That's enough, shit!”

Secret Service Agent:

“But she's married, sir.”

Hillary Clinton:

“Just gotta get pushy.”

Secret Service Agent:

⁸⁶ Vgl.: https://www.washingtonpost.com/news/the-fix/wp/2017/04/12/president-trumps-thoroughly-confusing-fox-business-interview-annotated/?utm_term=.40b29cf4b34e (05.06.2018).

⁸⁷ Vgl.: <https://www.youtube.com/watch?v=Kbryz0mxuMY> (08.03.2018).

⁸⁸ Vgl.: <https://genius.com/Epic-rap-battles-of-history-donald-trump-vs-hillary-clinton-lyrics> (08.03.2018).

⁸⁹ Vgl.: <https://www.youtube.com/watch?v=cP6VqB4klpQ> (08.03.2018).

“That's your daughter.”

Hillary Clinton:

*“Well, grab her by the pussy!
That's assault, brotha!
Don't tell me the victim's at fault, sucka! (...)*

*So go ahead Donald, let me see your flow,
I brought Michelle's speech, borrow some quotes.”*

Donald Trump (Abb. 8):

*“Let me just say
I respect all females,
but your rhymes are trash:
Put 'em next to your emails.*

*Our country's in crisis, who
wants to vote for the mother
of ISIS?
That might not be exactly
true, but I don't do
politeness. (...)*

*You wanna break the glass
ceiling, Hillary, I sense it,
but the only crack you'll
find is my ass pressed against it. (...)*

This will be just like '08 when you fail, but Trump will appoint you to jail.

*How do I say this? You're a two.
And you almost lost the primary to a socialist Jew.
What do the American people gotta yankee doodle do, to get it through your fat face that
they're just not that into you?*

*They want a strong male leader, who can stand up to China,
not a crooked little wishy-washy bleeding heart vagina.*

*I'm gonna run these streets like I run my casinos:
More police and less Latinos.*

*While you bury us in debt buying poor people socks,
I'll create jobs tearing down mosques.
Then I'll use all the best rocks from the site to build a wall:
Dip it in gold and make Mexico pay for it all.*

*I'll make this country great again, we'll all be living large.
I'll tell Congress you're fired and put Charles in charge.
'Cause this whole system's rigged and we all know the riggers
For the last eight years, this country's been run by – [Anm.: hier wird er unterbrochen] (...)*”



Abb. 8: Screenshot des Rap Battles (Minute 2:55): Die Darstellung „Trumps“.



Abb. 9: Screenshot der Climax des Rap Battles. (Minute 3:10).

Abraham Lincoln (Abb.9):

“Are you fucking kidding me with this blah blah blah?(...)”

I've heard more thoughtful discussion up in TMZ.

You two got brother blocking brother on their Facebook feed, I'm so sick and tired of this ridiculous shit:

If this is the best my party gets, then my party should quit. (...)

And if she does win the White House, be a man and hold the door.

Don't get your fans stirred up in some sorta Twitter civil war. (...)

That's of the people, by the people, for the people! (...)”

Um die Analyse kurz und prägnant zu halten, wird sich diese auf die wesentlichen Themen im Zusammenhang mit Trump – in ihrer im Rap behandelten Reihenfolge – beschränken. Es sei an dieser Stelle erneut erwähnt, dass es sich hierbei bekanntlich um Satire handelt und dementsprechend interpretiert werden muss.

Rassismus

Das wohl am häufigsten behandelte Thema ist Rassismus. Sowohl bei Hillary Clinton als auch bei Donald Trump erscheinen (begründete⁹⁰) Vorwürfe, dass Trump rassistisch sei. Es wird dazu ein finsternes Bild gemalt, was alles passieren kann, sollte Trump die Wahl gewinnen. Dabei wird vor allem auf Latinos und MuslimInnen verwiesen. Insbesondere mit Trump letzten Versen, als er auch im Video sichtlich die Fassung zu verlieren beginnt, wird er als jemand porträtiert, der Rassismus verinnerlicht hat.

⁹⁰ Vgl.: <https://www.nytimes.com/interactive/2018/01/15/opinion/leonhardt-trump-racist.html> (09.03.2018).

Trumps politische Unerfahrenheit

Ein weiteres, immer noch hochaktuelles⁹¹ Thema findet ebenfalls im Rap Battle Platz: Trumps Russlandkontakte, sowie seine vermutete Unerfahrenheit und Unfähigkeit⁹². Es ist eine Kombination aus den Gedanken, dass der Präsident nicht für sein Amt fähig ist, lieber „rüderen“ Aktivitäten wie Wrestling oder sexueller Nötigung (auch gegen Minderjährige oder Familienmitglieder) nachgeht und nur durch die Intervention des alten Rivalen (Russland) eine Chance auf einen Wahlsieg hat. Sollte eine Frau versuchen, „the Glass Ceiling“⁹³ (engl. für die Hürde für Frauen, hohe Ämter zu bekleiden) zu durchbrechen, so steht Trump dort und macht sich über alle unter ihm lustig. Das Amt selbst scheint für ihn nur ein Prestigeobjekt zu sein. Er nimmt die damit verbundene Verantwortung nicht ernst und kann damit auch selbst nicht ernst genommen werden. Dabei wird die Intelligenz des Präsidenten angezweifelt, der erneut nicht fähig ist, die Nationalstaaten richtig zuzuordnen.

Trumps wirtschaftliche Erfolge/Probleme

Genauso werden die wirtschaftlichen Errungenschaften des Präsidenten und seine Vorlieben für Gold angeschnitten. Es stellt sich die Frage nach dem Gehalt seiner Pläne und, ob er wirklich das tun kann, was er geplant hat. Seine Geschäfte sind nicht immer erfolgreich gewesen⁹⁴. Genauso scheint es auch fragwürdig, dass etwa Mexiko die propagierte Mauer bezahlen würde. Der Prunk und Glamour, den der Präsident vorzieht und anpreist, wird in dieser Form nicht für den „einfachen Mann“ zugänglich sein.

Narzissmus

Ein weiterer Punkt des Rap Battles ist die Person Trumps an sich. Er wird als Narzisst dargestellt, der lügt und sich gegen „political correctness“⁹⁵ stemmt. Seine Glaubwürdigkeit, sowie seine politischen Fähigkeiten werden in Fragen gestellt. Genauso wird der

⁹¹ Vgl.: <https://investigaterussia.org/timelines/everything-we-know-about-russia-and-president-trump> (03.06.2018).

⁹² Vgl.: https://www.washingtonpost.com/opinions/president-trump-is-blessedly-weak/2018/03/05/ce0275f2-20c6-11e8-94da-ebf9d112159c_story.html?utm_term=.c474481ff809 (09.03.2018).

⁹³ Vgl.: <http://abcnews.go.com/Politics/hillary-clintons-progress-shatter-highest-hardest-glass-ceiling/story?id=43420815> (09.03.2018).

⁹⁴ Vgl.: https://www.washingtonpost.com/politics/2016/live-updates/general-election/real-time-fact-checking-and-analysis-of-the-first-presidential-debate/fact-check-has-trump-declared-bankruptcy-four-or-six-times/?utm_term=.09c8fb64fa65 (09.03.2018).

⁹⁵ Vgl.: https://www.washingtonpost.com/posteverything/wp/2017/05/16/trump-ran-against-political-correctness-now-his-team-is-begging-for-politeness/?utm_term=.6e3e1a2dfa19 (09.03.2018).

Plagiatsverdacht angesprochen⁹⁶. Es entsteht das Bild eines willkürlichen, autoritären, „starken“ Mannes, der von sich selbst derart überzeugt ist, dass er selbst über dem Gesetz zu stehen glaubt. Man wird erneut mit dem Vorwurf der „rigged elections“ konfrontiert und den möglichen Gedanken Trumps, das alte System über den Haufen zu werfen und eine komplett neue, möglicherweise autoritärere Regierung einzusetzen. Die Formulierung „and put Charles in charge“ ist eine Anspielung auf Scott Baio, den Hauptdarsteller der Fernsehserie „Charles in Charge“ aus den 1980er Jahren, der sich öffentlich als Trump-Unterstützer bekannt hat⁹⁷.

Imperatives Mandat

Des Weiteren kommt auch der populistische Volksbegriff im Rap vor. Zusammen mit seinem Wahlslogan: „Make America Great Again“ beschwört Trump seine Position als Erlöser des amerikanischen „Volkes“. Denn das „Volk“ will Hillary nicht (die sich selbst jedoch auch als eine Frau des „Volkes“ bezeichnet), sie will ihn, den Retter, den Schaffer von Arbeitsplätzen und den Verteidiger gegen Chinas (wirtschaftliche) Ambitionen. Hier zeigt sich auch der Kern von Müllers Populismusbegriff: Das „Volk“ will nicht Hillary (womit nur noch Trump übrigbleibt und als „einziger wahrer Volksvertreter“ sein imperatives Mandat erhält). Trump muss sich jetzt gegen das System (Anti-Elitismus) und die Interessen anderer (Anti-Pluralismus) durchsetzen. Es ist eine ständige Kampfsituation mit ihm als Lösung.

Rechtsstaatlichkeit

Den Höhepunkt stellt schließlich das Erscheinen von Abraham Lincoln dar. Er wirkt mit beiden unzufrieden und bricht die Show auf das Wesentliche herunter: Nur weil es eine wichtige Wahl ist, muss man nicht derart stark polarisieren und die Menschen, beziehungsweise die einzelnen Mitglieder einer Familie im Land, gegeneinander aufbringen. Hetze – in welcher Form auch immer – ist zu unterlassen, da man sonst früher oder später einen medialen Bürgerkrieg anzettelt. Denn schlussendlich gibt es eine rechtliche Basis, an die sich jeder Kandidat und jede Kandidatin halten muss: Die Verfassung der Vereinigten Staaten von Amerika. Egal, wer die Wahl auch gewinnt; diese Person wurde auf amerikanisch-demokratischen Weg gewählt und das Ergebnis ist zu akzeptieren.

⁹⁶ Vgl.: <https://www.washingtonpost.com/news/the-fix/wp/2016/07/19/a-brief-history-of-donald-trump-and-plagiarism/> (09.03.2018).

⁹⁷ Vgl.: <http://www.independent.co.uk/news/people/donald-trump-scott-baio-comments-response-sexism-ladies-guys-a7354021.html> (09.03.2018).

2.2.2.4.3 Die Quintessenz der tragischen Komödie

Die beiden obenstehenden Beispiele sollen einen Eindruck in die Möglichkeiten der Satire vermitteln; sei es nun ein Künstler oder Schauspieler in Trump-Verkleidung oder ein Rap Battle - die ausgestrahlte Botschaft ist nahezu die gleiche: In der Person von Donald Trump wird ein Präsident gezeigt, der aus der Norm fällt. Plötzlich steht ein Clown im wahrsten Sinne des Wortes vor der Kamera, der mit seinen Gesichtszügen, seinen erratisch wirkenden Gesten und seinen Botschaften versucht, seine ZuhörerInnen zu „verzaubern“. An dieser Stelle sei ausdrücklich gesagt, dass mit der folgenden Aussage keine Parallele zwischen dem Präsidenten und Hitler gezogen wird, aber es ist erstaunlich, gar unheimlich, wie sehr sich Charlie Chaplins filmische Darbietung und die Posen der Künstler zu Donald Trump ähneln. Besonders beeindruckend waren hierbei die letzten Verse Trumps im Rap Battle:

*“I’m gonna run these streets like I run my casinos:
More police⁹⁸ and less Latinos⁹⁹.”*

*While you bury us in debt buying poor people socks,
I’ll create jobs tearing down mosques¹⁰⁰.
Then I’ll use all the best rocks from the site to build a wall:
Dip it in gold and make Mexico pay for it all¹⁰¹.*

*I’ll make this country great again¹⁰², we’ll all be living large.
I’ll tell Congress you’re fired¹⁰³¹⁰⁴ and put Charles in charge.
‘Cause this whole system’s rigged¹⁰⁵ and we all know the riggers
For the last eight years, this country’s been run by¹⁰⁶ – (Anm.: hier wird er unterbrochen)”*

Die vergangenen anderthalb Jahre unter der Trump-Administration haben gezeigt, dass er viele der Themen, die hier angeschnitten sind (beispielsweise: Fremdenfeindlichkeit, Mauerbau, Systemänderungen) tatsächlich umzusetzen versucht hat. Seine Vorstellungen zum Thema

⁹⁸ Vgl.: <https://www.washingtonpost.com/news/politics/wp/2017/07/28/trumps-speech-encouraging-police-to-be-rough-annotated/> (09.03.2018).

⁹⁹ Vgl.: <https://www.nytimes.com/interactive/2018/01/15/opinion/leonhardt-trump-racist.html> (09.03.2018).

¹⁰⁰ Vgl.: <https://www.politico.com/story/2015/11/trump-close-mosques-216008> (09.03.2018).

¹⁰¹ Vgl.: <http://www.politifact.com/truth-o-meter/promises/trumpometer/promise/1397/build-wall-and-make-mexico-pay-it/> - PolitiFact (09.03.2018).

¹⁰² Vgl.: <http://time.com/3923128/donald-trump-announcement-speech/> (01.08.2017).

¹⁰³ Vgl.: <http://www.independent.co.uk/news/world/americas/white-house-donald-trump-sack-craig-deare-advisor-latino-policies-oval-office-us-president-michael-a7589626.html> (09.03.2018).

¹⁰⁴ Vgl.: https://www.washingtonpost.com/news/posteverything/wp/2018/01/26/now-congress-has-to-act-to-keep-trump-from-firing-mueller-on-a-whim/?utm_term=.88dff759859c (09.03.2018).

¹⁰⁵ Vgl.: <https://www.theguardian.com/us-news/video/2016/oct/18/us-presidential-election-rigged-donald-trump-wisconsin-video> (08.03.2018).

¹⁰⁶ Vgl.: <https://www.politico.com/magazine/story/2016/01/barack-obama-race-relations-213493> (09.03.2018).

Zuwanderung werden momentan von verschiedensten Gerichten behandelt¹⁰⁷, der Mauerbau befindet sich noch in Planung (wobei die Gelder nicht von Mexiko, sondern von den US-Steuerzahlern selbst aufgebracht werden)¹⁰⁸ und die Mitglieder seines Kabinetts werden häufig ausgewechselt¹⁰⁹. Auch wenn es eine Komödie war, viele der satirischen Inhalte sind tatsächlich Realität geworden. Hier setzt nun ein Ansatz an, um mithilfe der Satire dem Populismus gegenzusteuern. Wie schon bei Chaplin wird der/die Gezeigte als lächerlich oder in einem politikfremden Umfeld gezeigt, wobei sich seine/ihre Inhalte nicht ändern. Es geht jetzt nicht mehr darum, den Politiker oder die Politikerin als Clown darzustellen, sondern dabei gleichzeitig ihre jeweiligen Inhalte in unveränderter Form zu vermitteln. Der/Die ZuschauerIn werden daraufhin zu den Gedanken angeregt, dass, wenn der Inhalt sowohl am Rednerpult, als auch in der Satire gleichgeblieben ist, jedoch nun einen bewusst erheiternden Effekt erzielt, man vielleicht doch noch einmal auf die Inhalte achten sollte. „Was will er/sie denn jetzt wirklich machen?“ Es gilt, die Welle der Comedy zu kapern und die PopulistInnen mit ihrem eigenen Horrorclownimage als eben das zu entlarven: PopulistInnen; etwa, indem man Aussagen und Verhaltensweise in anderem Kontext oder mit verstärkter Körpersprache wiedergibt.¹¹⁰ Oder, indem man die jeweiligen Reden mit Musik unterlegt und sie so verkürzt und zusammenschneidet, dass eine mögliche, darunterliegende Bedeutung zum Vorschein kommt.¹¹¹ Es geht darum zu zeigen, dass Politik etwas Ernstes ist und die „Show“ in den Bereich der Komödie gehört und nicht hinter ein Rednerpult. Die Chance besteht, auf diese Art die Inhalte zu entkleiden, sie ihrer humoristischen Verpackung zu berauben und sie als das hinzustellen, was sie sind: blanke Fakten.

Die zweite Möglichkeit der Satire ist ihre Verbreitung. Ein weiteres potentiell Mittel gegen Populismus ist die verstärkte Information der Bevölkerung über die jeweiligen Themen¹¹². Es geht um einen demokratischen Zugang zum Problem des Populismus und einen demokratisch ausgearbeiteten Lösungsansatz. Dafür benötigt es jedoch eine starke Einbindung der Bevölkerung in den Prozess, sowie eine hohe Informationsdichte. Wenn PopulistInnen die etablierten Institutionen, etwa mittels „Fake News“ angreifen, so stellt dies nun ein großes

¹⁰⁷ Vgl.: <https://www.theguardian.com/us-news/2018/feb/15/trump-travel-ban-unconstitutional-appeals-court-ruling-virginia> (09.03.2018).

¹⁰⁸ Vgl.: <http://www.politifact.com/truth-o-meter/promises/trumpometer/promise/1397/build-wall-and-make-mexico-pay-it/> - Miriam Valverde (09.03.2018).

¹⁰⁹ Vgl.: <http://www.businessinsider.de/trump-fires-resigns-leaves-administration-2017-7?r=US&IR=T> (09.03.2018).

¹¹⁰ Vgl.: <https://www.youtube.com/watch?v=l0tE6T-ecmg> (03.06.2018).

¹¹¹ Vgl.: https://www.youtube.com/watch?v=eN2wN1V5_F4 (09.03.2018).

¹¹² Vgl.: <http://www.ardmediathek.de/tv/S%C3%9CDLICHT/Was-tun-gegen-Populismus/BR-Fernsehen/Video?bcastId=34633636&documentId=44570954> (09.03.2018).

Problem dar. Wie informiert man die „Massen“, wenn dem primären Nachrichteninstitut die Berechtigung abgesprochen wird? Hier schaltet sich dann die Satire ein. Videos im Format des „Singing Trumps“ oder der „Epic Rap Battles of History“ lassen sich leicht über soziale Medien verbreiten und sollten somit auch „bildungsfernere“ Schichten erreichen. Das Youtube-Video zum „Singing Trump“ hat momentan knappe 30 Millionen Aufrufe¹¹³, die des „Epic Rap Battles“ rund 59 Millionen¹¹⁴. Haben soziale Medien eine derartige Kraft? Können sie in gegebener Zeit genug Menschen erreichen? Haben satirische Videos eine empirisch nachweisbare, anti-populistische Wirkung? Wiederum muss man es bei der Formulierung dieser Theorien und Fragen belassen, da man mit einer experimentellen Überprüfung dieser Fragestellungen eine weitere Arbeit füllen kann.

2.2.2.5 Conclusio

An dieser Stelle wird es Zeit für ein erstes Rekapitulieren des Populismus und dessen Methoden, sowie der möglichen Gegenmaßnahmen. Zuerst sei ausdrücklich gesagt, dass es keine eindeutig populistischen Methoden gibt. Es besteht keine wissenschaftlich unfehlbare Berechtigung, von jenen auf eine populistische Grundhaltung zu schließen. Die Art und Weise, wie der/die populistische PolitikerIn seine/ihre Nachrichten und Ansichten verbreitet, reicht nicht aus, um sie klar zu deklarieren. Auch ein Barack Obama kann die Glaubwürdigkeit einer Zeitung anzweifeln¹¹⁵ und dabei keine Fake-News-Diskussion starten. Entscheidend ist, wie Müller eben passend herausgearbeitet hat (siehe 2.1.2 *Das imperative Mandat*), das imperative Mandat. Seien es etablierte Institutionen, die wöchentliche Gratiszeitung oder das altbekannte Ehrenwort: Allgemein zählt für PopulistInnen anscheinend nur ihre eigene, selbstgemachte Weltsicht. Sie definieren das (moralische) „Volk“, sie vertreten das „Volk“ und sie verteidigen das „Volk“. Alles, was sich nun ihnen in den Weg stellt, wird als potentielle Gefahr angesehen und muss deshalb bekämpft werden. Die Mittel und Wege, derer sich der/die PopulistIn hierzu bedient, sind dabei de facto frei wählbar. Würde ein Obama sich gegen den Sender FOX News stellen und dabei darauf verweisen, dass dieser nicht die Meinung des amerikanischen „Volkes“ repräsentiert, mit seinen Aussagen und Reportagen sogar die Integrität des „Volkes“, oder die Legitimität des rechtlich gewählten Vertreters dieses „Volkes“ untergräbt, so wäre er mit ziemlicher Sicherheit auch ein Populist nach Müllers Definition. Hier liegt die Wurzel des Übels des inflationären „Populismusbegriffes“ vergraben. Nur weil ein/e PolitikerIn sich gegen etwas ausspricht, sei es, weil er/sie die Reportage darüber anzweifelt, erratische Antworten von

¹¹³ Vgl.: <https://www.youtube.com/watch?v=dUTtQPMuA1Y> (02.03.2018).

¹¹⁴ Vgl.: <https://www.youtube.com/watch?v=Kbryz0mxuMY> (08.03.2018).

¹¹⁵ Vgl.: <http://www.newsweek.com/when-obama-went-war-fox-news-632424> (17.03.2018).

sich gibt oder sich darüber lustig macht: Es ist nicht populistisch, solange er/sie nicht mit einem imperativen Mandat argumentiert.

Daraus folgt, dass man mittels der Methoden keine PopulistInnen dingfest machen kann. Nichtsdestotrotz verwenden PopulistInnen diese. Was kann man nun dem Populismus entgegensetzen? Um Ted Cruz erneut zu erwähnen: Was kann er in der Situation der Diskussion gegen Donald Trump effektiv tun? Zu allererst gilt es, den erratischen Redestil zu kontern. Wie bereits erwähnt, ist das beste Mittel gegen diskussionsstoppende Methoden eine Diskussion. Es braucht Geduld, Hinwendung und viel Zeit, sämtliche besprochenen Themen durchzusprechen und die jeweiligen Positionen klar zu machen (was im Rahmen der Vorwahlen in den USA eben nicht möglich war). Cruz gegenüber steht ein spiegelnder Horrorclown, dem es zu parieren gilt. Ein möglicher Weg könnte sein, Trumps Argumente darzulegen, sie zu analysieren und seine Show als das zu entlarven, was sie zu sein scheint: tragische Komödie. Man müsste die Aussagen des Clowns herunterbrechen und genau nachfragen, was dieser denn genau meint; ihn zwingen, sich auf etwas festzulegen und seine Inhalte greifbar zu machen. Es braucht eine hohe Kompetenz im Bereich der Rhetorik, umso mehr, je geschulter der/die KontrahentIn im Umgang mit seinen Worten ist. Ebenso braucht es fundierte Argumente, um sich so etwa gegen Fake News-Vorwürfe zu wappnen. Problematisch hierbei: Wenn Fakten auf Fakten stoßen und beide DiskutantInnen die jeweils andere Quelle diskreditieren, sinkt die gesamte Diskussion wieder auf das Niveau eines Kleinkindkampfes. Wiederum könnte die Lösung in einer trainierten Rhetorik oder unfehlbaren, objektiven Fakten liegen, doch gegen einen sturen Kontrahenten, der keinerlei Kritik zulässt, bleibt ultimativ nur die Frage, was dieser denn bei einer demokratischen Wahl zu suchen hat. Die Überlegungen hier sind natürlich kein unfehlbares Rezept gegen populistisch wirkende Methoden bei Podiumsdiskussionen – es sind lediglich mögliche Optionen. Ob sie sich im Einsatz gegen PopulistInnen tatsächlich behaupten oder nicht, ist eine Frage sowohl für die Sprach- als auch die Politikwissenschaft und nicht Thema der vorliegenden Arbeit. Sicher ist aber: Auch gewandten PopulistInnen lässt sich – zumindest mit geschulter Rhetorik – eine Reihe von Hindernissen entgegenstellen. Diese reichen von groß angelegten Diskussionsanalysen, über unerschütterliche Gesprächspartner, bis hin zu einem/einer einzelnen Politikinteressierten, die über die sozialen Medien die Aussagen der populistischen KontrahentInnen als die tragische Komödie stilisiert, die sie zu sein scheint.

2.2.3 Populisten in der Regierung

Da nun geklärt ist, was man unter Populismus als Begriff versteht und anhand welcher Anzeichen sich ein/e PopulistIn entdecken lässt, besteht die Möglichkeit, die Theorie an

aktuellen „populistischen“ Regierungen zu testen. Handelt es sich laut der Definition tatsächlich um Populismus oder wird der Begriff hier falsch verwendet?

Dazu muss – erneut – vorweg eine Unterscheidung getroffen werden. Es wäre nicht haltbar anzunehmen, dass jeder Populismus gleich ist. Eine mögliche Unterscheidung der populistischen Erscheinungsformen vollziehen John Abromeit, Bridget María Chesterton, Gary Marotta und York Norman in der Einleitung des 2016 veröffentlichten Sammelbandes „Transformation of Populism in Europe and the Americas“ über ein Symposium in den USA zum Thema Populismus. Dabei wird der Populismus in einen progressiven und einen reaktionären Stil getrennt (Abb. 10). Im progressiven Populismus ist eine eher aufgeschlosseneren Sichtweise vorherrschend. Es geht mehr um ein Verlangen nach gerechter Repräsentation, als um die Dominanz einer bestimmten Gruppe. An der Spitze dieser Gruppe steht nicht eine Führungsperson, sondern eine Idee. Somit sind die politischen FürsprecherInnen auswechselbar und konzentrieren sich mehr auf die Umsetzung der Idee, als um persönliche Inszenierung. Diese Interpretationsweise erlaubt ein möglichst empirisches Bild des „Volkes“, das als eine formbare Masse anerkannt wird. Mit anderen Worten: Das „Volk“ lässt sich nie fix definieren und muss ständig neu abgegrenzt werden. Es wird Rücksicht auf die Diskussionskultur genommen und es werden möglichst klare Forderungen formuliert.¹¹⁶ Dieser Populismus lässt sich am besten mit einem relativ jungen Staat, respektive einer eigenständigen Bevölkerung vergleichen, die erst seit kurzer Zeit ihre Staatsform zu einer Demokratie geändert hat und innerhalb derer sich jetzt verschiedene Gruppen formieren, die entsprechend im Parteiensystem repräsentiert werden wollen. Sei es jetzt (dem Ursprung des Populismus in Amerika folgend) eine Mischung aus Bauernbund, Arbeitern und Menschen des Mittelstandes¹¹⁷ oder eine sich immer weiter ausdifferenzierende Parteienlandschaft, wie etwa die Gründung mehrerer Kleinparteien. Der reaktionäre Stil ist mehr auf den/die „starke/n Mann/Frau“ ausgerichtet, der/die mittels Mobilisation der Massen eine moralische Linie verfolgt. Diesem/dieser „FührerIn“ geht es weniger um Repräsentation seiner/ihrer WählerInnen, sondern um eine starke Staatsspitze, wenn nicht sogar eine Abwendung von der Demokratie. Diese Person argumentiert verstärkt über Gefühle und Prinzipien, während empirische Fakten sowie pluralistische Ansichten und allgemeine Rechte in den Hintergrund gerückt werden.¹¹⁸

¹¹⁶ Vgl.: Vgl.: John Abromeit, Bridget Maria Chesterton; u.a.: Transformation of Populism in Europa and the Americas. History and Recent Tendencies. London 2016 S. xi-xix.

¹¹⁷ Vgl.: Charles Postel. The American Populist and Anti-Populist Legacy, S. 116.

¹¹⁸ Vgl.: John Abromeit, Bridget Maria Chesterton; u.a.: Transformation of Populism in Europa and the Americas. History and Recent Tendencies. London 2016 S. xi-xix.

Table 1 Comparison of progressive and reactionary populism

Progressive populism:	Reactionary populism:
1. Focuses on the particular, rational interests of particular groups. Aims to increase the political influence of its followers or to benefit them materially. ³²	1. Focuses on emotional issues, such as dignity or resentment. Symbolic or emotional compensation is most important. ³³
2. Does not require a strong leader. The role of the leader is to articulate the interests of "the people." Leaders are replaceable because the movement coheres around specific demands. ³⁴	2. Depends upon a charismatic (and usually authoritarian) leader, who is seen as the personal embodiment of the "general will." Supporters have a strong emotional identification with the leader. ³⁵ The leader is not easily replaceable, because the movement coheres primarily around his or her person. Political demands remain vague and subject to change. ³⁶
3. Involves a spontaneous mobilization of vast numbers of people who desire more influence in politics and/or redress of material grievances. ³⁷	3. Involves mobilizing from above the reluctantly political, who are normally suspicious of politics as such. The main role of the mobilized people is to legitimate the power of the leader's party or organization. Once the real or imagined threat to "the people" has been neutralized, supporters are demobilized and political conflict is suppressed by authoritarian rule. ³⁸
4. Accepts intellectuals who are allies and who place themselves in the service of the larger cause. Supporters are encouraged to educate themselves. ³⁹	4. Harbors strong anti-intellectual tendencies. Even reactionary populist intellectuals present themselves as anti-intellectual. Supporters are encouraged to trust the leader(s) for guidance. ⁴⁰
5. Informed by analysis and critique rather than simply vilification of a personalized "enemy." ⁴¹	5. Personalizes politics and blames problems on concrete individuals and/or groups, who must be neutralized or eliminated. ⁴²
6. "The people" are seen primarily as a group of living individuals. ⁴³	6. "The people" are seen as a collective, transcendent, transgenerational entity. ⁴⁴
7. "The people" are seen as a deliberate historical achievement and ongoing project, subject to redefinition in the future. ⁴⁵	7. "The people" are seen as an organic growth, historically, culturally or even biologically limited and not subject to redefinition. ⁴⁶
8. The aims of the movement and the rules that should guide politics (especially the relationship between rulers and ruled) are clearly articulated. ⁴⁷	8. The aims of the movement (beyond eliminating the threat of "the enemy") and the rules that should guide politics remain vague. ⁴⁸
9. Emphasizes fairness, justice, equality and redistribution of power and/or wealth. Favors equality for women. ⁴⁹	9. Emphasizes the maintenance of "natural" hierarchies and the acceptance of inequalities of wealth and power. Opposes equality for women. Pronounced xenophobia and a tendency toward paranoia are present. ⁵⁰
10. Demands the replacement of representative politics with direct democracy in order to eliminate corruption and promote equality. ⁵¹	10. Demands the replacement of representative politics with authoritarian and/or technocratic rule in order to eliminate corruption and increase efficiency. ⁵²

Abb. 10: Mögliche Ausprägungen von Populismus.

Nach Müllers Definition hingegen hat Populismus das imperative Mandat als Kern. Wird nun von einem progressiven Stil gesprochen, so wird das „Volk“ – eben jener argumentative Kern Müllers – als unscharfer, undefinierbarer Begriff angesehen, den der Volksbegriff schließlich darstellt. Der Schluss liegt nahe, dass bei dem Symposium eine schwächere Definition des Populismus verwendet wurde, beziehungsweise nicht auf demselben argumentativen Weg vorgegangen wurde. Es fand schließlich im April 2011 statt¹¹⁹ und scheint sich mehr an die amerikanische Interpretation des Begriffs anzulehnen. Nichtsdestotrotz findet sich hier ein weiterer Versuch, das Phänomen des Populismus einzuordnen. Für diese Arbeit wird daher Folgendes angenommen: Die Überlegungen Müllers stehen weiter im Vordergrund; es wird jedoch auch eine daran angepasste Trennung in progressiven und reaktionären Populismus akzeptiert. Punkt 7 des progressiven Populismus wird daher mehr als rhetorischer Stil angesehen, in der Form, dass dem/der PolitikerIn, trotz des sehr lockeren Volksbegriffs, weiterhin ein imperatives Mandat zukommt und auch er/sie es ist, der/die dieses „Volk“ definiert, jedoch davon ausgeht, dass es einer ständigen Neuevaluierung benötigt – eben von jener/jenem PolitikerIn ausgehend. Ebenso muss dies bei Punkt 7 im reaktionären Bereich beachtet werden. Hier steht die Definition des „Volkes“ schon von Anfang an fest, muss jedoch erneut von besagter/besagtem PolitikerIn erst interpretiert werden. Es folgt daraus, dass Müllers Sicht und das Symposium kompatibel sind, solange man beim siebten Punkt der Tabelle dieser erratischen Ansicht der Definition des Volksbegriffs zustimmt. Dadurch wird es möglich, das nahezu minimalistische Gerüst Müllers zu ergänzen, und ein etwas reichhaltigeres Werkzeug zur besseren Einordnung verschiedener populistischer Stile im analytischen Repertoire zu wissen.

Mit Österreich findet sich ein erstes Beispiel für eine „populistische“ Beteiligung in einer Bundesregierung, doch als zweite Kraft in der Koalition sind ihre tatsächlichen Handlungsmöglichkeiten doch in gewisser Weise beschränkt. Deshalb ist an dieser Stelle wohl ein Blick in die anderen Staaten Europas zu empfehlen. Um genau zu sein, grenzt mit Ungarn ein ausgezeichnetes Beispiel für eine „populistische Regierung“ an Österreich, und auch Polen erregt mit ihrer populistischen Partei PiS (*Prawo i Sprawiedliwość*, pol. für *Recht und Gerechtigkeit*) die europäischen Gemüter. Diese beiden Länder haben einen hohen Stimmenanteil zu Gunsten der „populistischen“ Parteien¹²⁰. Ist es nun gerechtfertigt, diese beiden Regierungen als „populistisch“ nach der Definition Müllers zu betiteln?

¹¹⁹ Vgl.: Ebd. S. xi.

¹²⁰ Vgl.: <https://interaktiv.tagesanzeiger.ch/2017/populisten-vormarsch/?openincontroller> (12.04.2018).

2.2.3.1 Ungarn und Polen

Die Wahl in Ungarn wurde im April 2018 ausgezählt und ein Sieger verkündet: Viktor Orbán¹²¹¹²². Einige Wochen davor, am 15. März, hielt er die dafür anspornende Rede zum 170. Jubiläum der ungarischen Unabhängigkeit 1848. Dabei sprach er einige sehr markante Themen auf höchst interessante Weise an:

“(…) The situation, Dear Friends, is that there are those who want to take our country from us. (...) They want us to hand it over to foreigners coming from other continents, who do not speak our language, and who do not respect our culture, our laws or our way of life: people who want to replace what is ours with what is theirs. What they want is that henceforward it will increasingly not be we and our descendants who live here, but others. (...)”

(...) National and globalist forces have never squared up to each other so openly. We, the millions with national feelings, are on one side; the elite “citizens of the world” are on the other side. We who believe in nation states, the defence of borders, the family and the value of work are on one side. And opposing us are those who want open society, a world without borders or nations, new forms of family, devalued work and cheap workers – all ruled over by an army of shadowy and unaccountable bureaucrats. On one side, national and democratic forces; and on the other side, supranational and anti-democratic forces. (...)”

(...) So at one and the same time we must defend our achievements so far, and enter battle to ensure that there will even be any point in continuing. Unless we protect our way of life, the meaning of everything we have achieved will be lost. (...) we do not need to fight the anaemic little opposition parties, but an international network which is organised into an empire. We are up against media outlets maintained by foreign concerns and domestic oligarchs, professional hired activists, troublemaking protest organisers, and a chain of NGOs financed by an international speculator, summed up by and embodied in the name “George Soros”. This is the world we must fight with in order to defend that which is ours. (...)”

(...) We have grown from Christian culture, and we make a distinction between a person and their actions. We have never hated anyone, and we shall not hate anyone. On the contrary, we continue to believe in the power of compassion and solidarity. But we shall fight against what the empire of George Soros is doing to Hungary, and what it wants to do to Hungary. This is our homeland, this is our life, and we have no other. Therefore we shall fight for it to the end and we shall never surrender. We know that ultimately in every electoral district they will stand against our candidates. Their task is to win power and implement the grand plan: to break Hungary, which stands in the path of immigrants; and first to settle thousands, then tens upon tens of thousands of immigrants in Hungary within a few years. These numbers are no exaggeration. Europe is now under invasion. If we allow it to happen, in the next one or two

¹²¹ Vgl.: <https://www.politico.eu/article/hungary-election-2018-viktor-orban-fidesz-jobbik/> (19.04.2018).

¹²² Anm.: Mit Viktor Orbán steht ein geschichtlich hoch interessanter Politiker an der Spitze eines europäischen Staates. Seinen ersten großen Auftritt hatte er beim historisch brisanten Begräbnis von Imre Nagi 1989. Schon damals hatte der britische Historiker Timothy Garton Ashe ein Auge auf den jungen Studenten geworfen, der es anscheinend verstand, die Massen anzusprechen. (Vgl.: Timothy Garton Ashe. *We the People. The Revolution of '89 Witnessed in Warsaw, Budapest, Berlin And Prague*. Cambridge 1999, S.: 51). Um Orbán und seinen Kampf für die Nation Ungarn zu verstehen, ist dieser Faktum im Hinterkopf zu behalten und im Zusammenhang mit einer populistischen Rhetorik sicherlich einer gründlichen Analyse zum besseren Verständnis seines heutigen Standpunktes wert – in dieser Arbeit ist jedenfalls kein Platz mehr dafür.

decades tens upon tens of millions will set out for Europe from Africa and the Middle East. The western half of Europe looks at all this with its hands raised in surrender. Those who raise their hands have laid down their weapons, and will never again decide their own fate. (...). Brussels is not defending Europe and it is not halting immigration, but wants to support it and organise it. It wants to dilute the population of Europe and to replace it, to cast aside our culture, our way of life and everything which separates and distinguishes us Europeans from the other peoples of the world. It will be small consolation that the peoples of Europe will not forgive those leaders who completely changed Europe without first asking its people. Let us be proud of the fact that we are the only country in the European Union which has asked people whether or not they want mass immigration.

(...) Everyone knows that we Hungarians opposing immigration are in the majority. Our opponents only have a chance if they manage to divide our camp, and if they manage to dismantle our unity. Their goal is for any subject to come up for debate except the danger which threatens Hungary. Our opponents also know that now Hungary's fate could be decided for decades to come. Therefore they will stop at nothing: they will not argue, but censor; they will not fight, but pinch, kick, bite and sow hatred wherever they go. We are calm and good-humoured people, but we are neither blind nor gullible. After the election we will of course seek amends – moral, political and legal amends – but we cannot waste our strength or our time on that now. (...) We shall focus our strength only on our mission, and only on our common goal: the defence of Hungary. Let us not forget the first law of electoral battle: unity is strength, one camp, one flag, and we need everyone.

(...). Our ancestors expressed it well: a cowardly people has no homeland (...) Just look around you at the statues here in this square: the Emperor in Vienna sentenced Andrassy to death; Rákóczi died in exile; Vienna's allies drove Kossuth from the country; the communists shot István Tisza dead. It was never easy, but still in the end we always won. In the end we sent the Sultan home with his Janissaries, the Habsburg emperor with his accomplices and the Soviets with their comrades. And now we will send Uncle Georgie home, together with his network. (...).

(...) We have always known that here there is a culture, a soul and a spirit which over the centuries has lifted hearts, consoled people and sustained us. We have a uniting and unifying notion: we have national self-respect. We have not drifted so far from Christianity that our anchor chain has broken. (...)

(...) All we need to say is that whoever is Hungarian belongs with us, and we shall win. Again and again we shall win, because Hungary is the land of Hungarians. (...)¹²³¹²⁴

Orbán's Rede ist durchzogen von moralischen Vergleichen, Feindbildern und seinen Vorstellungen eines ungarischen Archetypus. Dies war ohne Zweifel eine populistische Rede nach Müllers Definition. Es herrscht sowohl ein starker Anti-Pluralismus (gegen offene Grenzen, Einwanderung und viele Warnungen vor den anderen Parteien, etc.), als auch ein prägnanter Anti-Elitismus (gegen das „Brüssler Imperium“ und alle, die Ungarn ändern wollen).

¹²³ <https://visegradpost.com/en/2018/03/19/viktor-orbans-ceremonial-speech-on-the-170th-anniversary-of-the-hungarian-revolution-of-1848-full-speech/> (19.04.2018).

¹²⁴ https://www.youtube.com/watch?v=GmGyDw6_ypo (19.04.2018).

Diese beiden Sichtweisen sind in der Vorstellung verwurzelt, dass all deren Ambitionen und Ideen sich gegen den Willen der Mehrheit, respektive gegen den Willen des ungarischen „Volkes“ richten. Der ungarische Premierminister zählt sich selbst zu diesem „Volk“, das er zu repräsentieren verpflichtet ist, und gibt ein Bild dieser/dieses typischen Ungarin/Ungarn: Sie/er ist katholisch, glaubt an Gott (wahrscheinlich als ein deutlicher Gegenpol gegen die muslimische Einwanderung) und ist stolz auf ihre/seine Nation. Sie/er ist bereit, dieses Land zu verteidigen, egal, wer sich gegen ihren/seinen Willen stellt (Brüssel, andere Parteien, AusländerInnen, etc.) Zudem ist es nicht nur die Aufgabe der Erwachsenen, sondern auch die der nächsten Generation. Die Rede nimmt hier sogar totalitaristische Züge an. Dabei wird auf all die HelferInnen verwiesen, die einst ihr Leben für den Staat ließen und es ermöglicht haben, dass es ein unabhängiges Ungarn gibt. Es wird hier ein Abwehrkampf¹²⁵ stilisiert, in dem sich das Land in einem ständigen Belagerungszustand wiederfindet, und nur der Wille des „Volkes“ (ausgesprochen und umgesetzt von Orbán) kann die nationale Integrität des Staates gewährleisten. Es ist eine populistische Rede, wie sie im Buche steht. Man findet sogar einige markante Methoden wieder: Der Erratik wird genüge getan, indem von einem Glauben an Solidarität gesprochen wird, während man die Grenzen schließen will – Solidarität für eine auserkorene, abgrenzende Gruppe ist per Definition keine Solidarität. Auch die Spiegelung wird bedient (*„Therefore they will stop at nothing: they will not argue, but censor; they will not fight, but pinch, kick, bite and sow hatred wherever they go.“*). Es wird auf Fake News verwiesen, da anscheinend die Medien von außerstaatlichen Institutionen manipuliert beziehungsweise übernommen werden. Am deutlichsten wird dabei die mythische Identität in den Vordergrund gerückt, die alten Helden stilisiert, und auf den Anker des christlichen Erbes verwiesen.

Unterscheidet man nun zwischen einem progressiven und reaktionären Stil, so zeigt sich hier ebenso ein interessantes Bild:

1. Rationalität/Emotionalität

Es ist eindeutig, dass sich Orbán auf der emotionalen Schiene bewegt. Es geht ihm nicht primär darum, seiner Partei respektive den Wählern der Partei mehr Einfluss im Staat zu ermöglichen. Er ist schon seit Jahren der Regierungschef, teilweise sogar mit einer verfassungsändernden Zweidrittelmehrheit. Es ist fast nicht mehr möglich, hier den Einfluss noch weiter zu erhöhen (in einem demokratischen Rahmen wohlgermerkt).

¹²⁵ Vgl.: Jan-Werner Müller. Was ist Populismus? Ein Essay. S.69.

2. Parteifokus/Anführerfokus

Ob nun der Parteivorstand als unentbehrlich angesehen wird, kann leider nicht klar beantwortet werden. Er ist das Gesicht der Fidesz-Partei, dennoch steht deren Name ebenso auf den Wahlplakaten und ist auch stets bei den Wahlveranstaltungen zu finden. Es muss hier bei einem „ja, aber“ bleiben, da es unbestreitbar ist, dass der Erfolg der Partei an Orbán Person gebunden ist, jedoch noch keine Alternative in der Partei nötig wurde. Wer weiß, vielleicht findet sich in den nächsten Jahren ein Nachfolger, der in seine Fußstapfen treten kann – es ist schlichtweg zu früh, hier eine klare Unterscheidung treffen zu können.

3. Spontane Mobilisation/kalkulierte Mobilisation

Anders sieht es beim dritten Punkt aus. Es gibt keine wirkliche, spontane Mobilisation bei Orbán, wie sie etwa nach der Bekanntgabe der Wahlergebnisse bei den OppositionsanhängerInnen der Fall war¹²⁶¹²⁷. Für eine derart emotionale und monumentale Rede kam nichts Vergleichbares mehr von Orbáns Seite nach dem Wahlsieg. Er hat seine WählerInnen mobilisiert, als er sie brauchte, jetzt konzentriert er sich wieder aufs Regieren – ein Hinweis auf einen reaktionären Populismus.

4. Aufruf zur Selbstbildung/Aufruf zum blinden Vertrauen

Weiters wird bei der Rede klar, dass man den Worten des Parteivorstands glauben soll. Bei all den Anschuldigungen, die gefallen sind, wurde nie darauf verwiesen, woher er diese Zahlen nimmt oder dass sich seine ZuhörerInnen sich selbst ein Bild der vorgebrachten Anschuldigungen machen sollen. Es war mehr ein Ruf zu den demokratischen Waffen, eine Einstimmung, ihm und seiner Partei zu folgen und nicht auf die Medien (Fake News) zu hören.

5. Sachliches Problembild/personalisierte Feindgruppe

Auch bei diesem Punkt ist eine klare Zuordnung zulässig. Das Gros der Ansprache richtete sich gegen die Gefahr der Zuwanderung und gegen das Joch Brüssels. Es wird nicht direkt von Problemen im Land gesprochenen, sondern von der dunklen Zukunft: Einem teufelsgleichen Martyrium, in dem dem/der anständigen UngarIn nichts mehr von seinem/ihrem Land bleibt; ein totaler Verlust an Kultur, Familie und Religion. Dies gilt es mit einer klaren Lagerzuwendung zu verhindern.

¹²⁶ Vgl.: <http://orf.at/stories/2434209/2434208/> (19.04.2018).

¹²⁷ Vgl.: <https://www.politico.eu/article/100000-hungarians-march-against-viktor-orban/> (19.04.2018).

6. „Volk“ als Masse von Individuen/„Volk“ als Idealbild

Eben jene Werte machen das ungarische „Volk“ aus. Der Sprecher lässt zwischen den Zeilen klar werden, dass nur all jene, die das Land gegen diese Terrorvision aktiv verteidigen, wirklich zum „Volk“ zählen. Es ist nicht die vor ihm stehende Menschenmasse, das „Volk“ ist das Ideal, dass die Zeit überdauerte und 1848 das erste Mal erfolgreich sein eigener Herr geworden ist.

7. „Volk“ als historisch gewachsenes Gebilde/„Volk“ als fixe Definition

Deshalb kann auch nie ein Ausländer zum „Volk“ zählen, denn jemand, der dem Land durch seine Migration schadet, kann nicht ein integrierter Teil der Bevölkerung sein. Es scheint, als ob es keine Möglichkeit gäbe, den Volksbegriff umzudefinieren oder neu ausdiskutieren. Wer dazu gehört und wer nicht, dies scheint schon vorweg mit der Geburt und der damit zusammengehörigen Einstellung des defensiven Kampfes verbunden zu sein – es mag gar ein totales, unabhömmliches Kriterium sein.

8. Klare Regeln und Ziele/Erratische Regeln und Ziele

Hier wiederum ist es nicht mehr so klar zu trennen. Einerseits wirkt es eindeutig, dass der Zweck der Wahl Orbáns jener ist, dass die aufgezwungen-wirkende Migration unterbunden wird, doch wie genau und was sonst noch wichtig ist, wird in den Hintergrund geschoben. Andererseits wird auch klar, dass die Wahl des Kandidaten von Fidesz Ausdruck einer klaren Anti-EU-Haltung sowie eines Fokus auf das ungarische „Volk“ ist. Auch wenn dies nur im Groben geklärt ist, so kann hier nicht von einer eindeutigen Färbung des reaktionären Populismus ausgegangen werden. In der vorherrschenden reaktionären Strömung ist es zumindest minimal progressiv angehaucht.

9. Achtung der demokratischen Prinzipien/Hierarchische Strukturen

Es sei hier zuerst erwähnt, dass in Orbáns Rede keinerlei Unterschied zwischen den Geschlechtern zu finden ist. Jede/r UngarIn wird gleich angesprochen – damit ist der progressive Touch auch schon voll ausgeschöpft. Es ist eindeutig, wie stark zwischen dem ungarischen „Volk“ und dem Rest unterschieden wird. Die Stilisierung des paranoid wirkenden Abwehrkampfes gegen jegliches fremde Element im Staat reicht locker aus, um diesen Punkt mit reinem Gewissen dem Reaktionären zuzuordnen.

10. Direkte Demokratie/Autoritäre Führung

Der letzte Punkt wird verblüffenderweise komplett ausgelassen. Weder die Alternative einer

direkteren Demokratie, noch eines autoritäreren Umbaus der Regierung wird angesprochen. Diese Verwunderung legt sich jedoch, wenn man die Tatsache betrachtet, dass die seit mehreren Jahren regierende Fidesz-Partei sicherlich schon weitreichende Änderungen getroffen hat. Nur auf die Ansprache bezogen, muss dieser Punkt ausgelassen werden.

Nach der Betrachtung und groben Ausarbeitung der verschiedenen Merkmale wird deutlich, dass es sich bei der ungarischen Regierung anhand der signifikantesten Wahlrede um eine populistische – genauer: reaktionär-populistische – handelt. Somit wird Ungarn unter Orbán von einem Populisten regiert und die Regierungsfähigkeit von Populismus damit anschaulich bestätigt. Nur, wie verhalten sich diese? Was haben Trump, Erdoğan und Orbán gemeinsam?

„Populisten nehmen den Staatsapparat in Besitz und platzieren ihre Partei- und Gefolgsleute in Positionen, die normalerweise neutrale Beamte innehaben sollten. (...) Eine der ersten Maßnahmen bestand jeweils darin, das Beamtengesetz zu ändern, damit man loyale Mitstreiter in den Behörden unterbringen konnte. Die Regierung versuchte auch möglichst bald, die Justiz- und Medienaufsicht unter Kontrolle zu bringen, um zu verhindern, dass die Journalisten weiterhin gegen die Interessen der Nation agieren würden (...). Wer diese Maßnahme kritisierte, wurde als egoistischer Vertreter der alten, korrupten Eliten gebrandmarkt oder gleich als Verräter an der Nation beschimpft.“¹²⁸

Das Justizsystem der USA und Donald Trump sind, wie bereits erwähnt, nicht sehr gut aufeinander zu sprechen. Erdoğan, ebenfalls ein vermeintlicher Populist im höchsten Amt des Staates, baute gar den türkischen Staatsapparat in ein präsidentiales Regierungssystem¹²⁹¹³⁰ um. Auch in Ungarn gab es Änderungen. Schon vor der Wahl wurde die Möglichkeit verankert, mit 50% der Stimmen eine Zweidrittelmehrheit im Parlament zu bekommen und somit weiterhin ohne große Schwierigkeiten den Staat weiter aufzubauen. Dies ging schon derart weit, dass Wahlbezirke zu Gunsten der Regierungspartei verändert und die medialen Möglichkeiten der Opposition an allen Ecken und Enden eingeschränkt wurden¹³¹. Es ist unbestreitbar, dass populistische Regierungen sich am Wahlsystem und den etablierten Institutionen zu schaffen machen. Eine andere Interpretation der Vorgänge lässt auf die Strategie schließen, dass, wenn sie erstmals im Amt sind, PopulistInnen es sich zur Aufgabe machen, an der Macht zu bleiben. Wie bereits erwähnt ist der Kern des Populismus, dass man das „Volk“ repräsentiert und damit auch als einzige Partei mit moralischer Rückendeckung regieren dürfte. Müller verweist dabei

¹²⁸ Jan-Werner Müller. Was ist Populismus? Ein Essay. S. 79f.

¹²⁹ Vgl.: <https://www.politico.eu/article/turkey-referendum-recep-tayyip-erdogan-power-grab-constitution/> (21.04.2018).

¹³⁰ Vgl.: <https://www.politico.eu/article/turkey-passes-controversial-new-voting-law-erdogan-akp/> (21.04.2018).

¹³¹ Vgl.: <https://www.nytimes.com/2018/03/25/world/europe/hungary-election-viktor-orban.html> (21.04.2018).

auch auf die Tatsache, dass denjenigen, die Kritik an derlei Maßnahmen äußern oder sich aktiv in Opposition begeben, umgehend die Legitimation abgesprochen wird. Nimmt man die Proteste nach dem Wahlsieg Orbáns als Beispiel, so werden diese von der erneut gewählten Regierungspartei in einer ersten Reaktion schon ad absurdum geführt und als Mittel gegen ein ihnen unbeliebtes Ziel verwendet¹³².

Diese Taktik war auch einer der markantesten, populistischen Schritte der PiS-Regierung Polens. Die Staatsspitze hält die EU und ihr Verständnis von Demokratie in Atem. Als Reaktion auf ihre Reformen, insbesondere den Umbau des Justizsystems, folgte umfassende Kritik aus Brüssel, doch die Legislatur zeigte sich davon unbeeindruckt. Die angestrebten Änderungen im polnischen Staat werden von POLITICO wie folgt beschrieben:

"(...) The Law and Justice party (PiS), which took control of Poland's presidency in May and then won an outright majority in parliament in October, argues the changes are needed to make the court more effective and to better balance it politically. Critics accuse the party of destroying the checks and balances of Poland's democracy to ram through a radical political program that may not pass constitutional muster.

Jarosław Kaczyński, PiS's founder and leader and Poland's most powerful politician who chose both President Andrzej Duda and Prime Minister Beata Szydło for their posts, recently called the tribunal "the bastion of everything in Poland that is bad."

(...) "This is a violation of democracy," said Jan Niemojewski, who held a big placard with the letter "E" in a lineup of people each holding a letter of the word "DEMOCRACY" during a protest last weekend. "They have the right to rule because they won the election, but they [sic] way they're doing it is really dangerous." (...)

(...) "I would expect that this law is not finally adopted or at least not put into force until all questions regarding the impact of this law on the independence and the functioning of the Constitutional Tribunal have been fully and properly assessed," Timmermans wrote in his letter.

"We're a sovereign country which decides on its own about its constitutional bodies," responded Zbigniew Ziobro, the justice minister. "I don't think that an external body can impose something on us, because that could conflict with our sense of national pride." (...)

(...) When the German press lambasted Poland's new rulers, Kaczyński fired back that Poland didn't need any lessons in democracy from Germany. "Germans owe us a lot in every area, from the moral to the economic. The balance of harm is enormous."

The fight over the tribunal is only one part of a broader thrust by Law and Justice to take control of most of the country's institutions. It is purging senior management at state-controlled companies, military officers and civil servants, and the government wants to get a firmer grip on the country's public media. (...)

(...) "Shame, nothing but shame," Duda said at a recent ceremony when describing the Polish

¹³² Vgl.: <http://orf.at/stories/2434268/2434267/> (21.04.2018).

Third Republic, which came into existence after 1989.

PiS feels its democratic mandate means that drive to reshape the country shouldn't be undermined by fusty institutions.

“The good of the nation is above the law. If the law conflicts with that good, then we're not allowed to treat it as something that we can't break,” said Kornel Morawiecki, a hero of the Solidarity movement who is now an MP for the populist Kukiz movement, which votes together with PiS on many issues.

His speech, made a month ago in parliament, was greeted with a standing ovation from both his party, Law and Justice MPs and Kaczyński.”¹³³

Es gibt kaum ein besseres Beispiel für eine populistische Weltsicht. Die Kombination aus dem Glauben, über dem Gesetz zu stehen, wenn es um die Nation und damit das polnische „Volk“ geht, gemeinsam mit der Verweigerung eines demokratischen Dialogs mit der Bevölkerung ist ein Musterbeispiel für das imperative Mandat. Die Regierung geht davon aus, auf Grund eines moralischen Fundaments über jegliche Opposition erhaben zu sein. Nicht die unterlegenen, aber dennoch mit Wählerstimmen bedachten, polnischen Parteien, nicht die EU und sicherlich nicht die grundlegenden Strukturen der Demokratie, etwa die Gewaltenteilung, reichen aus, um die machthabenden PolitikerInnen zum Umdenken zu bewegen. Stehen ihnen alte, bewährte Institutionen im Weg, so werden diese schlichtweg zur Seite geschoben. So ist es nicht verwunderlich, dass bei einem Widerspruch von Seiten der Justiz diese untergraben wird, während man gleichzeitig Schritt für Schritt ihre Kompetenzbereiche auf sich selbst überträgt. Auch das „Volk“ – das sie schließlich zu vertreten behaupten – muss nicht befragt werden. Mit der Stimmenmehrheit wird angenommen, dass das „Volk“ entschieden hat und den Rest in ihre Hände legt. Sie erneut wegen einer Resolution zu befragen, würde mit einem Geständnis gleichgesetzt werden, nicht die moralische, absolute Entscheidungsmacht zu haben. Eine Volksabstimmung abzuhalten käme dem Eingeständnis einer Niederlage gleich. Die populistische Regierung hat den moralischen Willen des „Volkes“ längst erkannt und braucht ihn nicht zu erfragen. Sie interpretiert ihn, sie setzt ihn um, und wenn sich aus der Bevölkerung Widerstand rühren sollte, so ist dieser zu ignorieren. Stellt man sich gegen diesen moralischen Giganten, bedeutet dies, dass man entweder dessen gerechtfertigte Argumentation nicht erkennen kann, oder schlichtweg nicht Teil des „Volkes“ ist. Man ist dann etwa ein/e ausländische/r AgentIn oder ein/e AnhängerIn der korrupten Eliten. *“They have the right to rule because they won the election, but they [sic!] way they're doing it is really dangerous”*, ist eine verblüffend treffende Beschreibung einer gewählten populistischen Regierung. Umso

¹³³ <https://www.politico.eu/article/poland-constitution-crisis-kaczynski-duda/> (21.04.2018).

gefährlicher wird es, wenn es sich nicht nur eine populistische Führungsperson (etwa einen Trump), sondern um eine geschlossen populistische Partei handelt. Selbst im unerwarteten Fall, dass der/die tonangebende PolitikerIn ausgewechselt werden würde, würde sich an dem eingeschlagenen Kurs nicht viel ändern. Somit bleibt die Frage, was man als Bürger tun kann. Wenn die Justiz der Legislative nicht mehr auf die Finger schauen kann, was kann man dann anderes tun, als der populistischen Regierung zu vertrauen? Was, wenn diese Machtergreifung noch vereinnahmender wird und schlussendlich in der Diktatur einer Partei endet?

2.2.3.2 Populistische Regierungen

An dieser Stelle muss jedoch eine leicht überfällige Relativierung durchgeführt werden. Wie anfangs schon erwähnt, ist der Populismus des 21. Jhdts. von den politischen Umwälzungen durch die Nationalsozialisten zu unterscheiden – auch wenn es erdrückende Parallelen gibt. Eine davon ist die Konzentration von Macht und die damit einhergehende Auflösung der Gewaltenteilung, wie sie zurzeit in Polen zu beobachten ist. Dabei findet sich ein wichtiger Unterschied, da es einen inter- und supranationalen Dialog gibt. Von der EU, den Nachbarstaaten, bis hin zum eigenen Volk wird versucht, sich mittels Protesten und anderen Formen der Kommunikation in die Politik einzubringen: Die mediale Berichterstattung, der internationale Druck und nicht zuletzt der Wille der/des demokratischen Bürgers/Bürgerin lassen es anscheinend nicht zu, dass die demokratisch gewählte Regierung die Fundamente dieser Demokratie absolut zersetzt. Es wird immer eine kommende Wahl geben, die, auch wenn sie nicht mehr fair sein sollte und einen erfolgreichen Wechsel in der Parteienlandschaft erschwert, es ermöglicht, den populistischen Elementen der Staatsführung die legitimierte Unterlage zu entziehen. Dieser Begriff der „wehrhaften Demokratie“¹³⁴ ist ein unumgehrbarer Grundpfeiler für die strikte Trennlinie zwischen der gescheiterten Demokratie, samt Machtübernahme durch die Nazis, und den heutigen demokratiefeindlichen Impulsen des Populismus. Nichtsdestotrotz erhalten populistische Regierungen auch Unterstützung aus dem Ausland. In eben jener Rede Orbáns werden die ersten Minuten den Polen gewidmet, die sich als neue Freunde Ungarns herausgestellt haben. Was würde passieren, wenn es vermehrt zu populistisch-kontrollierten Nationalstaaten kommt, würde sich dann die wehrhafte Demokratie geschlagen geben müssen? Dies ist jedenfalls ein Thema für eine weitere Arbeit.

Jan-Werner Müller sieht das brisante Thema zwecks populistischer Regierungen folgendermaßen:

¹³⁴ Vgl.: <http://www.bpb.de/apuz/255601/ist-die-europaeische-union-als-wehrhafte-demokratie-gescheitert?p=all> (21.04.2018).

Nun kann man sicherlich fragen, warum Populisten Wahlen und den Rechtsstaat nicht gleich ganz abschaffen und sich stattdessen, vor allem in Anlehnung an das Vorbild Mussolinis, zu demokratisch legitimierten Herrschern par excellence erklären. Die Gründe (...) erweisen sich wahrscheinlich als vielfältig. Zum einen führt eine eindeutige Abkehr von der Demokratie immer noch zu hohem Verlust an internationalem Ansehen – wenn auch nicht immer zu effektiven Sanktionen. Wenn man sich mit Manipulationen, die für Außenseiter nicht ohne Weiteres festzustellen sind, an der Macht halten kann, minimiert dies die Kosten der populistischen Herrschaftsstrategie. Wahlen selbst können auch weiterhin formell frei sein (...) aber frei heißt nicht unbedingt fair (...). Schließlich werden für die Demokratie konstitutives Recht wie Meinungs- und Versammlungsfreiheit eingeschränkt oder punktuell entzogen, mit dem Ergebnis, dass die Demokratie an sich Schaden nimmt. (...) Allerdings sollte man den Populisten nicht den Gefallen tun, ihnen das Etikett „Demokratie“ unwidersprochen zu belassen, da man ihnen sonst ohne Not eine legitimatorische Steilvorlage liefern würde. (...) Ein Begriff wie „defekte Demokratie“ ist insofern besser geeignet (...).¹³⁵

Er glaubt auch, dass das Aushängeschild der Demokratie unumgänglich ist, um in Europa als populistisches Land zu bestehen. Nur weil man Schritt für Schritt den Staat auflöst und die Macht zu konzentrieren beginnt, kommen nicht immer passende Sanktionen oder Reaktionen von anderen Ländern – bürokratische Mühlen mahlen bekanntlich sehr langsam. Des Weiteren bleibt – nach außen hin – vieles beim Alten. Es gibt immer noch regelmäßige Wahlen und dementsprechend auch Gegenkandidaten. Ob diese auch die Chance bekommen, sich auf Augenhöhe mit der Regierung messen zu können, ist natürlich eine andere Sache. Eine Möglichkeit wäre es z.B., dass NGOs die finanziellen Mittel zur Verfügung stellen, um einen gerechten Wahlkampf zu gewährleisten. Umso weniger verwunderlich ist es, wenn es den PopulistInnen, wie etwa Orban, ein Anliegen ist, es diesen Organisationen so schwer wie möglich zu machen und sie aus ihrem Land zu vertreiben. Vor allem, wenn sie sich in Kernelemente des jeweiligen „Volksbildes“ einmischen¹³⁶.

Interessant wird es auch, wenn populistische Regierungen mit ihrer eigenen Medizin konfrontiert werden. Was ist, wenn man ihren moralischen Anspruch in Frage stellt? James Comey – einer der ersten Umstrukturierungsoffer Trumps – stellte erst kürzlich die Frage¹³⁷, ob der Präsident tatsächlich der moralische Leader sein kann, für den er sich ausgibt. Sein Angriff zielt nicht darauf ab, Trump als unfähigen Präsidenten darzustellen, sondern hinterfragt seine Werte und Normen. Er gibt sogar zu, dass der Präsident jegliche geistige Fähigkeit und Fertigkeit besäße, die das Amt erfordere. Dennoch sei es der falsche Job für ihn, weil er nicht dieselben moralischen Werte verkörpere wie das „Volk“ (siehe 3.2 *Jörg Haider* – in der Diskussion mit Heinz-Christian Strache unterstellt dieser Haider, „seine“ Kärntner haben sich

¹³⁵ Jan-Werner Müller. Was ist Populismus? Ein Essay. S. 74-76.

¹³⁶ <https://www.politico.eu/article/soros-open-society-foundations-leaving-hungary/> (20.05.2018).

¹³⁷ <http://orf.at/stories/2434313/2434316/> (21.04.2018).

von ihm ab- und der FPÖ zugewandt). Der Gedanke hat einen interessanten Beigeschmack. Die Aussage: „Du bist nicht dafür geeignet, das „Volk“ zu repräsentieren, weil das „Volk“ andere Werte hat“ ist ebenso eine populistische Finte. Kann Populismus mit Populismus begegnet werden? Auf der einen Seite besteht die theoretische Gefahr einer populistisch-rhetorischen Teufelsspirale, die im Extremfall zu einer weiteren Verrohung der politischen Landschaft führen könnte. Andererseits hat es etwas Lächerliches. Wenn sich zwei Kontrahenten die richtigen moralischen Grundwerte der Bevölkerung an den Kopf werfen, könnte ein/e ZuhörerIn vielleicht selbst zu denken beginnen, was nun seine/ihre eigenen Werte sind und welche in der Gesellschaft vorherrschend sein sollten. Gleich dem Prinzip des Horrorclowns könnte sich hier der Spieß umdrehen und die Rolle eines Politikverständnisses mittels imperativen Mandats enttarnt werden. Es öffnet sich somit eine weitere Möglichkeit für andere WissenschaftlerInnen, das Thema einer Gegenmaßnahme des Populismus zu untersuchen.

Somit sei bestätigt, dass sehr wohl PopulistInnen in funktionierenden Demokratien an die Macht kommen und sich an dieser Stelle auch behaupten können. Dabei schrecken sie auch nicht vor der Möglichkeit der Machtanreicherung zurück und versuchen verbissen, sich an der Macht zu halten. Es bleibt jedoch die Frage nach dem „Warum“ offen. Wie kommen diese PopulistInnen an die Macht? Gibt es gar ein Wählerschema, das auf ein populistisches „Volk“ zurückzuführen ist?

2.2.4 Die Wählergruppe

Es ist der Abend nach der Wahl. Fanatisch werden die ersten Hochrechnungen angestrebt und Journalisten streifen durch das Land, stetig auf der Suche nach Passanten und deren Stimmenabgabe. Kaum sind die ersten Zahlen veröffentlicht, kommentieren die Experten anhand von hochkomplexen Algorithmen über veränderte Wählerströme. Soviel Prozent der männlichen Arbeiter haben sich für die PopulistInnen entschieden, derart hat die bildungsferne Schicht gestimmt und in diese Richtung tendieren die Stimmen der WählerInnen mit Matura. Die Wahlbeteiligung wird hektisch verkündet und ein mögliches Gesamtbild wird präsentiert: So wählte das Volk. Haben die PopulistInnen recht behalten und hat das „Volk“ sie endlich ins Amt gewählt? Wer ist denn dieses „Volk“, der kleine Mann, die schweigende Mehrheit? Es ist ein interessanter Gedanke, den Populismus nicht bei den Parteien, sondern bei den WählerInnen selbst zu suchen. Die Annahme wäre, dass die Wurzel dieser demokratiefeindlichen Praxis des moralisierten „Volkes“ schon bei den Ansichten der einzelnen BürgerInnen vergraben liegt. Nicht jede/r StaatsbürgerIn muss zwingend für den Fortbestand der Demokratie sein. Also, wie schaut der/die populistische WählerIn aus?

Ein erster Hinweis findet sich schon 2016 in einem Artikel der Zeit. Kurz und bündig wurden Überlegungen angestrebt, wer sich etwa für einen Norbert Hofer ausgesprochen hat. Der Autor tendiert mit seiner Behauptung in die Richtung, dass sich PopulistInnen in den bildungsfernen Schichten befinden, diese meist männlich und zudem auch nicht sehr wohlhabend sind. Bedenkt man den Stimmenanteil Hofers bei der Stichwahl, würden 46%¹³⁸ aller Stimmen in diese Gruppe fallen. Ohne an dieser Stelle darauf näher eingehen zu wollen, enthält der Artikel noch ein weiteres Schlagwort: Abstiegsängste.¹³⁹ Einer der Gründe, warum Alexander Van der Bellen die Wahl gewonnen haben könnte, wird darin angegeben, dass die ÖsterreicherInnen nicht zu starke Zukunftsängste haben – diese galten als Hauptwahlmotiv für Norbert Hofer.¹⁴⁰ Wie bereits erwähnt spielen PopulistInnen leidenschaftlich mit den Ängsten ihrer WählerInnen. Dies könnte beispielsweise der Verlust der Souveränität beziehungsweise des eigenen Wohlstandes durch die EU, Zuwanderung oder Ähnliches sein. Könnte dies eine handfeste Spur sein, um populistische WählerInnen beschreiben zu können?

Damböck unterscheidet dazu zwischen zwei markanten Gruppen von WählerInnen, nämlich jenen, die populistisches Gedankengut (anti-plural, z.B.: gegen AusländerInnen) bewusst wollen, und dem Rest der populistischen Wählerschaft. Dieser zweite Teil ist eine Zusammensetzung aus verschiedensten Überlegungen, Bedürfnissen und Hintergründen: Es gibt etwa die typischen ProtestwählerInnen, aber auch diejenigen, die die Politik der PopulistInnen schlichtweg nicht ernst nehmen. Er unterscheidet somit zwischen populistischen WählerInnen aus „Bosheit“ und aus Irrtum. Das Unterscheidungsmerkmal in dem Fall wäre die moralische Einhaltung der Menschenrechte – wohlgerne deren Akzeptanz, nicht deren direkte und strikte Umsetzung. Laut Damböck beziffert sich die Zahl der „bewussten“ Wähler auf 10%.¹⁴¹ Angenommen, es fallen tatsächlich 90% aller populistischen Stimmen auf WählerInnen, die sich täuschen respektive täuschen lassen, PopulistInnen nicht ernst nehmen oder schlichtweg nicht wissen, wen oder was sie mit ihrer Stimme wählen. Dies benötigt nun eines neuen gemeinsamen Nenners. Warum wählt man populistisch, wenn nur ein Zehntel von dem Inhalt tatsächlich überzeugt ist? Wie man bei der bereits erwähnten Wahl zum Bundespräsidenten gesehen hat, kamen Stimmen aus allen Lagern zu Norbert Hofer, also auch diejenigen mit Maturaabschluss, reichlich Eigenkapital oder auch der finanziellen oder sozialen

¹³⁸ Vgl.: <http://wahl16.bmi.gv.at/> (30.04.2018).

¹³⁹ Vgl.: <https://www.zeit.de/politik/ausland/2016-05/populismus-rechtsruck-oesterreich-afd-front-national> (30.04.2018).

¹⁴⁰ Vgl.: <http://www.sora.at/themen/wahlverhalten/wahlanalysen/bp-stichwahl16.html> (30.04.2018).

¹⁴¹ Vgl.: Christian Damböck. Demokratie kontra Populismus. Eine nonkognitive Sicht, S. 92-95.

Elite. Die Idee des „Globalisierungsverlierers“¹⁴² rahmt den Großteil dieser Überlegungen ein, erklärt aber nicht die Stimmen aus den oberen Schichten der Gesellschaft. Zudem ist nicht jede populistische Stimme aus der Mittelschicht die Stimme eines Globalisierungsverlierers. Es mag stimmen, dass, wie bereits erwähnt, ein Großteil dieser Gruppe populistisch wählt. Es mag stimmen, dass der Verlust an Sicherheit und sozialer Absicherung zu radikalerem Wählerverhalten führen kann. Nichtsdestotrotz bedient man sich einer ungerechtfertigten Brandmarkung der Wählerschaft. Genauso wenig, wie jede/r Deutsche, die/der sich im Weltkrieg nicht gegen Hitler ausgesprochen hat, als Nazi bezeichnet werden konnte, ist es auch nicht korrekt, populistische WählerInnen als Globalisierungsverlierer zu brandmarken. Es braucht vielleicht einen noch tiefer liegenden Grund, um eine umfassendere Erklärung abgeben zu wollen. Am Anfang dieses Kapitels fiel das Schlagwort „Abstiegsängste“. Betrachtet man den Begriff des/der GlobalisierungsverliererIn, so kann man davon ausgehen, dass fast jeder, der unter diesen Begriff fällt, Abstiegsängste haben kann, sie wahrscheinlich sogar hat. Umgekehrt betrachtet ist man mit Abstiegsängsten nicht automatisch ein/e GlobalisierungsverliererIn. Es ist durchaus denkbar, dass es Gruppen an Menschen gibt, die in den letzten Jahren einen fulminanten Aufstieg durch die Schichten geschafft haben. Führt man den Gedanken weiter, fürchten sich diese nun davor, ihren Stand wieder zu verlieren – obwohl sie angesichts ihres Erfolges keinen gerechtfertigten Grund für diese Angst hätten. Das Schlüsselwort, auf dem diese teils unbegründeten Abstiegsängste fußt, ist Pessimismus. „*Populisten (aus Irrtum) sind Pessimisten*“¹⁴³ titelt ein Kapitel Damböcks treffend. Der Autor versucht darin aufzuzeigen, dass sowohl bei den Nationalsozialisten, als auch bei den heutigen Wählerschichten der Pessimismus eine erhebliche Rolle gespielt hat. So haben 69% der Pessimisten Trump / 64% Hofer gewählt, während von den WählerInnen mit optimistischer Einstellung 90% Clinton / 72% Van der Bellen ihre Stimme zugesprochen haben. Ebenso zeigt er hier auf, dass eine Korrelation zwischen Pessimismus und Demokratiefeindlichkeit durchaus plausibel ist. Des Rätsels Lösung scheint im Weltbild einer/eines jeden einzelnen Wahlberechtigten zu liegen. Genau hier liegt der Treibstoff von Populismus. Wenn sich einzelne Gruppen nicht repräsentiert fühlen, es Missstände in einem Teil der Wirtschaft gibt, oder gar ganze Betriebe umstrukturiert werden und die Menschen dadurch ihre Jobs verlieren: Alles, was auf das Gemüt der WählerInnen schlägt, trägt zu einer pessimistischen Grundhaltung bei und treibt die Leute populistischen PolitikerInnen in die Arme. Dabei sei wiederum auf die

¹⁴² Vgl.: <https://www.heise.de/tp/features/Ueber-den-Erfolg-des-rechten-Populismus-373555.html?seite=all> (15.05.2018).

¹⁴³ Christian Damböck. Demokratie kontra Populismus. Eine nonkognitive Sicht, S. 93.

Methoden verwiesen (siehe 2.2.2. *Die Methoden*). Populismus spielt mit Fake News und Sündenböcken. Dies kann, so Damböck, sogar nicht existente Ängste umfassen, wie etwa eine „Islamisierung des Abendlandes“, die für manche mehr als real wirken. Aufgabe der demokratischen Regierung wäre es nun, den verängstigten, pessimistischen BürgerInnen eine Alternative zu bieten, nur was kann man gegen etwas tun, dass nur in den Köpfen der Menschen existiert? Die Antwort liegt wohl entweder in einer medialen Offensive, die einen Fake-News-Konter nach sich ziehen wird, oder in einer längerfristigen Bildungsinitiative.¹⁴⁴

Erneut kommt es an dieser Stelle zu einem Fehlen an empirischen Daten. Zur eindeutigen und umfassenden Beantwortung dieses komplexen Sachverhalts bräuchte es eine gründliche Erforschung populistischen Wahlverhaltens aufgrund von Pessimismus und die dazu führenden Gründe in den Köpfen der WählerInnen. Es bleibt somit nichts anders übrig, als diese Theorie als das abzulegen, was sie ist: eine Theorie.

2.2.5 Exkurs: Entwicklungsgeschichte des „modernen Populismus“

Um den ersten Teil abzuschließen, bleibt noch etwas Platz, um die eigentliche Entwicklungsgeschichte des Populismus des (späten) 20. und 21. Jahrhunderts anzuschneiden. Wie bereits erwähnt, tritt mit Jörg Haider 1986 der erste, große (Rechts)-Populist ins Rampenlicht der Politiklandschaft. Zuerst nur auf das Gebiet des Bundeslandes Kärntens beschränkt, versuchte der brillante Rhetoriker¹⁴⁵, das „Volk“ auf seine Seite zu ziehen. Also ist anzunehmen, dass die Gesellschaft schon damals zu Teilen „pessimistische GlobalisierungsverliererInnen“ enthalten hat. Der Prozess der Gesellschaftsentwicklung war also schon so weit fortgeschritten, dass der Populismus zu einer validen Taktik geworden ist. Was hat sich denn seit 1945 eigentlich alles in diesem Entwicklungsprozess verändert? Hier einige grobe Stichworte:

- Das Entstehen und der Einfluss von überstaatlichen Gebilden (EU)
- Verstärkte Globalisierung, Ökologisierung und Internationalisierung
- Spezialisierte Arbeitsmärkte
- Unterschied: Bildung - Ausbildung
- Wirtschaftswunder und das Platzen von Immobilienblasen
- Problem der Einkommensschere
- Zunehmende Neoliberalisierung

¹⁴⁴ Vgl.: Ebd. S. 93-97.

¹⁴⁵ Vgl.: https://www.wienerzeitung.at/nachrichten/oesterreich/politik/336010_Nur-kurz-war-Haider-weg.html?em_cnt=336010 (25.05.2018).

- Verlust des Vertrauens in die Sozialdemokratie
- Ende der Vormachtstellung von der roten und schwarzen Partei
- Anwachsene Migrationsströme nach Europa

Wie zuvor erwähnt, entspringt eine irrtümliche Stimme für den Populismus oft einer pessimistischen Weltsicht. Eine derartig nachhaltige, negative Einstellung kann nicht von einem Tag auf den anderen entstehen. Man muss also die Ursache des Pessimismus ergründen, was eine genauere Betrachtung des sozioökonomischen Prozesses unserer Gesellschaft nötig macht. Um genauer zu sein: Die Strategien des sozioökonomischen Auf- und Abstiegs.

„(...) Vermittelt über die Einstellung zur Zukunft, die ihrerseits durch die objektiven Reproduktionschancen der Gruppe determiniert ist, sind diese Strategien zunächst abhängig von Volumen und Struktur des zu reproduzierenden Kapitals, bzw. vom aktuellen wie potentiellen Umfang des ökonomischen, kulturellen und sozialen Kapitals der Gruppe, sowie vom relativen Gewicht jeder Kapitalsorte im Rahmen der Vermögenstruktur; sie hängen zum zweiten ab von der Verfassung des Systems der institutionalisierten wie nicht-institutionalisierten Reproduktionsinstrumente (Stand der Nachfolgegebräuche und des Erbrechts, des Arbeitermarkts, des Schulsystems, etc.) – eine Verfassung, die ihrerseits sich nach dem Stand der Kräfteverhältnisse zwischen den Klassen richtet. (...) Aufgrund des angesprochenen Systemcharakters der Reproduktionsstrategien, ihrer Abhängigkeit von der Verfassung des Systems der Reproduktionsinstrumente und vom Stand (...) des zu reproduzierenden Kapitals zieht jede Veränderung im Rahmen des vorgenannten Bezugssystems eine *Umstrukturierung* des Systems der Reproduktionsstrategien nach sich: die *Umstellung* von einer Kapitalsorte auf eine andere, besser zugängliche, gewinnträchtigere und/oder (...) hat eine Veränderung der Vermögensstruktur zu Folge.¹⁴⁶

Mit Stichwörtern wie dem „American Dream“ wird nur zu deutlich sichtbar, wie sehr die Menschen in den kapitalistischen Systemen der westlichen Welt nach den Sternen greifen. Es geht um die Erwirtschaftung und Vermehrung des zur Verfügung stehenden Eigenkapitals, sowie den Gedanken, den eigenen Kindern eine bessere Ausgangslage zu hinterlassen. Man versucht, die Grenzen seiner eigenen Möglichkeiten zu durchbrechen und die Erfolgsleiter zu erklimmen. Pierre Bourdieu zeigt dabei jedoch deutlich auf, dass jede Änderung in einem System weitere nach sich zieht. Dabei spannt er einen großen Bogen von der staatlichen Verfassung bis hin zur eigenen Vermögensverwaltung. Daraus ergibt sich eine hochkomplexe Verzweigung aus dem Einfluss von Politik, der Weltwirtschaft und den Entscheidungen der jeweiligen BürgerInnen. Um einen potentiellen, auf der sozioökonomischen Situation fußenden Pessimismus erklären zu können, muss man die systemeigenen Wurzeln unserer heutigen Gesellschaft näher betrachten. Die Anfänge dieses Prozesses reichen weit in der Geschichte der

¹⁴⁶ Pierre Bourdieu. Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft. Frankfurt am Main 2014. S. 210.

Zweiten Republik zurück. Es finden sich erste Vorzeichen für die unsicher werdenden Zukunftsaussichten in den boomenden Wirtschaftswunderjahren der 1970er. Michael Vester u.a. setzen den Beginn der Destabilisierung der verschiedenen Lebenslagen in Deutschland mit der Ölkrise von 1973 an. Durch den angewachsenen Wohlstand der Mittelschicht wurden neue Wege der Geldanlage (z.B. Aktien) möglich, die das Geld jedoch nicht mehr zurück in die lokale Wirtschaft fließen ließen. Dies, zusammen mit dem langsamen Ende des Wirtschaftswunders, setzte eine Spirale in Gang, die ultimativ die Arbeitgeber dazu zwang, kostengünstiger und arbeitsplatzsparender zu wirtschaften, und führte zu einer steigenden Arbeitslosigkeitsrate. Dies waren die Zeiten der sogenannten „politischen Verdrossenheit“, die als ein potentieller Vorgänger für einen der Grundpfeiler für populistische Stimmenabgabe dienen kann: der Krise der Repräsentation. Das einfache Prinzip: „Leistung gegen Teilhabe“ – eine tragende Säule der Arbeitergesellschaft – schien durch die unsicher werdenden Verhältnisse in seinen Grundfesten erschüttert zu werden. Die Arbeitslosigkeit stieg bis auf zehn Prozent und eine umfangreiche Bildung garantierte in den kommenden Jahrzehnten nicht mehr einen fixen und kündigungsgeschützten Arbeitsplatz. Soziale Diskriminierung, Ungleichheit und die Destabilisierung der einzelnen Lebensläufe nahmen zu, die Zukunft wurde unsicherer. Ab den 1990ern entstand eine komplett neue Klasse innerhalb der Gesellschaft. Gut ein Viertel aller Menschen lebten in einer Zone des „Wohlstands auf Widerruf“. Diese wird dadurch charakterisiert, dass die Arbeiter zwar ein festes Einkommen haben, jedoch immer wieder den Job wechseln müssen. Sie sind auf den guten Willen ihrer Mitmenschen, insbesondere ihrer Arbeitgeber angewiesen, und können innerhalb kürzester Zeit ihre Stelle und ihren Wohlstand verlieren. Somit hielt eine neue Angst Einzug in die Mittelschicht: Plötzlich in die Armut abzurutschen und von dort keinen Ausweg mehr nach oben zu finden. Dazu kommt ein weiterer Trend zur Jahrtausendwende, durch den rund zehn Prozent der Bevölkerung einer Verfestigung ihrer Deklassierung, sowie zunehmende Ausgrenzung erleben mussten. In diesem Zeitrahmen gab es mehrere negative Entwicklungen. Etwa die der „geprellten Generation“ – jener jungen Erwachsenen mit exzellenter Ausbildung, die dennoch keinen sicheren Arbeitsplatz mehr finden konnten, da die meisten guten Plätze schon von der älteren Generation besetzt gehalten wurden. Ein anderer war die schrittweise Auflösung von fixen Arbeitszeiten. Teile der Arbeitswelt mussten flexibler gestaltet werden, und das alte Bild einer geregelten Fünftagewoche geriet immer mehr zur Ausnahme. Spätestens zum Millennium wurde die gesellschaftliche Deklassierung zu einem handfesten Problem, da immer mehr Menschen ihren letzten Anker im Arbeitsmarkt verloren und unrettbar in die Armut abglitten. Inmitten dieses Strudels aus sozialem Abstieg, unsicherer Zukunft und einer sich immer

schneller ändernden Arbeitswelt liegen die ersten festen Wurzeln der rechtspopulistischen Wählerschaft.¹⁴⁷

Die AutorInnen orten in ihrem Buch die populistische Wählerschaft vor allem im unteren Drittel der Bevölkerung. So setzt sie sich etwa zu 10% aus Unterprivilegierten (meist Armut) und zu 25% aus einem städtisch-kleinbürgerlichen Teil (untere Mittelschicht) zusammen, von denen der Großteil an populistischen Gedankengut ausgeht.¹⁴⁸ Es wurde auch versucht, die WählerInnen in Gruppen und Lager aufzuteilen, um zur Erkenntnis zu kommen, dass das populistische Lager auf 27% kommt. Es wird als ein protektionistisches Lager gekennzeichnet und enthält einen Großteil der Stimmen von KleinbürgerInnen und dem unteren sozialen Rand der Gesellschaft.¹⁴⁹ Hier liegt der Grundstein des Mythos vom „populistischen Globalisierungsverlierer“. Das endende Wirtschaftswunder, gekoppelt mit dem sich verändernden Ausgabeverhalten der Mittelschicht (und natürlich den globalökonomischen Umwälzungen und Krisen) setzte einen Prozess in Gang, der grob ein Drittel der deutschen WählerInnen in einen sozioökonomischen Abstieg bis hin zur teilweise permanenten Armut gestoßen hat. Manche konnten sich noch retten, doch für viele war der immer schneller wechselnde Wirtschaftsalltag zu viel. Es ist nicht verwunderlich, dass mit der Fortsetzung dieses Trends bis in die Gegenwart, dem Platzen von Immobilienblasen, neuen Ölkrisen und Wellen an Kriegsflüchtlingen, keine Besserung in Sicht ist.

In diesem kurzen Überblick wurde versucht, das Bild des derzeitig vorherrschenden Populismus zu vervollständigen. Es liegt hier nun bei den SozialforscherInnen, den Prozess weiter im Auge zu behalten. Um dem Populismus entgegen zu steuern, scheint es ratsam zu sein, den Menschen die Angst zu nehmen. Der oben erwähnte Prototyp des/der PopulistIn aus Irrtum (2.2.4 *Die Wählergruppe*) wählt populistisch, weil er/sie entweder nicht den Grad an Bildung hat, um die antidemokratischen Tendenzen zu erkennen, oder, weil er/sie Hoffnung sucht. Hoffnung, dass seine/ihre eigene Lage besser wird, obwohl – oder vielleicht gerade weil – andere benachteiligt werden. Hoffnung, dass ihr/ihm und ihrer/seiner Familie eine bessere Zukunft bevorsteht, die die bis jetzt regierenden Parteien nicht garantieren konnten. Dort am Rednerpult steht eine Alternative, ein Spiel mit dem Feuer, doch mit dem Blick auf den drohenden, sozialen Abstieg – auch wenn er sich nur in den Köpfen der/des jeweiligen

¹⁴⁷ Vgl.: Michael Vester, u.a. Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel. Zwischen Integration und Ausgrenzung. Frankfurt am Main 2001, S. 81-88.

¹⁴⁸ Vgl.: Ebd. S. 91.

¹⁴⁹ Vgl.: Michael Vester, u.a. Die neuen Arbeitnehmer. Zunehmende Kompetenz – wachsende Unsicherheit. Hamburg 2007. S. 45-51.

Wählers/Wählerin befindet – relativiert sich diese Gefahr. Wie sehr sich nun eine „Politik der Hoffnung“ auf das populistische Wahlverhalten auswirkt, wäre wiederum Thema einer anderen Arbeit. Soviel sei noch gesagt: Auch in Österreich wurde bei der letzten Nationalratswahl mit der Hoffnung gespielt. Die ÖVP brachte mit Sebastian Kurz ein junges Gesicht ins Rennen, welches er mit dem Versprechen auf Änderung und Neuerung schlussendlich gewinnen konnte. In seinen Worten aus der Regierungserklärung vom 20.12.2017: „*Veränderung schafft Hoffnung.*“¹⁵⁰.

2.3 Zusammenfassung

Zum Abschluss des ersten Teils dieser Arbeit bleibt noch etwas Platz, um das bis jetzt Geschriebene zu rekapitulieren. Angefangen mit dem schwammigen Begriff des Volkes (2.1.1 *Der Volksbegriff*), über den moralischen Imperativ als Kern des Populismus (2.1.2 *Das imperative Mandat*), bis hin zu den wahrscheinlichsten Methoden (2.2.2 *Die Methoden*), hat sich ein überraschend vollständiges Bild ergeben. Ein/eine populistische PolitikerIn tritt mit einem Versprechen auf, das nicht einzuhalten ist: Der Einsicht und der Weisheit zu entscheiden, wer zum genuinen „Volk“ gehört und wer nicht. Ausgehend von dieser immer wieder wechselnden Festlegung wird das wahre „Volk“ gefördert und der Rest diskriminiert. Auch die Annahme, dass ein/e demokratisch gewählte/r PopulistIn der Demokratie verpflichtet ist, ist ein gefährlicher Irrtum. Eben diese Demokratie korreliert mit dem Gleichheitsprinzip beziehungsweise mit der Akzeptanz, dass jeder Mensch ein Anrecht auf gleiche Grundrechte hat. Die Achtung der Menschenrechte ist mit dem imperativen Mandat des Populismus (wer gehört dazu, auf wen treffen die Rechte zu) nicht äußerst kompatibel. Die wohl einfachste Formel, um eine populistische Strömung zu erkennen, ist die Behauptung: „Wir sind das Volk“. Sie alleine schließt alle anderen aus und grenzt den Begriff auf eine Menge von Menschen ein. Wenn der Populismus schließlich an die Macht kommt, dann wuchert er. Er schlägt seine Wurzeln tief in das System und versucht sich an der Macht zu halten (2.2.3 *Populisten in der Regierung*). Dies gründet nicht an den jeweiligen PolitikerInnen, sondern an der reinen Essenz der politischen Strömung. Sie vertreten das „Volk“, und wenn sie das oberste Amt im Staat inne haben, ist es ihre Aufgabe, dieses zu halten. Dabei kann es auch vorkommen, dass die populistische Partei sich selbst zu zerfleischen beginnt. Ein erraticer Zugang (2.2.2.3 *Spiegelung und Erratik*) zur alltäglichen Realpolitik lässt bei Niederlagen Köpfe rollen und schiebt die Schuld auf andere ab. Manche brechen gar von selbst von der Regierung weg, da

¹⁵⁰ <https://www.bundeskanzleramt.gv.at/-/regierungserklarung> (16.05.2018).

sie erkannt haben, was wirklich vor sich geht.¹⁵¹ Gibt es etwas, das man gegen Populismus verwenden kann? Natürlich. Ein Ansatz findet sich in verstärkter Bildung, um etwa einer Wahl aus Irrtum (2.2.4 *Die Wählergruppe*) vorzubeugen. Ein weiterer, potentieller Kandidat findet sich in der Komödie. Es wird versucht, das Image des Horrorclowns (2.2.2.4 *Horrorclowns und die Macht der Satire*) aufzulösen, den Blick auf das tatsächlich Gesagte zu lenken. Die Andeutungen und den anti-pluralistischen und anti-elitären Kern offen zu legen, die Widersprüche aufzuzeigen und sich so der möglichen Täuschung (etwa eines dauerhaften, kulturellen Belagerungszustandes) zu entziehen. Dies kann schon mit einem dreiminütigen Video über die Merry-Christmas-Debatte in den USA¹⁵² erreicht werden¹⁵³. Schlussendlich geht es darum, dem Populismus dort zu begegnen, wo er seine Macht bezieht: bei den pessimistischen WählerInnen, bei den selbsternannten „GlobalisierungsverliererInnen“ (2.2.5 *Exkurs: Entwicklungsgeschichte des „modernen Populismus“*), die nur noch einen Ausweg in radikaleren Parteien sehen. Dabei muss jedoch ein scharfer Strich zwischen den alten rechtsradikalen Nationalsozialisten und dem jetzigen Populismus gezogen werden. Ersteres hat zu einer absoluten Herrschaft mit Massenmord geführt, während der moderne Populismus sich an das demokratische Wahlsystem hält und, obwohl in keiner Weise selbst tatsächlich demokratisch, immer den Anschein einer Demokratie wahren wird.

“Recently, the rightwing populist Freedom Party in Austria successfully contested the outcome of the presidential election in May. Its candidate, Norbert Hofer, had kept confronting his rival, the economics professor Alexander van der Bellen, with the claim: “You have the haute volée [high society] behind you; I have the people with me.” What clearly follows: if the people’s politician doesn’t win, there must be something wrong with the system.”¹⁵⁴

Dem Populismus geht es schlussendlich darum, an der Macht zu bleiben. Er greift alte, ausgleichende und kontrollierende Institutionen an, teilt die Menschen in überschaubare Lager auf und vertritt diejenigen, die er als die einzig wahren StaatsbürgerInnen ansieht. Jan-Werner Müller bringt dies in einem Artikel im „Guardian“ auf einen überschaubaren Punkt. Im Endeffekt ist der (Rechts)Populismus in der westlichen Welt etwas Alltägliches geworden. Es geht nun darum, sich weiter mit ihm auseinander zu setzen. Es braucht weitere empirische Studien, Umfragen und Analysen, um die Bedürfnisse der Menschen und ihre Hoffnung in den Populismus besser zu verstehen. Dann sollte es auch gelingen, sich besser dagegen zur Wehr zu setzen und den antidemokratischen Tendenzen einen Riegel vorzuschieben.

¹⁵¹ Vgl.: <http://orf.at/stories/2430449/2430455/> (16.05.2018).

¹⁵² Vgl.: <https://www.politico.com/story/2017/11/30/trump-merry-christmas-holidays-270486> (16.05.2018).

¹⁵³ Vgl.: <https://www.youtube.com/watch?v=koCmYJ-pdG8> (16.05.2018).

¹⁵⁴ Vgl.: <https://www.theguardian.com/books/2016/sep/02/trump-erdogan-farage-the-attractions-of-populism-for-politicians-the-dangers-for-democracy> (16.05.2018).

3. Die drei H's Österreichs

Womit man schließlich zum Staat Österreich kommt. Nachdem nun eine im Sinne dieser Arbeit brauchbare Definition eines „Populisten“ gefunden ist, stellt sich die Frage: Werden jene drei österreichischen Politiker, denen man dieses Label am meisten umhängt, dieser Definition gerecht? Da im ersten Teil schon genügend Beispiele genannt werden, relativiert sich diese Frage bis zu einem gewissen Grad. Vielmehr geht es jetzt darum, die jeweilige Ausprägung ihres populistischen Stils zu erkunden. Mit zweien von ihnen - Norbert Hofer und Heinz-Christian Strache - bekleiden aktuell zwei „Populisten“ Ministerposten in der Bundesrepublik Österreich; und auch Jörg Haider, obgleich selbst nie Minister, konnte mit den Wahlerfolgen seiner Partei und seiner langen Zeit als Landeshauptmann beachtliche Erfolge erzielen.

3.1 Methode

Wie enttarnt man nun eine/n PopulistIn? Diese Arbeit hat bereits festgehalten, dass im Kern eines/einer jeden populistischen Politikers/Politikerin das imperative Mandat steht. Somit lässt sich eine populistische Weltsicht nicht anhand der Methode des/der RednerIn festmachen.

Es gilt nun also durch eine tiefgehende Analyse sprachlicher und stilistischer Mittel festzustellen, ob die jeweilige Person den Glauben vertritt, dass er/sie das „Volk“ moralisch bestimmen kann und nach dem von ihm/ihr selbst interpretierten „Volkswillen“ handlungsgebunden ist. Eine erste Spur entsteht über die daraus resultierende anti-pluralistische und anti-elitäre Haltung. Mit den folgenden Kapiteln werden demnach Wahlkampfkonfrontationen in Diskussionsform analysiert. Ziel ist es, über besagte anti-pluralistische und anti-elitäre Äußerungen auf ein imperatives Mandat zu schließen. Dafür muss es klar ersichtlich sein, dass der/die SprecherIn davon überzeugt ist, für das ganze „Volk“ zu sprechen. Dafür markante, [primäre Schlagworte](#) beziehungsweise Synonyme sind:

- Volk
- Alle/Jeder/etc.
- Gemeinschaft
- Gesamtheit
- Wahren/echten Österreicher/Staatsbürger/etc.
- Wahren/echten Sorgen/Ängste/etc.
- Für das Volk/die Österreicher

- Wir¹⁵⁵/Uns
- Kandidat der Menschen/des Volkes/etc.
- Marionette/Volksverräter/etc.

Weiters wird noch auf **sekundäre**, meist populistische Volksbezeichnungen geachtet:

- Schweigende/unterdrückte Mehrheit
- Kleine Mann/Frau
- Menschen/Leute/etc.
- Der einzige, der...
- Die anderen
- Majorität/Mehrheit
- Gehört zu Österreich
- Angehörige des Volkes/Österreichs/etc.
- Freunde
- System
- Probleme des Volkes/der Menschen/etc.

3.2 Jörg Haider

Mit Jörg Haider betritt der erste große, österreichische Rechtspopulist die Bühne der demokratischen Politikgeschichte nach dem Zweiten Weltkrieg. Seine politische Karriere erreichte einen ersten Höhepunkt, als er am 24. September 1983 zum Obmann der Kärntner FPÖ wurde. In den nächsten Jahren band Haider immer mehr Aspekte der Partei an seine Person, drohte mehrmals bei Gegenwind die Partei zu verlassen und wurde 1986 schließlich zum Bundesobmann der Partei gewählt. In den folgenden Jahren baute Haider seinen Stimmenanteil bei Nationalrats- und Kärntner Landtagswahlen stetig aus. Dabei kam es jedoch immer wieder zu Skandalen, wie etwa einer Aussage zur Beschäftigungspolitik im Dritten Reich:

„Na, das hat’s im Dritten Reich nicht gegeben, weil im Dritten Reich haben sie ordentliche Beschäftigungspolitik gemacht, was nicht einmal ihre Regierung in Wien zusammenbringt. Das muss man auch einmal sagen.“¹⁵⁶

¹⁵⁵ Anm.: Am Beispiel des „wir“ muss eine differenzierte Unterscheidung getroffen werden. Auch wenn es ein primäres Schlagwort für eine populistische Sichtweise ist, so wird es auch von dem/der ModeratorIn zur Bezeichnung der Diskussionsrunde verwendet. Sollte diese Verwendungsweise des „wir“ genützt werden, wird es nicht markiert.

¹⁵⁶ Gerog Lux, Arno Wiedergut, Uwe Sommersguter. Jörg Haider. Mensch Mythos Medienstar. Wien 2008, S. 23.

Ebenso schaffte es die FPÖ (beziehungsweise nach der Spaltung unter dem Namen BZÖ) zwei Mal in die Bundesregierung unter dem Bundeskanzler Wolfgang Schüssel (ÖVP), wobei sich Haider beide Male in den Hintergrund begab und nicht selbst Teil dieser Regierung war. Mit seinem Unfalltod 2008 verschwindet der „Kärntner Landesvater“, der während seiner Laufbahn den Rückzug aus verschiedenen Funktionen zum Stilmittel erhoben hatte, überraschend, aber endgültig aus der politischen Arena. Zurück bleiben zwei Parteien des rechten Lagers (FPÖ, BZÖ) sowie eine erste Stichprobe eines rechtspopulistischen Rhetorikers.¹⁵⁷

Den Anfang der Betrachtung macht die Diskussion vom 21.09.1994 im Fernsehsender ORF¹⁵⁸. Jörg Haider stellte sich an dem Abend Franz Vranitzky von der SPÖ unter der Gesprächsleitung von Elmar Oberhauser. Die Wahl auf diese schon etwas ältere Aufnahme wurde nicht zufällig gefällt. Zum einen ist dieses Duell in Österreich zu einer kleinen politischen Legende geworden. Haider verwendet etwa zum ersten Mal in der Geschichte der Wahlkampfduelle das „Taferl“, welches sich bis in die heutige Zeit behaupten konnte. Zum anderen sind mit den Jahren 1994-95 etwas turbulenter Wahljahre über Österreich gezogen, bei denen Haider zwar die FPÖ noch nicht in die Regierung bringen konnte, jedoch zumindest hier schon der Grundstein für den Wahlerfolg von 1999 gelegt worden ist.¹⁵⁹¹⁶⁰

(...)

Jörg Haider (FPÖ)

(...)

Das Zweite ist, dass sie gesagt haben, sie wollen Wohnung schaffen (...), weil es eine große Wohnungsnot gibt. In ihrer Zeit ist aber eine unterdurchschnittliche Wohnbauleistung erbracht worden, **wir** haben in den 80iger Jahren (...) eine durchschnittliche Wohnbauleistung von 59.000 Neubauwohnungen gehabt, heute liegen **wir** erstmals wieder über 40.000 aber in Ihrer Zeit sind **wir** über die 40.000 in den 90iger Jahren nicht hinausgekommen. Das Mietengesetz selber hat wirklich keine Lösung gebracht, wenn sie heute in Wien sich erkundigen, dann hat man zwar einen Richtwert geschaffen, (...) aber **wir** liegen derzeit bei 120 Schilling Überschreitungen der Richtwerte, das heißt, Sie treffen die **kleinen Leute**, Sie treffen die **fleißigen Leute**, die mit wenig Einkommen heute leben müssen. Dasselbe etwa in der Beschäftigungspolitik, Sie haben die verstaatlichte Industrie angekündigt zu sanieren, das ist völlig danebengegangen (...). Das ist das **einzigste**, was für die **Leute** zurückgeblieben ist und in dem Zustand entwickelt sich natürlich auch die Beschäftigungssituation. Sie haben also heute eine Arbeitslosigkeit, bei ihrem Beginn war sie über drei Prozent, heute liegen **wir** bei fast sieben

¹⁵⁷ Vgl.: ebd. S. 16-38.

¹⁵⁸ Vgl.: <https://www.youtube.com/watch?v=5GQ-a53j-cs&t=984s> (24.05.2018).

¹⁵⁹ Vgl.: <http://tv.orf.at/orf3/stories/2867487/> (24.05.2018).

¹⁶⁰ Anm.: Da im APA-Archiv keine Transkription dieses TV-Duells mehr abrufbar ist, wurde es vom Autor selbst transkribiert.

Prozent in der Arbeitslosigkeit und die Strukturen der Betriebe haben sich nicht gebessert auch wenn man jetzt sagt, **wir** haben einen Höchstwert der Beschäftigung erreicht. Den haben Sie erreicht, Hr. Dr. Vranitzky, weil sie in Wirklichkeit auch sehr viele ausländische Billigarbeitskräfte akzeptiert haben und in Ihrer Ära hunderttausende Arbeitsplätze für ausländische Billigarbeitskräfte geschaffen worden sind und **Österreicher** von dem Arbeitsplatz verdrängt worden sind und das geht so weit (...), dass etwa ein großes Handelsunternehmen wie der „Konsum“ 17.000 Mitarbeiter derzeit wegen Eigenkapitalschwäche veranlasst, eine freiwillige Abbuchung von ihren Löhnen zu machen bis zum Jahresende. **Jeder** muss 1200 Schilling zahlen. (...)

(...)

Jörg Haider (FPÖ)

Zweiter Punkt, wenn Sie sagen, des ist problematisch, Sie würden gerne hören, was **wir** für die **kleinen Leute** tun, dann sage ich Ihnen ein paar Beispiele. **Wir** versuchen, den Filz dieses politischen **Systems** aufzubrechen und damit Verschwendung einzudämmen, beispielsweise Bauwirtschaft, Bauarbeiterurlauskasse. Da zahlt ein Unternehmen für einen Mitarbeiter 73.000 Schilling ein. Herauskriegen tut der Bauarbeiter aber nicht 73.000 Schilling, sondern 56.000 Schilling Urlaubsgeld, der Rest [ist] Verwaltungsaufwand, irgendwelche Rücklagen, die da disponiert werden. Des ist bei 300.000 Bauarbeitern eine riesige Summe. Und was geschieht jetzt? Im Gesetz steht, wenn Überschüsse entstehen, sind diese Überschüsse den Arbeitgebern und den Arbeitnehmern zurück zu geben. Was machen die Kammern und die Sozialpartner? Sie beschließen einfach gegen das Gesetz, von Zeit zu Zeit, diese Überschüsse untereinander aufzuteilen. Hälfte der österreichische Gewerkschaftsbund, andere Hälfte die Handelskammer. Des wäre ein klassischer Fall, wo man die Lohnnebenkosten zu Gunsten der Betriebe und die Urlaubsgeldposition der Bauarbeiter verbessern könnte. In diesen Bereichen sehen **wir unsere** Funktion, für die **Leute**, die arbeiten, die tüchtig sind, etwas zu tun. (...) und dann gabs ein Paket, wo Sie gesagt haben: „Keiner darf mehr verdienen als ein Landesregierungsmitglied.“ Und da waren sie sehr stolz drauf. Die Rechnungshofkontrolle, Hr. Dr. Vranitzky, haben **wir** bis heute, und die Gehaltsbeschränkung haben **wir** auch. Ich zeige Ihnen jetzt etwas. Zeige Ihnen etwas. Das ist ein Aktivbezug eines Kammeramtsdirektors der österreichischen Arbeiterkammer. (...) und er kriegt des, was angeblich Sie als Vertreter einer Partei von **kleinen Leuten** nicht will. Er kriegt mal im Ruhestand als Kammerbürokrat diesen Betrag: 260.000 Schilling. (...)

Elmar Oberhauser

Okay.

Jörg Haider (FPÖ)

Das sind also Fälle, da... i hob no vieles andere...

Elmar Oberhauser

Okay.

Jörg Haider (FPÖ)

...was in diesem Protokoll steht. Ich wollte Ihnen eigentlich nur deutlich machen, dass des die Dinge sind, wo man sagt: „Des versprechen Sie, und dann passiert nix.“ Und deshalb sind also die **Leute**...

(...)

Franz Vranitzky (SPÖ)

(...) Hier geht es darum, dass man wirklich die Solidarität vor allem mit den **kleineren** eben nicht durch Schlagworte, sondern durch faktischen Handeln belegt und darum geht's mir und da unterscheide ich mich schon sehr maßgeblich von Ihnen.

Elmar Oberhauser

So, Hr. Dr. Haider, ich darf Sie jetzt bitten, die Fragen zu beantworten.

Jörg Haider (FPÖ)

Hr. Dr. Vranitzky, die Frage des **kleinen Mannes**, die mag Sie bewegen, mich bewegt sie auch und daher werden **wir** beide wahrscheinlich noch einmal jetzt darüber reden müssen. (...). Bitte des ist die sozialistische **Mehrheit** in der Arbeiterkammer. Das sind **Ihre Leute**, die in einem Kontrollausschuss so etwas beschließen. Das sind **Ihre Leute** mir Ihrer **Mehrheit** (...). Sie wollen sich jetzt darüber hinweg schwindeln, dass in Wirklichkeit, das was die Menschen heute betrifft, die Ungeheuerlichkeit ist, wie in den öffentlichen Institutionen mit ihrem Geld umgegangen wird. Das sind die Pflichtbeiträge von tausenden und abertausenden **kleinen Leuten** und wenn Sie sich so für die Bauarbeiter interessieren, dann frage ich Sie auch, warum bringt es diese Regierung nicht zu Wege, bei den Bauarbeitern eine Gleichbehandlung zwischen In- und Ausländern zu machen? **Jeder** Ausländer kriegt heut die große Trennungszulage, das sind fast 6000 Schilling. Der **Österreicher** kriegt sie ned. Der arbeitet auf derselben Baustelle, macht die gleiche Arbeit, dies sind die Fragen, die die **Leut** interessieren.

(...)

Franz Vranitzky (SPÖ)

(...) Die Rechnungshofkontrolle ist im Parlament nicht beschlossen worden, das wissen Sie genauso gut, warum...

Jörg Haider (FPÖ)

Sie sind der Chef der Regierungspartei...

Franz Vranitzky (SPÖ)

Ja, aber ich bin eben nicht der Chef des Parlaments (...) und im Parlament sind mehrere Parteien vertreten und im Parlament war keine **Mehrheit** zu Stande zu bringen (...).

(...)

Jörg Haider (FPÖ)

Hr. Dr. Vranitzky, gäbs eine Rechnungshofkontrolle, dann würde das ja gar nicht passiert sein, weil der Rechnungshof hätte sowas natürlich aufgedeckt, aber solange es im Dunstkreis der Funktionäre bleibt (...), es ist ja überall derselbe Sumpf, um den es geht, und da werden Milliarden Schillinge vergeudet, die die **fleißigen Leute** in Österreich erarbeitet haben und um das geht's, dass man hier als Regierungschef doch nicht zuschauen kann, wie im... im Grunde genommen das Geld den **falschen Leuten** in die Tasche gesteckt wird.

(...)

Jörg Haider (FPÖ)

(...) So, wie in der Ausländerfrage, so haben **wir** auch in der Frage der Sicherheitspolitik Recht bekommen, weil Sie werden in den nächsten Monaten bereits beginnen müssen, nach der Wahl – weil vorher sagen sie es den **Leuten** nämlich nicht, dass Sie die Neutralität aufgeben – das Berufsheer zu konstruieren, damit Sie in diesem kooperativen Verteidigungssystem überhaupt mitmachen können. (...)

(...)

Jörg Haider (FPÖ)

(...) Des ist auch eine eindeutige, unterscheidende Komponente zwischen **unseren** Parteien (...), weil ich glaube, dass man auch zu den Bürgern anständig und ehrlich sein soll und ehrlich sind (...). Sie nicht, wenn Sie sich jetzt abputzen in den Dingen, die ich Ihnen hier vorgehalten habe, wo Sie sagen, **wir** wollen den **kleinen Mann** vertreten, aber in Wirklichkeit kümmert mich diese ganze G'schichte nichts mehr. Sie haben sich hier wirklich nicht schützend vor jene **Leute** gestellt, von denen Sie immer sagen, für die sind Sie besonders da. Sie lassen also Zustände in diesem Staat einreißen als Regierungschef, die meines Erachtens wirklich ein... ein Skandal erster Ordnung sind (...). Diese Regierung ist verantwortlich dafür, dass ausländische Straftäter, die aus Illegalität daher aufgegriffen werden, abgeurteilt werden, zu Tausenden bei **uns** bleiben, nicht abgeschoben werden. Ich darf Sie jetzt amol fragen, was tun Sie hier für die Sicherheit der Bevölkerung? (...) Die **Leut** fühlen sich ja wirklich bedroht, was wird also die Regierung tun in dem Fall?

(...)

Jörg Haider (FPÖ)

(...) Sie sind halt wirklich einer, der das vorlebt, wie in dem Staat man sich selbst bedienen kann, wenn man sich's politisch richtet, denn aufgrund der gesetzlichen Lage hätten's die Abfertigung nie kriegt. (...). Des ist ned in Ordnung, des ist unmoralisch, würd ich sagen. Zumindest ned ehrlich, wie Sie's wollen und deshalb sind Sie auch bei all diesen Dingen beim Ordnung machen nicht bereit, wirklich was zu tun. (...). Da können Sie sich mit meinem Betrieb auseinandersetzen, wie Sie wollen, Sie. I bin geprüft Länge mal Breite. I krieg jedes Jahr nid zuletzt deshalb eine Steuerprüfung und Krankenkassenprüfung, weil ich eben in der Politik bin und ihr Finanzminister scho schaut, dass bei mir alles durchleuchtet wird. (...) Dieser Betrieb zahlt Millionensteuern, wissen Sie das? Weil **wir** gut wirtschaften. Und da müssen Sie froh sein, als Bundeskanzler und Regierungschef, dass Sie solche Betriebe haben, weil **wir** heute in Österreich aufgrund Ihrer Politik ohnedies eine so dünne Eigenkapitaldecke haben, dass viele wegbrechen und dass ihre **Konsumfreunde** und Mitarbeiter, heute – 17.000 müssen also da eine Einkommensbuße erleiden und freiwillig auf Einkommen verzichten, weil des alles nimmer funktioniert. (...) Direkte Demokratie...

Elmar Oberhauser

Einen Satz noch bitte, wirklich kurz.

Jörg Haider (FPÖ)

Demokratie. Von mir deutlich gesagt (...) **wir** leben heut in einer Zeit – und die Beispiele Arbeiterkammer, Nationalbank und so weiter belegen das ja – wo die Parteien, die Apparate, die Institutionen, die Funktionäre einfach sich vom **Volk** entfernt haben und daher ist es besser,

mehr direkte Demokratie zu machen. Daher hab ich den Vorschlag gemacht, weg von diesem Parteien- und Kammernfilz, weg von diesen Zwangsmitgliedschaften, hin zu mehr direkter Demokratie. Die **Leut** sollen entscheiden, ob's 28 Sozialversicherungsanstalten haben wollen. Die **Leut** sollen entscheiden, ob sie eine Zuwanderungspolitik wie die Ihrer Regierung haben wollen, wo wieder Tausende einwandern dürfen, obwohl's so viel Arbeitslose da gibt. Die **Leute** sollen entscheiden, ob sie so viel Steuern bezahlen wollen, das dürfen sie in der Schweiz, nur in Österreich derf man des ned. In Österreich dürf ma diese Entscheidungen alle nicht treffen und i bin dafür, dass die Bürger die Politiker wieder stärker führen, als umgekehrt die Politiker ständig den Bürgern was anschaffen.

Elmar Oberhauser

Okay, Dankeschön. Hr. Dr. Vranitzky.

Franz Vranitzky (SPÖ)

(...) I bin also ein mindest so anständiger Bürger wie Sie. (...) nur die Frage ist, wie **wir** demokratiepolitisch mit diesen Veränderungen fertig werden und wenn Sie jetzt sagen, die **Leut** sollen entscheiden, das **Volk** soll entscheiden und so weiter soll entscheiden, soll entscheiden, am neunten Oktober gibt's eine Wahl. Da werden **wir uns** zur Wahl stellen und wenn **wir** das Vertrauen der Bevölkerung bekommen, dann werden **wir** wohl Verantwortung übernehmen müssen und ich unterscheide mich von Ihnen hier grundsätzlich, indem ich nämlich sage, diese Entscheidungen sind dann von **uns** auch wirklich zu treffen und das Mandat, das uns die Bevölkerung gibt, ist auszuüben – ist verantwortlich auszuüben – und nicht, wann's was zu entscheiden gibt, geb' **ma** das Mandat zurück und sagts [sic]: „Ihr habts **uns** zwar gwöhlt, aber jetzt entscheidets selber.“ Das ist ein Grundpfeiler meines Demokratieverständnisses, für das ich auch eintrete und an dieser Wahl wird's auch eine Entscheidung darüber geben, ob man **unsere** Demokratie will, oder irgendetwas Diffuses, was heute nicht wirklich erkennbar ist und wo der Mandatar in Wirklichkeit seine Verantwortung der Bevölkerung zurückgeben kann. Ich meine (...) der Mandatar hat sie auszuüben und dann wieder grad zu stehen.

So sehr dieses Duell auch in die Geschichte der österreichischen Wahlkampfdiskussionen eingegangen ist, so beeindruckend wird auch das unterschiedliche Demokratieverständnis der beiden Kontrahenten ersichtlich. Vranitzky ist noch eher ein Politiker vom „alten Schlag“, mit einem recht konservativen Denken. Die BürgerInnen wählen einmal alle vier Jahre und die daraus resultierende Regierung arbeitet nach bestem Wissen und Gewissen. Der/Die StaatsbürgerIn wird wenig bis gar nicht nach dem genauen „Wie“ befragt oder übermäßig eingebunden. Die PolitikerInnen machen schlichtweg ihren Job und nicht mehr. Der Bundeskanzler mischt sich nicht in andere Institutionen ein und ist nur für das zuständig, für das er/sie (respektive seine/ihre Partei) auch gewählt wurde. Haider sieht das anders: er moralisiert. Er macht dies sogar aggressiv, indem er Vranitzky persönlich als unmoralisch deklariert. Haider ist der Ansicht, zu wissen, was richtig ist und was nicht – etwas, das sich auch in seinem Volksverständnis niederschlägt. Er sieht sich als der Vertreter des kleinen Mannes, der – so erscheint es, wenn man zwischen den Zeilen liest – wohl oder übel der „richtige Österreicher“ ist. Der FPÖ-Politiker wirft dem Bundeskanzler vor, dass er sich vom

„Volk“ entfernt hat und die kleinen Leute gegenüber den ausländischen Arbeitskräften zurückreißt. Dabei bereichert sich dieser noch und unterstützt so auch die Bereicherungsbestrebungen der anderen Institutionen. Laut Haider sollte der Kanzler die Macht haben, alles und jeden im Staat beeinflussen zu können. Für ihn ist es die Aufgabe des Bundeskanzlers, beinahe als Alleinherrscher in andere Institutionen einzugreifen, sie zu führen und zu kontrollieren. Es entsteht ein Bild von Haider als dem „Heiland“ des „Volkes“, dessen „volksgegebene“ Aufgabe als kommender Kanzler es ist, den titulierten „Sumpf“ und „Filz“ in der Regierung zu beseitigen, die „volksentfernten“ Institutionen unter Kontrolle zu bringen und dem kleinen Mann das zukommen zu lassen, das ihm zusteht.¹⁶¹

Hierbei noch zwei Anmerkungen bezüglich des Demokratieverständnisses und der populistischen Forderung Haiders. Zum ersten ist die Annahme aufzulösen, dass Vranitzky selbst kein populistisches Verständnis hat. Seiner Aussage nach wird die Partei (mit ihm als Parteiobmann) gewählt und darf dann für die Legislaturperiode walten, wie sie es für gut befindet. Dies ist – strenggenommen – auch eine Interpretationsmöglichkeit für den reaktionären Populismus (siehe 2.2.3. *PopulistInnen in der Regierung* – kalkulierte Mobilisation). Der zentrale Unterschied jedoch ist, dass er weder anti-elitäre (er ist für die Institutionen und verteidigt ihr Bestehen) noch anti-pluralistische Tendenzen zeigt. Weiters fehlt ein erkennbares moralisches Volksverständnis, das auf die Sichtweise eines imperativen Mandats nach Müller schließen lässt. Es wird hier wiederum deutlich, wie schmal der Grat zwischen Populismus und Demokratie sein kann, wenn man nur nach den Aussagen und nicht nach den Grundvorstellungen sucht, auf denen sie fußen. Zum zweiten sind die Forderungen Haiders zwar populistisch begründet und formuliert, sind aber dennoch (zum Teil) wahre, demokratische Forderungen. Er legt seine Zahlen und Daten vor, verweist auf potentielle Ungerechtigkeiten durch Korruption und Selbstbereicherung und will eine Lösung dafür präsentieren. Dies sind – angenommen die Daten stimmen – durchaus legitime Missstände in der Demokratie, die es zu diskutieren gilt. In andere Worten, betreibt Haider hier die Arbeit einer Oppositionspartei, die sichergehen will, dass die Regierung sich nicht falsch verhält. Das einzige Problem daran ist eben, dass er dies über das Argument der Moral und des

¹⁶¹ Anm.: Schon 2013 wurde die Zeit Haiders und Vranitzkys zum Thema eines Zeitungsartikels, mit dem Inhalt, dass Haider es war, der Vranitzkys Einbindungsstrategie in den Grundfesten erschüttert hat. Interessanter ist jedoch der Umstand, dass Haiders Politik zwar als populistisch, jedoch auch als linkspopulistisch bezeichnet wird. (Vgl.: https://www.wienerzeitung.at/nachrichten/oesterreich/politik/577674_Szenen-einer-unsteten-Beziehung.html (28.05.2018)). In dieser Arbeit wurde jedoch aufgezeigt, dass Haider Rechtspopulist war. Es wird ersichtlich, dass es auch von medialer Seite wichtig ist, eine fixe, stark definierte Abgrenzung von verschiedenen populistischen Strömungen zu erarbeiten, um eine inflationäre Fehlverwendung des Begriffes verhindern zu können.

„Volkwillens“ beklagt. An dieser Stelle sei der Vollständigkeit halber erneut erwähnt, dass niemand von sich selbst behaupten kann, den Willen des „Volkes“ erkennen zu können. Dieser muss in Diskussionen und einem demokratischen Prozess erst erarbeitet und ausformuliert werden – alles unter der Annahme, dass er sich im Laufe der Zeit sehr wohl wieder ändern kann und wahrscheinlich auch schon geändert hat.

Durch das Ableben Haiders im Jahr 2008 ist leider keine direkte Betrachtung seiner populistischen Ansichten im letzten Jahrzehnt möglich. Dennoch gab es eine Diskussion, die zumindest die letzten Ansichten Haiders gut hervorheben kann. Gemeint ist ein Duell gegen „H.C.“ Strache am 22.08.2008 im ORF¹⁶².

(...)

Haider Jörg (BZÖ)

Wenn ich mir im Parlament anschau die Anträge, das heißt, mit einer Verspätung von zwei bis sechs Monat [sic!] kommen die Anträge, die das BZÖ stellt, dann gleichlautend von Ihrer Seite auch. Nehmen **wir** nur den letzten Fall her, etwa den Teuerungsausgleich. Den haben Sie noch kritisiert, den hat Ihre Partei massiv kritisiert. Ich bin aber, und das ist auch der Grund warum ich eigentlich in den Ring auch bundespolitisch jetzt gestiegen bin, weil ich sage, die **Österreicher** sind so frustriert von der Politik und sie glauben im Grunde genommen niemanden mehr, aber ich kann einen Beitrag leisten dazu, denn ich bin wirklich der **einzig**e Politiker in Österreich, der seit fast einem Jahr für seine Bevölkerung in Kärnten ein maßgeschneidertes Paket in Teuerungsausgleich gemacht hat, **wir** haben einen Teuerungsausgleich gemacht...

Thurnher Ingrid (ORF)

Über das reden wir dann noch konkret, Teuerungsausgleich, reden wir gleich.

Haider Jörg (BZÖ)

...**wir** haben Gratiskindergarten eingeführt, **wir** haben Billigtankstellen gemacht, alles Dinge, die jetzt **die anderen** auch fordern und die plötzlich **die anderen** auch machen wollen. Das heißt, da sitzt ein Politiker, der nicht nur redet und was verspricht, sondern der es auch getan hat, und das ist eigentlich etwas, was ein Angebot für die **Österreicher** ist.¹⁶³

(...)

Strache Heinz-Christian (FPÖ)

Das ist eine Milchmädchenrechnung, denn jene Wähler, die heute die Freiheitliche Partei stärken und stützen, wissen, dass man nur mit der Freiheitlichen Partei auch österreichische Interessen stärken kann, und.

¹⁶² Vgl.: <http://fm4v2.orf.at/zachbauer/223733/main.html> (28.05.2018).

¹⁶³ https://aomlibrary-apa-at.uaccess.univie.ac.at/portal/restricted/textstory.htm?hist=3&index=58&txtSession=egSLDMllgOgxktsXmH6cF FcbQFqgVu0viP7ihrcI#show&key=MWVOLL_200808222115002865347&date=20080822 (28.05.2018).

Thurnher Ingrid (ORF)

zusammenzählen, wenn Sie sagen, Sie peilen 20 Prozent an, hier irgendwo vier, sechs, acht.

Strache Heinz-Christian (FPÖ)

Also schauen Sie, genauso, na also genauso wenig, wie ich heute ÖVP und FPÖ zusammen, zusammenzählen kann, kann ich in dem Fall die unterschiedlichen Parteien zusammenzählen. Und ich möchte schon Eines sagen: Herr Haider, Sie sehen Politik immer aus der selbstverliebten Brille Ihres Narzissmus. Sie glauben immer, dass alles mit Ihrer Person zusammenhängt. Ich sage Ihnen: Eine Partei, und vor allem Dingen auch die Freiheitliche Partei, gehört keiner Person. Da bin ich im Jahr 2005 Obmann geworden, habe ein Vertrauen ausgesprochen bekommen, habe damals, nachdem Sie diese Freiheitliche Partei und das Dritte Lager auch politisch ermorden wollten, und ich sage das so offen, haben ich damals den Versuch unternommen, diese Partei zu retten. Es ist gelungen. Jetzt kommen Sie, nachdem Sie mit dieser Partei nichts mehr zu tun haben wollten, mit dieser Werten und versuchen den Trittbrettfahrer, den Schwarzfahrer sozusagen, zu spielen und wieder einmal den Salto rückwärts zu machen. Sie sind bekannt für Zickzack-Kurse. (...) ¹⁶⁴

(...)

Haider Jörg (BZÖ)

Zum Beispiel über die Frage, über die Frage, was die **Österreicher** wirklich interessiert. Was machen **wir** gegen die Teuerung?

Thurnher Ingrid (ORF)

Tun wir auch gleich.

Haider Jörg (BZÖ)

Da bin ich, da können Sie reden über Regierung...

Strache Heinz-Christian (FPÖ)

Da sind aber Sie die Kopiermaschine.

Haider Jörg (BZÖ)

Lassen Sie mich... Ich habe Sie auch ausreden lassen.

Strache Heinz-Christian (FPÖ)

Das sind Sie die Kopiermaschine.

Haider Jörg (BZÖ)

Ich habe als **Einzigster** bisher in Österreich ein Programm gegen die Teuerung durchgezogen. Sie sind mit halbjähriger Verspätung draufgekommen, haben dann den Herrn Kickl los geschickt, nachdem ich bereits den Teuerungsausgleich eingeführt habe, den Gratiskindergarten eingeführt habe, nachdem **wir** die Billigtankstellen gemacht haben, nachdem **wir** die Wohnbeihilfen erhöht

¹⁶⁴ https://aomlibrary-apa-at.uaccess.univie.ac.at/portal/restricted/text.htm?hist=3&action=gotoText&index=60&txtSession=egSLDMIIg0gxktsXmH6cFFcbQFggVu0viP7ihrcI#show&key=MWVOLL_200808222115002865348&date=20080822 (28.05.2018).

haben, und und und, sind Sie gekommen und haben gesagt, das ist ein PR-Gag. Wissen Sie, was das heißt, ein PR-Gag? Dass Leute, die 200 Euro als Teuerungsausgleich kriegen, kleine Einkommensempfänger oder Familien, die 300 Euro kriegen? Oder Familien, die eine erhöhte Wohnbeihilfe kriegen? 170 pro Monat mehr, das ist also etwas, was funktioniert, oder die Billigtankstellen.¹⁶⁵

(...)

Strache Heinz-Christian (FPÖ)

Nein, das nicht. Aber **wir** erleben, dass **wir** eine rot-schwarze Bundesregierung bis dato vorhanden haben, die die Probleme und Interessen der **Österreicher** in keiner Weise ernst genommen hat.

Thurnher Ingrid (ORF)

Ja, aber sagen Sie uns, wie Sie es machen wollen. Mit denen können Sie ja dann diskutieren.

Strache Heinz-Christian (FPÖ)

Ich sage es Ihnen gerne, ich sage es Ihnen gerne. Inflation, Teuerungswelle hat man alles negiert und hat die höchste Steuerbelastung heute. Und ich sagen Ihnen ganz offen, ich war der erste Politiker und ich kann Ihnen das dann auch nachweisen, ich habe ja hier die Daten, wer da wen kopiert, wann die Freiheitliche Partei welche Forderung im Parlament eingebracht hat und wann das BZÖ, dann nämlich meistens eine Woche, zwei Wochen später die gleiche Forderung erhoben hat. Da kann ich Ihnen dann gerne dieses Faktum auch mit auf den Weg geben. Aber der Punkt ist genau der. **Wir** haben gesagt, **wir** sehen nicht ein, dass die Mineralölsteuer so hoch ist, **wir** sehen nicht ein, dass es eine Mehrwertsteuer auf Benzin in der Höhe gibt, **wir** sehen nicht ein, dass der Finanzminister noch auf dem Leid von Kranken bei Medikamenten Mehrwertsteuer mitkassiert. Da sollte man doch bitte die Mehrwertsteuer abschaffen. **Wir** wollen bei Grundnahrungsmitteln auch die Mehrwertsteuer halbiert wissen. Da war ich jemand, der den ersten Antrag im Parlament zu dieser Thematik eingebracht hat und dann mir auch der Experte Felderer in der Zeit im Bild 2 Recht gegeben hat. Und plötzlich sind **alle** anderen Parteien draufgesprungen und haben das Gleiche gefordert. Und das wäre eine Sofortmaßnahme, die man sofort auch im Geldbörsel spürt. Aber das kann bitte nicht die alleinige Maßnahme sein.¹⁶⁶

(...)

Haider Jörg (BZÖ)

...darf ich Ihnen sagen, darf ich Ihnen sagen; Sie sehen alles nur parteipolitisch, Sie sind einfach, Sie sind wirklich eine Kopie von mir...

¹⁶⁵ https://aomlibrary-apa-at.uaccess.univie.ac.at/portal/restricted/text.htm?hist=3&action=gotoText&index=62&txtSession=egSLDMllg0gxktsXmH6cFFcbQFggVu0viP7ihrcI#show&key=MWVOLL_200808222115002865349&date=20080822 (28.05.2018).

¹⁶⁶ https://aomlibrary-apa-at.uaccess.univie.ac.at/portal/restricted/text.htm?hist=3&action=gotoText&index=61&txtSession=egSLDMllg0gxktsXmH6cFFcbQFggVu0viP7ihrcI#show&key=MWVOLL_200808222115002865350&date=20080822 (28.05.2018).

(...)

Strache Heinz-Christian (FPÖ)

...Herr Haider, Herr Haider, ich denke an Österreich, das ist der Unterschied...

Haider Jörg (BZÖ)

...nein, Sie sagen, der Dritte ist zum Ersten geworden. Ich rede über die Steuerreform...

Strache Heinz-Christian (FPÖ)

...nein, ich verrate die **Österreicher** nicht, ich stehe für die Inhalte, und ich werde von den Inhalten nicht abgehen.¹⁶⁷

(...)

Thurnher Ingrid (ORF)

...nein, und ich hätte folgende Frage an Sie. Sie wollen auch einen Gratiskindergarten, aber nur für österreichische Kinder. Und dann sagen Sie auch dazu, ausländische Kinder können ihn dann gratis bekommen, wenn sie sich verpflichten im Kindergarten einen Deutschkurs zu machen. Gilt das denn auch für ausländische Kinder, die vielleicht schon Deutsch können, oder gilt das auch für ausländische Kinder, deren Väter in Österreich ganz normal arbeiten, Steuern zahlen, in das Sozialversicherungssystem einzahlen und ansonsten auch keine weiteren Probleme verursachen? Oder wie wollen Sie das differenzieren?

Strache Heinz-Christian (FPÖ)

Schauen Sie, da waren ja auch **wir** die ersten, auch wenn das wieder anders dargestellt werden soll, Deutsch vor Schuleintritt. Das war immer eine freiheitliche Forderung. Und **wir** haben immer gesagt, **wir** wollen das Sozialsystem verändert wissen, insgesamt, das sprechen Sie jetzt auch richtigerweise und gut an, **wir** haben gesagt, warum bekommt heute **jeder**, der ab dem ersten Tag da ist, **alle** sozialen Sonderleistungen. Warum bekommt der Familiengeld, Kinderbeihilfe, soziale Wohnungen, obwohl er nicht einmal Staatsbürger ist. Und **wir** wollen das dänische Modell auf Österreich umgelegt wissen, dass **wir** sagen für Staatsbürger...

Thurnher Ingrid (ORF)

Stimmt ja gar nicht.

Strache Heinz-Christian (FPÖ)

...die Rechte geben für soziale Sonderleistungen, und **jeder** Nichtstaatsbürger soll Grundrechte haben. Soziale Grundrechte, auch selbstverständlich medizinische Grundrechte, aber doch nicht **alle** Sonderanspruchsmöglichkeiten. Und genau da ist der Punkt, und dann wundern **wir uns**, wenn das ganze **System** zusammenkippt, wenn der Sozialstaat nicht mehr finanzierbar ist...

Thurnher Ingrid (ORF)

Nein also...

¹⁶⁷ https://aomlibrary-apa-at.uaccess.univie.ac.at/portal/restricted/text.htm?txtSession=egSLDMllgOgxktsXmH6cFFcbQFqgVu0viP7ihrcI&hist=4&index=9&length=#show&key=MWVOLL_200808222115002865352&date=20080822 (28.05.2018).

Strache Heinz-Christian (FPÖ)

...weil heute **jeder** ab dem ersten Tag im Grunde genommen fast **alle** Leistungen nachgeworfen wird. Und genau dort müssen **wir** ansetzen, diesen Missbrauch abzustellen, der in den letzten Jahren entstanden ist.

(...)

Thurnher Ingrid (ORF)

Der Hintergrund meiner Frage ist ein ganz bestimmter, nämlich folgender: Wenn man sich das Papier von Ihnen durchliest, dann hat man irgendwie den Eindruck, egal ob jetzt Kindergarten oder was auch immer es ist, es kommt Ihnen weniger darauf an ob man als **Nicht-Österreicher**, wenn man so sagen will, etwas in den Sozialtopf einbezahlt, ob man Steuern zahlt in Österreich oder nicht, das ist für Sie irgendwie nicht das Auswahlkriterium, ob man auch Leistungen daraus beziehen kann, sondern es kommt immer auf die Nationalität an...

Strache Heinz-Christian (FPÖ)

Nein, das ist doch nicht richtig.

Thurnher Ingrid (ORF)

...egal zu welchen Punkt man hier sagen Sie: Aber nur für **Österreicher**.

Strache Heinz-Christian (FPÖ)

Das ist doch nicht richtig. **Wir** sagen...

Thurnher Ingrid (ORF)

Das können Sie gerne nachprüfen.

Strache Heinz-Christian (FPÖ)

Wir sagen, die Ungerechtigkeit, die **wir** heute erleben ist, dass jemand zu **uns** zugewandert ist, ein halbes Jahr arbeitet und quasi **alle** Leistungsansprüche hat. **Wir** sagen, der soll einmal...

Thurnher Ingrid (ORF)

Hat er nicht, er muss ein Jahr arbeiten, bevor er Arbeitslosengeld bekommt.

Strache Heinz-Christian (FPÖ)

...zwei, drei, fünf, sechs bis zehn Jahre arbeiten, damit dann stufenweise sein Leistungsanspruch steigt, bis er dann nach zehn Jahren Arbeit und Steuerleistung auch, wie **alle** anderen **Staatsbürger**, dann nach einer entsprechenden Leistung, nämlich einer Leistungsgerechtigkeit, auch Einzahlungsgerechtigkeit, dann **alle** Leistungsansprüche haben soll. Aber doch bitte nicht von Beginn an. **Wir** haben ja heute Situationen von...¹⁶⁸

(...)

¹⁶⁸ https://aomlibrary-apa-at.uaccess.univie.ac.at/portal/restricted/text.htm?txtSession=egSLDMllgOgxktsXmH6cFFcbQFqgVu0viP7ihrcI&hist=4&index=12&length=#show&key=MWVOLL_200808222115002865356&date=20080822 (28.05.2018).

Haider Jörg (BZÖ)

Also wenn Sie Missbräuche im Sozialsystem orten, dann müssen Sie es abstellen. Nur glaube ich, dass das ein bisschen verworren ist, was da rüber gekommen ist mit den Kindergärten, denn normalerweise müssten Sie es wissen, weil Sie sind ja auch Familienvater, wie das geht. Heißt also, man macht ja von der Schule, man kommt nicht hin zum Kindergarten und meldet sich und dann wird festgestellt, der kann die Sprache oder nicht, sondern es gibt ja geordnete Sprachstandserhebungen, die von der Schulbehörde rechtzeitig gemacht werden, auch für Kindergartenkinder. Und das machen **wir** in Kärnten, das heißt, **wir** machen Sprachstandserhebungen und haben in diesem laufenden Jahr bereits jetzt in Kärnten in mehr als 53 Gemeinden Pflichtkindergärten geführt, das heißt, das letzte Jahr vor Schulbeginn kann das Kind kostenlos im Kindergarten, dann ist das Kind kostenlos im Kindergarten, und ist verpflichtet dort an den Kindergarteneinrichtungen und den Programmen teilzunehmen, um die Sprachdefizite, um die Kommunikationsdefizite; und das ist unabhängig, ob das jetzt ein Kind von ausländischen Eltern ist oder ob das ein österreichisches Kind ist, weil **wir** wissen **alle**, dass auch **österreichische Kinder Probleme** in der Kommunikation haben, Sprachprobleme haben, und die Ausländerkinder brauchen es auch. Und **wir** haben 93 Prozent bisher erreicht, **wir** werden jetzt 100 Prozent erreichen, indem **wir** das Gesetz geändert haben und auch verpflichtend das erste Kind, das letzte Kindergartenjahr vor Schulbeginn eingeführt haben. Das heißt, auch hier ist Kärnten das erste Modell das zeigt, dass es geht, ja.

Thurnher Ingrid (ORF)

Aber Sie sind beide, haben wir gelernt, beide für einen totalen Zuwanderungsstopp, haben wir in Ihren Papieren nachgelesen.

Haider Jörg (BZÖ)

Na ja, man muss vielleicht noch etwas sagen zu der Sozialversicherungsgeschichte. Ich glaube das sollte man schon auseinanderhalten. Denn in der Sozialversicherung zählt ja ohnedies ein Leistungsprinzip. Das heißt, das was **wir** brauchen im Zuge der Reform ist, dass insgesamt dort, wo ich Beiträge zahle und keine Sozialsteuern zahle, quasi mit der Dauer der Beitragsleistung das Leistungsvolumen ansteigen kann. Dann habe ich also, ob Ausländer oder Inländer, je nachdem wie lange er arbeitet umso länger hat er einen Urlaubsanspruch, um so mehr hat er bei der Krankenkasse Leistungen, die er gewärtigen kann, und so weiter...¹⁶⁹

(...)

Strache Heinz-Christian (FPÖ)

Sie reden, Sie reden immer, Sie reden immer von Kärnten und da muss ich schon sagen, also Sie tun so als wäre Kärnten das Vorbild jetzt für ganz Österreich, das

Haider Jörg (BZÖ)

Na sicher, ja.

Strache Heinz-Christian (FPÖ)

Also ich sag schon ganz klar und deutlich: Wenn **wir** heute bei allen möglichen Statistiken die

¹⁶⁹ https://aomlibrary-apa-at.uaccess.univie.ac.at/portal/restricted/text.htm?txtSession=egSLDMllgOgXktsXmH6cFFcbQFqgVu0viP7ihrcI&hist=4&index=10&length=#show&key=MWVOLL_200808222115002865357&date=20080822 (28.05.2018).

Vergleiche der Bundesländer **uns** ansehen, dann ist die Arbeitslosenquote in Kärnten gerade im Bereich der Jugend keine wirklich Erfreuliche, wenn **wir** sehen, dass sie um 8,4 Prozent gestiegen ist im Vergleich zum letzten Jahr, ja. Und wenn **wir** erleben, dass es Sozialhilfe hier gibt.

Haider Jörg (BZÖ)

Wo haben Sie das her? Ja, ja, aber nicht von **uns**.

Strache Heinz-Christian (FPÖ)

Also das sind die offiziellen Statistiken, ja der Statistik Austria, ja. Und wenn **wir** feststellen müssen, dass Sozialhilfebezieher in Kärnten natürlich auch angestiegen sind, ja bitte mit um 89 Prozent gegenüber dem Zeitraum 1996 zu heute interessanterweise.

(...)

Strache Heinz-Christian (FPÖ)

Wenn Sie heute so tun, als wäre es schön für eine ältere Pensionistin, eine ältere Bäuerin sich bei Ihnen anstellen zu müssen und dann Ihnen die Hand reichen zu müssen damit sie vielleicht einmal einen Almosen-Hunderter bekommen kann, der ja schon als Gusi-Hunderter versprochen wurde, dann ist das sicherlich keine nachhaltige Sozialpolitik, das sag ich ganz offen. Und wenn heute über 90000 Kärntner an der Armutsgrenze leben, dann ist das auch nicht unbedingt ein Erfolgserlebnis wo Sie sagen können: Der Kärntner-Weg ist so überaus hervorragend. Dann sollte man schon auch bitte die Kirche im Dorf lassen und sollten sagen: Sie machen in Kärnten zum Teil eine gute Politik - das spreche ich Ihnen nicht ab. Sie sagen ja selbst, Sie wollen in Kärnten bleiben und treten jetzt für eine Bundeswahl an wo Sie selbst sagen: Eigentlich geh ich ins Parlament, ich bleib in Kärnten und da differenzieren die Kärntner schon auch.

(...)

Strache Heinz-Christian (FPÖ)

Ich trete an als Spitzenkandidat zur Nationalratswahl und ich geh ins Parlament - das versprech ich den **Österreichern**.

Haider Jörg (BZÖ)

Aber Sie haben ja.

Strache Heinz-Christian (FPÖ)

Und ich sag Ihnen ganz offen, Herr Haider: Ich war jetzt ein paar Wochenenden in Kärnten und ich hab viele Kärntner getroffen und hab auch wirklich interessante Gespräche geführt wo viele Kärntner gesagt haben: Herr Heinz-Christian Strache, es freut mich Sie persönlich zu treffen. Bei der kommenden Nationalratswahl kriegen Sie und die FPÖ **unsere** Stimme denn auf Bundesebene kann man mit der Freiheitlichen Partei Österreichs auch für die Kärntner Interessen in Richtung 20 Prozent viel viel mehr bewegen als wie wenn man jetzt da ein BZÖ wählt, das vielleicht drei, vier oder vielleicht fünf Prozent bekommt aber man sich nicht sicher sein kann ob es überhaupt im Parlament vertreten sein wird. Und das ist schon ein durchaus, eine interessante Differenzierung wo ich auch versteh, dass Sie aus rein taktischen Manövern nervös geworden sind - versteh ich - und deshalb jetzt gesagt haben, nachdem Ihnen der

verurteilte Parteiobmann Westenthaler abhanden gekommen ist, dass Sie jetzt als Spitzenkandidat ins Rennen gehen aber gleichzeitig wahrscheinlich die Frage sich stellt: Wer ist jetzt der Oberimker? Sind Sie das oder ist das der Herr Stadler? Wählt man Sie und bekommt dann Stadler oder wie sieht das am Ende aus? Und ich sag Ihnen, da geht es schon um Grundehrlichkeit und genau dieser Zick-Zack-Kurs, dieses permanente Polittheater, das und permanent die Bühne und Kostüme wechseln, das ist schon etwas, was die Menschen zutiefst - sag ich jetzt einmal - abstößt und abgestoßen hat auch die letzte Zeit und da unterscheiden Sie sich oftmals von roten und schwarzen Politikern gar nicht.¹⁷⁰

Haider Jörg (BZÖ)

Schauen Sie, wenn man sich diese Statistiken, die Sie hier genannt haben, anschaut, dann sind Sie absolut falsch, denn

Strache Heinz-Christian (FPÖ)

Ja. Das hat die Statistik gezeigt.

Haider Jörg (BZÖ)

die AMS-Statistik des Monats Juli zeigt Ihnen ganz genau, dass allein in Kärnten Jugendarbeitslosigkeit um über neun Prozent zurückgegangen ist. Das heißt, wenn Ihnen Ihre Redenschreiber was Falsches

Strache Heinz-Christian (FPÖ)

Ja, ja.

Haider Jörg (BZÖ)

aufschreiben, kann ich nichts dafür. Aber Kärnten hat in den letzten Jahren einen Zuwachs von 12409 Arbeitsplätzen, das heißt, das müssten Sie ja merken, wenn Sie dann und wann am Wochenende in Kärnten sind und sehen, dass sich da was tut; dass da gebaut wird - das **wir** den vierbesten

Strache Heinz-Christian (FPÖ)

Viele verzweifelte Kärntner.

Haider Jörg (BZÖ)

die viertbeste Reihung haben bei den Lehrplätzen, ja. Das heißt also, dieses Land entwickelt sich gut und das ist auch der Grund warum

Thurnher Ingrid (ORF)

Aber.

Haider Jörg (BZÖ)

viele Kärntner sagen: Diese Politik wollen **wir** auch auf Bundesebene umgesetzt wissen.

¹⁷⁰ https://aomlibrary-apa-at.uaccess.univie.ac.at/portal/restricted/text.htm?txtSession=egSLDMllg0gxktsXmH6cFFcbQFqgVu0viP7ihrcI&hist=4&index=13&length=#show&key=MWVOLL_200808222115002865358&date=20080822 (28.05.2018).

Thurnher Ingrid (ORF)

Aber, aber.

Haider Jörg (BZÖ)

Natürlich ist Ihnen unangenehm, wenn **wir** da kommen, weil da kommt jetzt einer, der sagt: Ich zeig s Euch, wie s wirklich geht.¹⁷¹

(...)

Strache Heinz-Christian (FPÖ)

Wir wollen Verantwortung übernehmen. **Wir** wollen **unsere** Inhalte zum Vorteil der **Österreicher** - nämlich die österreichischen Interessen - auch in einer Regierung umgesetzt wissen. Keine Frage!

Thurnher Ingrid (ORF)

Aber finden Sie jemand, das ist ja die ...

Strache Heinz-Christian (FPÖ)

Aber das ist entscheidend jetzt! **Wir** erleben, dass sowohl die ÖVP unter dem Herrn Molterer sagt: Eine bürgerliche Mehrheit wollen **wir** gar nicht, **wir** wollen lieber eine große Koalition weiter machen oder mit den Grünen eine Koalition bilden. **Wir** erleben ...

Thurnher Ingrid (ORF)

Das hat der Herr Molterer nicht so deutlich gesagt.

Strache Heinz-Christian (FPÖ)

Das hat der Herr Molterer sehr deutlich gesagt: Mit dieser FPÖ keine Koalition - eine Firewall bauen ...

Thurnher Ingrid (ORF)

Aber er hat nicht gesagt, dass er eine große Koalition unbedingt weiter haben will.

Strache Heinz-Christian (FPÖ)

Er hat gesagt: Entweder groß oder mit Grün - oder mit Grün in einer Dreivariante. Das war seine Aussage. Das heißt, er bevorzugt lieber linke Partner - ist interessant. Und Faymann hat das ähnlich gehandhabt: Er grenzt genauso aus, er hat die Vranitzky-Doktrin jetzt wieder ins Leben gerufen, wo er sagt: Mit dieser FPÖ keinen Tag. Das zeigt: Zwei Parteien, die **uns** in den letzten zwei Jahren als **Österreicher** wirklich eine Zumutung tagtäglich präsentiert haben, provozieren Neuwahlen mit zig Millionen Euro Kosten und gehen dann her und tun so, dass sie nämlich alles vorbereiten, um nach der kommenden Wahl weiter zu wurschteln wie bisher. Wo der Herr Faymann, der Herr Pröll schon sagen, sie wollen nach der Wahl wieder eine stabile große Koalition. Ja, was war denn daran stabil? Das heißt, diese Herrschaften sind so präpotent, dass sie nicht bereit sind umzudenken. Und ich glaube, das ist gerade die Chance auch am 28sten

¹⁷¹ https://aomlibrary-apa-at.uaccess.univie.ac.at/portal/restricted/text.htm?txtSession=egSLDMllgOgxktsXmH6cFFcbQFqgVu0viP7ihrcI&hist=4&index=5&length=#show&key=MWVOLL_200808222115002865359&date=20080822 (28.05.2018).

September, dass die **Österreicher** die Chance haben, diese präpotenten Herrschaften, die nicht bereit sind, die Interessen der **Österreicher** ernst zu nehmen, endlich umzudenken und auch keine Ausgrenzung zu leben - dass man hier etwas verändert. Und das kann man mit einer Stimme für die Freiheitlichen tun.¹⁷²

(...)

Strache Heinz-Christian (FPÖ)

Und das ist ja genau der entscheidende Punkt. Mir geht es um Charakter und Rückgrad, und das ist auch das, was die **Österreicher** in der Politik erwarten. Sie sind ja zu Recht, sie sind ja zu Recht politikverdrossen die **Österreicher**, weil sie genau diese Frotzelei, Versprechungen zu hören von Rot, Schwarz aber auch vom Herrn Haider seit Jahren und Jahrzehnten, er ist ja auch ein Altpolitiker und Chamäleon, und die Menschen mitbekommen haben, da gibt es Politiker, die haben ihre Chance gehabt, und haben das Gegenteil daraus gemacht. Und das ist zu Recht enttäuschend.

(...)

Thurnher Ingrid (ORF)

Meine Herren, Herr Strache, bitte, jetzt ist noch der Herr Haider bitte ganz kurz am Wort. Werden Sie Ihr Werben beenden hiermit mit dieser Absage, oder werden Sie es weiter versuchen?

Haider Jörg (BZÖ)

Ich glaube, das wird sich in der nächsten Zeit ergeben, denn es gibt da sehr viele prominente Freiheitliche, die in der nächsten Zeit mit **uns** gemeinsam arbeiten werden, das heißt beispielsweise, habe ich heute die Verpflichtung der Bundesgeschäftsführerin der FPÖ mitgenommen, die bei **uns** kandidieren wird und nicht mehr beim Herrn Strache, weil sie einfach nicht akzeptiert, dass man anders redet als handelt, dass man Frauen ungleich behandelt, dass sie als Bundesgeschäftsführerin gegenüber ihren Mitpartner diskriminiert ist, indem man einfach Frauen nicht wirklich gleichmäßig behandelt. In diesem Sinne also werden sehr viele Freiheitliche zu **uns** kommen, und ich glaube, dass **wir** eine gute, dass ich eine gute Politik in Kärnten gemacht habe, die es nicht notwendig macht diese primitiven Akzente, die Sie jetzt gesetzt haben, auch den **Österreichern** zu zeigen. Denn eines zählt immer noch: Handeln ist mehr als reden, und das tun Sie ja.¹⁷³

(...)

Das Gespräch zwischen Strache und Haider war eines der wohl wenigen populistischen Duelle in der österreichischen Geschichte. Auf den ersten Blick fällt vor allem die übermäßige Dominanz von Straches Aussagen auf. Im gesamten Gesprächsverlauf war zu beobachten, dass

¹⁷² https://aomlibrary-apa-at.uaccess.univie.ac.at/portal/restricted/text.htm?txtSession=egSLDMllgOgxktsXmH6cFFcbQFqgVu0viP7ihrcI&hist=4&index=17&length=#show&key=MWVOLL_200808222115002865360&date=20080822 (28.05.2018).

¹⁷³ https://aomlibrary-apa-at.uaccess.univie.ac.at/portal/restricted/text.htm?txtSession=egSLDMllgOgxktsXmH6cFFcbQFqgVu0viP7ihrcI&hist=4&index=14&length=#show&key=MWVOLL_200808222115002865362&date=20080822 (28.05.2018).

vor allem der Politiker der FPÖ sich mit populistischen Begriffen und Anspielungen gewehrt hat, während Haider sich mehr bedeckt hält. Die Strategie des Kärntner Landeshauptmanns lässt auf das Bild eines Staatsvaters schließen, der „seinen Kärntnern“ als Landeshauptmann zu Wohlstand verholfen hat und sich nun dem Rest der Österreicher zur Verfügung stellen will. Er argumentiert dabei sogar stellenweise sehr demokratisch und es fällt schwer, eine moralische Trennlinie für den Volksbegriff zu erahnen. So sagt er beispielsweise, dass auch österreichische Kinder Probleme mit Deutsch haben können und auch ausländische Kinder gleich behandelt werden sollen. Ihm gegenüber sitzt ein hoch aggressiver Strache, der Haiders Position als „Kärntner Heiland“ an der Wurzel angreift. Er meint, dass Angehörige des Kärntner „Volkes“ sich schon längst für ihn und seine FPÖ entschieden hätten und Haider nicht mehr sein „Volk“ vertritt. Er spricht ihm sozusagen die populistische Legitimation ab und beharrt darauf, der einzig wahre Vertreter der Österreicher zu sein. Haider sei nämlich falsch, habe kein Rückgrat und würde sich nicht der Verantwortung einer Staatsspitze stellen.

Im Grund begann die Diskussion darüber, wer wen kopiert, bis sie schließlich in eine Schlacht der Legitimation geendet hat. Haider zeigte sich nicht stark betroffen und versuchte, mit eher neutraleren Botschaften zu punkten, während Strache mit aller Macht versuchte, sich als einzige Führungsperson darzustellen. Strache schreckte nicht einmal davor zurück, seinem Kontrahenten vorzuwerfen, er sei ein Chamäleon – ein „Volksverräter“, der in Wirklichkeit mit Rot-Schwarz – also der großen Koalition – unter einer Decke stecke und genauso sei wie sie. Es ist zudem noch zu vermerken, dass Strache bereits hier mit Spiegelung und Erratik (siehe nächstes Kapitel) arbeitet, wobei er selbst nur sehr wenige konkrete, inhaltliche Vorschläge einbringt. Grob gesprochen war dieses Duell ein Wortgefecht zweier Generationen. Mit Haider kommt ein rhetorisch geschickter Redner ins Spiel, der einerseits sachliche Einwände parat hat und sich andererseits als den Vertreter des kleinen Mannes, jener ÖsterreicherInnen, die sich von der Politik verraten oder vergessen fühlen, inszeniert. Strache im Gegenzug greift aggressiv die legitimatorische Basis seines Kontrahenten an, spricht ihm seine moralischen Grundsätze ab und versucht, das Gespräch mittels Spiegelung und Erratik zu zerrütten. Müsste man diese beiden nun in einem populistischen Spektrum einordnen, so könnte man beim Kärntner Landeshauptmann von einem eher progressiven Populisten (2.2.3. *PopulistInnen in der Regierung*) reden. Haider wirkt, als sei er der Meinung, dass seine Errungenschaften in Kärnten auch für ganz Österreich hilfreich wären, und versucht nun, mehr Einfluss in der Bevölkerung zu erlangen. Strache hingegen punktet mit Erratik und einem Hang zu einer sehr autoritären Führung, weshalb dieser eher in dem reaktionären Teil des Populismus positionierbar ist.

3.3 Heinz-Christian Strache

Somit betritt mit „H.C.“ Strache ein ehemaliger Parteikollege Haiders das Rampenlicht. Dieser hat sich in Folge der Abspaltung des BZÖ von der FPÖ 2005 als neuer Bundesobmann der FPÖ durchgesetzt.¹⁷⁴ Seitdem führt er die Partei, war meist als drittstärkste Kraft im Parlament der Oppositionsführer und ist seit den Nationalratswahlen von 2017 als Vizekanzler von Österreich vereidigt. Wie bei seinem Vorgänger werden auch hier zwei markante Duelle beziehungsweise Teile von Fernsehdiskussionen auf Signalwörter überprüft. Es gilt herauszufinden, ob das Label des Populisten gerechtfertigt angewandt werden darf und wie sich seine persönliche Sichtweise in diesem Verständnis widerspiegelt.

Die erste hier behandelte Diskussion fand am 17.09.2013 im ORF statt. Der Anlass war die kommende Parlamentswahl und sein Kontrahent war Werner Faymann von der SPÖ.¹⁷⁵

(...)

Strache Heinz-Christian (FPÖ)

Ich sage ja, wer hat die Pensionisten verraten? Nämlich die Sozialdemokraten.

Thurnher Ingrid (ORF)

Was soll da Konkretes rauskommen?

Strache Heinz-Christian (FPÖ)

Schauen Sie, das muss man ja aufzeigen. Die **Menschen** sind ja zum Teil auch wirklich verärgert. Und ich sage, früher sind einmal sozialdemokratische Parteichefs zu internationalen Gewerkschaftskongressen gepilgert. Heute pilgern sie zu Bilderbergern und zu EU-Konzern-Interessenslagen, wo Sie heute gar nicht mehr die Arbeiterschaft und vor allen Dingen **die kleinen Leute** vertreten.

Thurnher Ingrid (ORF)

Sagen Sie uns doch, was Sie bei den Pensionen vor haben!

Strache Heinz-Christian (FPÖ)

Ich will eine Mindestpension. Ich will haben, dass nicht **Menschen** heute mit 800 Euro oder sogar darunter leben müssen –

Thurnher Ingrid (ORF)

Sondern?

Strache Heinz-Christian (FPÖ)

Weil Frauen, wenn sie an den Partner angerechnet werden teilweise sogar mit 350, 400 Euro ihr

¹⁷⁴ Vgl.: <http://gfx.sueddeutsche.de/apps/e865780/www/> (22.05.2018).

¹⁷⁵ Vgl.: https://www.youtube.com/watch?v=iwJhPQeiO_s&t=2217s (22.05.2018).

Leben fristen müssen.

Thurnher Ingrid (ORF)

Sondern?

Strache Heinz-Christian (FPÖ)

Das ist nicht sozial. Ich will 1 200 Euro Mindestpension brutto. Und das ist sicherzustellen. Und das ist ein Weg, wo ich hin will und wo **wir** auch wenn **wir** verantwortliche Politik machen würden und nicht unter dem Teppich nach Brüssel permanent hineingehen ohne Rückgrat, um dort dann Milliarden, zig Milliarden der österreichischen Steuergelder, ja, dort mit Haftungen zu binden und dann den **eigenen Leuten** zu erklären, ich habe leider für Euch Pensionisten, für Euch Pflegebedürftige, für Euch Familien kein Geld für die Inflationsanpassung. Und dann verlieren die **Menschen** da und erleben, dass sie sich bei Teuerungen das Leben immer weniger leisten können. Und dann kommt der Herr Faymann daher und sagt, Reallohnverluste, na geh, das stimmt ja alles nicht. Die **Menschen** sind doch eh vermögend, **wir** sind das drittreichste Land. Dann frage ich mich, dieses drittreichste Land erlebt folgendes -

Faymann Werner (SPÖ)

Auch falsch.

Strache Heinz-Christian (FPÖ)

Dass das Vermögen bei den **Menschen** nicht mehr ankommt, weil Sie es der **Bevölkerung** entziehen und keine gerechte Verteilung sicherstellen. Das ist der Grund.¹⁷⁶

(...)

Thurnher Ingrid (ORF)

Herr Strache, wir reden gleich über das Thema Steuern. Aber schauen Sie, Sie legen selber –

Strache Heinz-Christian (FPÖ)

Frau Thurnher, wir sollten über die **Probleme** der **Menschen** reden und nicht über Ihre Regie Vorgabe.¹⁷⁷

(...)

Strache Heinz-Christian (FPÖ)

Also bei aller Wertschätzung, Herr Faymann, ich weiß nicht, wer eine Selbsthypnose bei Ihnen ausgelöst hat. Ich sage nur, Applaus, es ist alles bestens. Die **Österreicher** werden Jubeltänze auf den Straßen feiern nachdem sie jetzt diese tollen Worte gehört haben. Ich meine, die Realität schaut ja anders aus. Reallohnverluste der unteren Einkommensschichten, der Arbeitnehmer bis zu 40 Prozent. Das sind die Realentwicklungen, die **wir** heute haben. Bei den Angestellten

¹⁷⁶ https://aomlibrary-apa-at.uaccess.univie.ac.at/portal/restricted/text.htm?txtSession=egSLDMllgOgxktsXmH6cFFcbQFqgVu0viP7ihrcI&hist=10&index=13&length=#show&key=MWVOLL_20130917_3290711&date=20130917 (22.05.2018).

¹⁷⁷ https://aomlibrary-apa-at.uaccess.univie.ac.at/portal/restricted/text.htm?txtSession=egSLDMllgOgxktsXmH6cFFcbQFqgVu0viP7ihrcI&hist=10&index=17&length=#show&key=MWVOLL_20130917_3290790&date=20130917 (22.05.2018).

genauso Reallohnverluste. Das heißt, Sie tun ja heute so als würde das nicht bei den **Menschen** spürbar sein. Das Gegenteil ist der Fall.

Faymann Werner (SPÖ)

Dann diskutieren wir heute über Politik!

Strache Heinz-Christian (FPÖ)

Und deshalb sollten wir doch genau darüber diskutieren. Und ich frage mich, warum Sie gerade bei den kleinen und mittleren Einkommen nicht endlich schon seit Jahren - wo es notwendig ist, nämlich seit Beginn der Finanzkrise und der Wirtschaftskrise, wo es notwendig wäre dagegen zu steuern - dort auch die Einkommenssteuer gesenkt haben. Dann hätten **wir** nämlich Konsum angekurbelt, Wirtschaftsplätze, also Arbeitsplätze geschaffen, Wirtschaft letztlich angekurbelt und hätten letztlich hier gegensteuern können.

Thurnher Ingrid (ORF)

Aber Herr Strache, was schon interessant ist, Sie werfen Ihrem Gesprächspartner immer vor, was er alles nicht getan hat, aber Sie bleiben uns immer schuldig -

Strache Heinz-Christian (FPÖ)

Ich hätte es ja getan, darum geht es ja, Frau Thurnher.

Thurnher Ingrid (ORF)

Aber Sie bleiben uns immer schuldig, Nein, aber Sie bleiben uns immer schuldig, konkret zu sagen, was Sie wollen.

Faymann Werner (SPÖ)

Entschuldigung, aber das wäre **uns** gar nicht eingefallen.

Strache Heinz-Christian (FPÖ)

Konkret die Eingangssteuern auf 25 Prozent für kleinere und mittlere Einkommensschichten auch senken. Den mittleren Steuersatz senken.

Faymann Werner (SPÖ)

Ah, **unsere** Forderung!

Strache Heinz-Christian (FPÖ)

Das ist aber nett, dass Sie jetzt **unsere** Forderung kopieren, nachdem Sie fünf Jahre nichts zustande gebracht haben ist wirklich lächerlich.¹⁷⁸

(...)

Strache Heinz-Christian (FPÖ)

Naja, schauen Sie. Die war selbstverständlich dort tätig. In der Sozialdemokratie ist sie Mitglied.

¹⁷⁸ https://aomlibrary-apa-at.uaccess.univie.ac.at/portal/restricted/text.htm?txtSession=egSLDMllgOgxktsXmH6cFFcbQFqgVu0viP7ihrcI&hist=10&index=21&length=#show&key=MWVOLL_20130917_3290869&date=20130917 (22.05.2018).

Und der Ehemann ist glaube ich sogar auf der Europäischen-Unions-Ebene Abgeordneter.

Thurnher Ingrid (ORF)

Bei Siemens wird sie bald nicht mehr tätig sein, haben wir heute erfahren.

Strache Heinz-Christian (FPÖ)

Aber das ist der entscheidende Punkt, und da sage ich, da muss man doch wenn man es ehrlich meint, doch ein bisschen anders auftreten und sagen, so geht es nicht. Und da muss man auch als Kanzler sicherstellen, dass man nicht eine **Marionette** von Konzernen und Banken ist, sondern die Interessenslagen der Arbeitnehmer und der Angestellten und der kleineren und mittleren Unternehmen in Österreich vertritt.¹⁷⁹

(...)

Strache Heinz-Christian (FPÖ)

...und Binnenmarktstärkung und das Geld war was wert und das war der Grund des Wohlstandes. Und heute haben wir das Gegenteil durch den Euro, indem das Geld weniger wert ist, gezielte und gesteuerte Niedrigzinsen Inflation verursachen und man sich auf dem Rücken der **Menschen** heute im wahrsten Sinne des Wortes bereichert. Und das wollen sie verdrehen? Da spürt doch **jeder Mensch**, dass Sie da falsch liegen!¹⁸⁰

(...)

Thurnher Ingrid (ORF)

Herr Strache, eine Frage noch an Sie. Sie haben ja immer wieder gesagt im Vorfeld dieser Wahl: Diese Wahl wird zur Volksabstimmung über den europäischen Rettungsschirm. Wenn jetzt, sagen wir mal, 80 Prozent Plus, Minus nicht die FPÖ wählen bei dieser Wahl, ist dann diese Volksabstimmung aus Ihrer Sicht gescheitert und **die Leute** sprechen sich mehrheitlich für diesen europäischen Rettungsschirm aus?

Strache Heinz-Christian (FPÖ)

Es ist in Wahrheit natürlich die **einzig**e Möglichkeit abzustimmen, weil man sonst Angst hat vor der direkten Demokratie und **dem Volk** nicht die Möglichkeit geboten hat, diese Entscheidung zu treffen. Und jetzt will man aber **die Stimme der Bevölkerung**, wo man sonst eigentlich sie nicht gerne mitreden lässt. Und das ist eben genau das was ich aufzeige. Und je stärker **wir** werden und ich sage der Herr Spindelegger hat sich da eh schon abgemeldet, je stärker **wir** werden, desto eher kann ein österreichischer Schutzmechanismus auch sichergestellt werden, dass SPÖ und ÖVP und Grüne **unsere österreichischen Rechte** nicht noch weiter letztlich ausverkaufen an eine zentralistisch-europäische Union. Weil das will nämlich **ein großer Teil der Österreicher** nicht und da werden auch immer mehr **Menschen** sehr, sehr kritisch dieser Entwicklung gegenüber, wenn Sie das alles als so schön und so toll darstellen. Und viele

¹⁷⁹ https://aomlibrary-apa-at.uaccess.univie.ac.at/portal/restricted/text.htm?txtSession=egSLDMllgOgxktsXmH6cFFcbQFggVu0viP7ihrcI&hist=10&index=23&length=#show&key=MWVOLL_20130917_3290979&date=20130917 (22.05.2018).

¹⁸⁰ https://aomlibrary-apa-at.uaccess.univie.ac.at/portal/restricted/text.htm?hist=10&action=gotoText&index=24&txtSession=egSLDMllgOgxktsXmH6cFFcbQFggVu0viP7ihrcI#show&key=MWVOLL_20130917_3291097&date=20130917 (22.05.2018).

Menschen haben da nicht nur Ängste, sondern die spüren auch bei sich persönlich ein Unbehagen, ja? Wenn man da hört, dass Neutralität in Frage gestellt wird und dass Souveränitätsrechte in Frage gestellt werden und das...¹⁸¹

(...)

Bis auf die letzte Stelle war das gesamte Duell recht seicht, wenn es um populistische Kernbegriffe geht. Was dafür auffällt, sind die verwendeten Methoden von „H.C.“ Strache, insbesondere die – wie schon gegen Jörg Haider angewandte – Spiegelung und Erratik (2.2.2.3 *Spiegelung und Erratik*). Die Stelle über den Plan der Steuerentlastung über die Einkommensteuer stellt ein Musterbeispiel für die Mechanismen der Spiegelung dar. Geht man den Hinweisen des Anti-Pluralismus nach, so findet sich dieser in der abweisenden Haltung gegenüber der EU und deren Steuerpolitik - ebenso der Anti-Elitismus. Strache spielt sehr mit den Begriffen von Arbeitnehmern und kleineren Gewerben – er setzt bei den nicht überaus wohlhabenden Wirtschaftszweigen an und beschwört dort die Zukunftsängste. Auch wenn es nirgends wortwörtlich erwähnt wird, sieht er sich respektive die FPÖ als diejenigen, die als einziger die Fähigkeit haben, die Bürger vor diesen Ängsten zu schützen. Besonders am Schluss verweist er auf diese Ängste und der Tatsache, dass es österreichische Rechte gibt, die die anderen Parteien nicht vertreten – jene Rechte, die anscheinend nur von der FPÖ wahrgenommen werden können. Hier liegt ein Wegweiser zum imperativen Mandat vergraben. Er gibt hier an, unterscheiden zu können. Weiters setzt er die kommende Wahl einem direkten Mandat gleich, da, wenn sich eine Mehrheit der Österreicher für ihn und seine Partei entscheiden, diese uneingeschränkt regieren sollen können. Wiederum wird hier nichts vom imperativen Mandat direkt erwähnt, da Strache nicht vorgibt, entscheiden zu können oder zu wollen, wer zum „Volk“ gehört; aber der Ansatz, dank einer errungenen Mehrheit absolut regieren zu können, ist ohne Zweifel populistisch. Es wird daher nötig, ein weiteres Duell zu untersuchen.

Das nächste Duell wurde am 10.10.2017 im ORF aufgenommen und spielte sich zwischen dem derzeitigen Bundeskanzler Sebastian Kurz und dem jetzigen Vizekanzler „H.C.“ Strache ab.¹⁸²

(...)

Strache Heinz-Christian (FPÖ)

¹⁸¹ https://aomlibrary-apa-at.uaccess.univie.ac.at/portal/restricted/text.htm?txtSession=egSLDMllgOgxktsXmH6cFFcbQFqgVu0viP7ihrcI&hist=10&index=20&length=#show&key=MWVOLL_20130917_3291253&date=20130917 (22.05.2018).

¹⁸² Vgl.: <https://www.youtube.com/watch?v=fjHMG3-Pylc> (23.05.2018).

Die Familie hat offensichtlich auch Ihnen gespendet, aber auch seit Jahren eben auch der SPÖ. Und dann gibt es nachweislich jetzt auch diese Geschäftsinteressen und Verbindungen, die ich vorher aufgezählt habe. Das ist keine Theorie, das ist Praxis. Und das zeigt, dass es hier offenbar rot-schwarze Verstrickungen an Geschäftsinteressen auch gibt, die sich dann auch natürlich mit Spenden da oder dort gegenüber Parteien auch herauskristallisieren - wo natürlich Erwartungshaltungen auch da sind. Und genau darum geht es: Ich will, dass Politik und Parteien nicht käuflich sind und dass wir **die Interessen der Österreicherinnen und Österreicher** im Vordergrund haben - die gilt es zu vertreten. Und nicht irgendwelche Geschäftsinteressen von Herrschaften...¹⁸³

(...)

Strache Heinz-Christian (FPÖ)

Herr Kurz, ich sage, im Gegenteil. Denn wenn es um das Erkennen von **Problemen** gegangen ist, haben **wir** nicht nur frühzeitig Problementwicklungen erkannt, sondern auch die richtigen Lösungen und Forderungen erhoben, um Problementwicklungen rechtzeitig zu verhindern und nicht auf Österreich zukommen zu lassen. Ich kann das nur zurückgeben. Ich hätte mir 2015 den Mut von Ihrer Seite erwartet, mich in meinen richtigen Lösungsvorschlägen zu unterstützen, als ich gefordert habe, die österreichischen Grenzen zu kontrollieren, zu schützen und rechtswidrige Zuwanderung auch zu verhindern. Das war nicht der Fall. Da müssen **wir** Orban Danke sagen, der damals die EU-Außengrenzen geschützt hat. Und es waren auch Sie, der als Integrationsminister versagt hat, das ist Ihre Verantwortung der letzten sieben Jahre. Ich meine, Sie haben auch gesagt: "Der Islam gehört selbstverständlich **zu Österreich**". Das war etwas, das Sie festgehalten haben, neben den Sätzen: Wir brauchen mehr Willkommenskultur - auch das haben Sie gesagt. Ich sage nein, der Islam gehört **nicht zu Österreich**. Und **wir** wollen auch keine Islamisierung Österreichs und **wir** wollen vor allen Dingen auch nicht das haben, was sich in allen Studien jetzt bestätigt, dass nämlich ein hoher Prozentsatz der **Menschen**, die man da unverantwortlicherweise auch herein gelassen hat, den Antisemitismus wieder in Österreich auch entsprechend verschärft haben. Und wenn Sie darüber hinaus auch noch gesagt haben: "Der durchschnittliche Zuwanderer ist gebildeter, als der durchschnittliche **Österreicher**." Auch das haben Sie gesagt, auch wenn Sie sich bei den letzten Diskussionen nicht daran erinnern wollten, dann ist das einfach nicht schön gegenüber der **österreichischen Bevölkerung**. Noch dazu, wenn man festhalten muss, dass das, was man immer behauptet hat, nicht stimmt. Es sind leider nicht nur Ärzte, Physiker, Chemiker gekommen, sondern leider oftmals **Menschen**, die kaum eine Schulausbildung haben. Und ich sage, der Höhepunkt ist dann für mich - weil da stelle ich mir etwas anderes in der Integration vor - wenn Sie dann auch noch den Islamischen Opferfest jetzt im September auch alles Gute gewünscht haben, wo es in Österreich massive Fehlentwicklungen gibt, nämlich rechtswidrige, grausame Tierschächungen, Tierquälereien, die quer durch Österreich in der Steiermark und anderswo stattgefunden haben, dann ist das nicht mein Integrationsverständnis. Dann würde ich mir einmal erwarten, dass man hier auch sagt, hier **in Österreich** gibt es Regeln. (...).¹⁸⁴

¹⁸³ https://aomlibrary-apa-at.uaccess.univie.ac.at/portal/restricted/text.htm?txtSession=egSLDMllgOgxktsXmH6cFFcbQFqgVu0viP7ihrcI&hist=11&index=10&length=#show&key=MWVOLL_20171010_8938795&date=20171010 (22.05.2018).

¹⁸⁴ https://aomlibrary-apa-at.uaccess.univie.ac.at/portal/restricted/text.htm?txtSession=egSLDMllgOgxktsXmH6cFFcbQFqgVu0viP7ihrcI&hist=11&index=15&length=#show&key=MWVOLL_20171010_8938845&date=20171010 (22.05.2018).

(...)

Strache Heinz-Christian (FPÖ)

Da möchte ich ansetzen, denn da bin ich ja bei Ihnen, dass es notwendig wäre, gerade wenn Österreich den EU-Ratsvorsitz übernimmt, auch die notwendigen Reformschritte einzuleiten. Und ich sage ganz bewusst: Wer Europa im Herzen hat, der muss Fehlentwicklungen der europäischen Institutionen auch kritisieren und ich sage, **wir** sind österreichische Patrioten, **wir** sind auch Europäer, wir stehen auch zum europäischen Friedensprojekt, aber **wir** sind kritisch gegenüber der EU-Institution mit manchen zentralistischen Fehlentwicklungen. (...). Ich sage ganz bewusst, wenn man da heute hergeht und CETA und TTIP vor der Tür hat, ja, wo **wir** ja eine wundervolle und gut funktionierende Landwirtschaft haben mit qualitativ hochwertigen Produkten, ja und da die Gefahr besteht, ja, dass hier die Bauern weiter unter Druck kommen, aber auch **unsere** Lebensmittel weiter unter Druck kommen, wo wir heute schon - weil der Handel Preisabsprachen macht offensichtlich - um 20 bis 30 Prozent höhere Lebensmittelpreise haben als die Bayern, dann läuft da einiges schief und dann wollen **wir**, dass bei CETA und TTIP sehr wohl eine Volksabstimmung sichergestellt wird im **Interesse der Österreicherinnen und Österreicher**, weil **wir** nicht haben wollen, dass durch private Schiedsgerichte am Ende die Umweltschutzkriterien die hohen die **wir** haben aber auch die Arbeitnehmerschutzkriterien und letztlich auch die Tierschutzkriterien vielleicht ausgehebelt werden können.¹⁸⁵

(...)

Leitner Tarek (ORF)

Herr Kurz, ich muss Sie jetzt wirklich unterbrechen.

Strache Heinz-Christian (FPÖ)

Zurück, zurück, zurück zu den Realitäten.

Kurz Sebastian (ÖVP)

Ich glaube, in dem Bereich wäre das sehr angebracht.

Leitner Tarek (ORF)

Auch weil Sie zeitlich sehr weit vorne sind. Herr Strache kann da jetzt kurz darauf reagieren.

Kurz Sebastian (ÖVP)

Entscheidend ist, entscheidend ist-

Leitner Tarek (ORF)

Kann jetzt kurz darauf reagieren, mit welchen Partnern er sich einlässt.

Strache Heinz-Christian (FPÖ)

Wir sind mit Ministerpräsident Orban ja, der ja mit Ihnen in einer europäischen Fraktion sitzt, in sehr, sehr vielen Dingen inhaltlich einer Meinung.

¹⁸⁵ https://aomlibrary-apa-at.uaccess.univie.ac.at/portal/restricted/text.htm?txtSession=egSLDMllgOgXktsXmH6cFFcbQFqgVu0viP7ihrcI&hist=11&index=13&length=#show&key=MWVOLL_20171010_8938988&date=20171010 (22.05.2018).

Kurz Sebastian (ÖVP)

Sie kriegen ja nicht einmal einen Termin bei ihm Herr Strache.

Strache Heinz-Christian (FPÖ)

Glauben Sie mir, ich habe ihn schon mehrfach getroffen, ja.

Kurz Sebastian (ÖVP)

Das letzte Mal wollten Sie und er hat Sie nicht einmal empfangen.

Strache Heinz-Christian (FPÖ)

Und **wir** haben, ja, **wir** haben **uns** schon mehrfach getroffen.

Kurz Sebastian (ÖVP)

Aber ich kann Ihnen helfen, dass Sie einen Termin bekommen, wenn Sie wollen.

Strache Heinz-Christian (FPÖ)

Nein, da brauchen Sie mir nicht helfen, da brauche ich Sie nicht dazu, glauben Sie mir. Aber entscheidend ist, was Sie vorher gesagt haben ist falsch. Natürlich bedeutet CETA und das muss noch ratifiziert werden und da wollen wir eine Volksabstimmung **in Österreich** sicherstellen, da wollen **wir** nicht haben, dass **wir** wieder über die Interessen der österreichischen Landwirtschaft, ja und der guten Qualität auch **unserer** Produkte drüber fährt, die haben eh schon genug Schaden durch die Russland-Sanktionen, wo Sie sich leider nicht neutral verhalten haben, ja. Da ist schon ein Schaden von über 1,5 Milliarden Euro pro Jahr gerade für die Landwirtschaft **in Österreich** der Fall. Und ich denke, gerade hier wird eines sichtbar, dass man da doch offenbar den großen Konzernen wie Monsanto, Bayer et cetera sich verpflichtet fühlt als der **eigenen Bevölkerung**. Weil Freihandel will **jeder**, das ist außer Streit gestellt. Aber die Regelungen, die gesetzlichen Regelungen zum Schutz der **österreichischen Bevölkerung**, der Landwirtschaft, das sind entscheidende Faktoren. Und da wollen **wir** nicht über die Hintertür dann Gen-Technik und andere Entwicklungen haben, wo dann am Ende auch TTIP über die Hintertür nämlich dann einkehrt.¹⁸⁶

(...)

Strache Heinz-Christian (FPÖ)

Nein, es geht überhaupt nicht um Posten und Eitelkeiten, im Gegenteil -

Leitner Tarek (ORF)

Nein, aber diese Ressorts, nennen wir es diese Themenressorts.

Strache Heinz-Christian (FPÖ)

Nein, nein, weil Sie das so herunterbrechen, ja. Es geht überhaupt nicht um Posten und Eitelkeiten, es geht darum, dass **wir** als Kraft der Veränderung die **einzig glaubwürdige** Kraft einer Veränderung sind. **Wir** sind ja als gelernte **Österreicher** in der Situation, dass **wir** ja den

¹⁸⁶ https://aomlibrary-apa-at.uaccess.univie.ac.at/portal/restricted/text.htm?txtSession=egSLDMllgOgxktsXmH6cFFcbQFqgVu0viP7ihrcI&hist=11&index=12&length=#show&key=MWVOLL_20171010_8939007&date=20171010 (22.05.2018).

Streit, der auch jetzt vor dieser Wahl zwischen Rot und Schwarz gelebt und geführt wird, den kennen wir ja. 2008, 2013 auch erlebt und nachher haben sich die beiden wieder eingehängt. Und das ist ja genau der Punkt.

Leitner Tarek (ORF)

Ja, meine Frage war: Warum diese Bereiche?

Strache Heinz-Christian (FPÖ)

Und wir wollen unsere Inhalte aus eine Position, ich sage hoffentlich auch mit der Kraft, die uns die Österreicher geben, damit man uns nicht mehr ausgrenzen kann, damit man mit uns auch verhandeln muss und hoffentlich dann auch unsere Inhalte wir in einem Regierungsprogramm durchsetzen können und dann braucht es natürlich gerade als soziale Heimatpartei natürlich die soziale Verantwortung, die man in einer Regierung sicherstellt, aber auch als Sicherheitspartei das jeweilige Ressort, um dann auch eine österreichische Grenzsicherung aber auch Rückführungsabkommen, die bis dato nicht funktioniert haben, wo viele rechtswidrig Aufhältige nicht abgeschoben werden, sind da zu denken, ja.

(...)

Strache Heinz-Christian (FPÖ)

Ich habe Ihnen einen Notariatsakt vorgelegt, dass Sie ausschließen hätten können eine Fortsetzung schwarz-rot, waren Sie nicht bereit. Ich kann Ihnen nur heute sagen: blau-rot ist auszuschließen, denn es gibt einen aufrechten SPÖ-Beschluss, der diese Zusammenarbeit kategorisch ausschließt. Herr Kurz, das ist der Unterschied ...

Leitner Tarek (ORF)

Gut. Damit hört . Sie werfen einander -

Strache Heinz-Christian (FPÖ)

... das ist der Unterschied zwischen uns beiden: Sie wollen in Wahrheit die Menschen in der Frage täuschen und ich sage: Die Menschen sollten nicht aufwachen am 16. mit schwarz-rot, da kann nur die FPÖ-Stimme richtig stellen.¹⁸⁷

Dieses Duell wurde insbesondere von einem oft wiederholten „wir“ geprägt. Die Frage, die es jetzt zu lösen gilt, ist, ob es sich um ein populistisches „wir“ handelt. Es ist klar, dass „H.C.“ Strache sehr oft dieses „wir“ als einen Stellvertreter für die FPÖ verwendet. Dies ist so zu verstehen, dass etwa die FPÖ die Lösung für all die oben erwähnten Ungereimtheiten und Ängste hat. Im Laufe des Duells wird es jedoch immer wahrscheinlicher (etwa an der Stelle mit der EU und CETA/TTIP), dass Strache nicht nur für die Partei, sondern für alle Österreicher zu sprechen meint. Er scheint genau zu wissen, was die Österreicher wollen und was nicht. Des Weiteren wird vor allem im letzten Absatz klar, dass – im Umkehrschluss – nur die FPÖ, nur

¹⁸⁷ https://aomlibrary-apa-at.uaccess.univie.ac.at/portal/restricted/text.htm?txtSession=egSLDMllgOgxktsXmH6cFFcbQFqgVu0viP7ihrcI&hist=11&index=16&length=#show&key=MWVOLL_20171010_8939148&date=20171010 (22.05.2018).

Strache die Menschen nicht belügt. Er deutet hier an, dass eine Stimme für die FPÖ eine Stimme für die Wahrheit ist. Dies verstärkt sich ungemein durch seine angedeutete Nähe zu Viktor Orbán. Hier handelt es sich – wie bereits ausführlich erläutert – um einen Populisten (2.2.3.1 *Ungarn und Polen*), und der Umstand, dass Strache demonstrativ seine gute Beziehung zu dem vermeintlichen Beschützer der EU-Außengrenzen bezeugt, zeichnet ein sehr populistisches Bild. Aus diesen gewichtigen Anzeichen, dass der derzeitige Vizekanzler sein Amt im Auftrag des imperativen Mandats ausüben will, lässt sich schließen: Strache bedient sich mit großer Wahrscheinlichkeit einer reaktionär-populistischen Weltsicht. Unklar ist zum jetzigen Zeitpunkt noch, welche Konsequenzen das für die aktuelle Regierung und ihre Politik sowie ihren Fortbestand haben wird.

Eine erste mögliche Auswirkung findet sich in der Debatte um das totale Rauchverbot. Während das Volksbegehren in den ersten Tagen immer weiter an Fahrt aufgenommen hatte¹⁸⁸, schien es erst so, als ob der Vizekanzler für dieses brandheiße Thema im „Volk“ vorerst nicht an eine Volksabstimmung denken wollte.¹⁸⁹ Mit der Zeit wurden jedoch die Rufe nach einer Abstimmung aus der Bevölkerung lauter. Der nächste Schritt war eine Relativierung: Sollte das Volksbegehren 900.000 Unterschriften sammeln, so gäbe es die Abstimmung. Zufällig kam diese Nachricht am selben Tag, an dem das Verbot im Parlament gekippt wurde.¹⁹⁰ Das ergibt nun folgendes Bild: Zunächst verwehrte Strache – unter Verweis auf den Regierungsvertrag – dem „Volk“ die gewünschte Abstimmung, die das Verbot hätte aufrecht erhalten können; erst an jenem Tag, an dem im Parlament schlussendlich das Rauchverbot aufgehoben wurde, vollzog der Vizekanzler dann die Kehrtwende, beugte sich plötzlich wieder dem Willen des „Volkes“ und verkündete, dass es sehr wohl eine Volksabstimmung geben werde, sofern die Unterstützer des Volksbegehrens 900.000 Unterschriften sammeln könnten. Hier ist wieder die Erratik am Zug, da er seine Meinung je nach Lage zu ändern scheint. Zuerst galt es, das Bild einer stabilen, einigen Regierung zu erzeugen, und sobald der Widerstand in Form der Parlamentsabstimmung überwunden war, wurde eine Kehrtwende eingeschlagen und natürlich auf das „Volk“ gehört. Dieses Muster zeigt sich in vielen populistischen Regierungen: sich die Sachen so hinzustellen, wie man sie im Moment braucht. Spannend wird es sein, zu beobachten, ob sich dieses Hin-und-Her-Mäandern zwischen öffentlicher Meinung und politischer Linie langfristig halten kann.

¹⁸⁸ Vgl.: https://diepresse.com/home/innenpolitik/5373521/AntiRauchenVolksbegehren_Hohe-fuenfstellige-Unterschriftenzahl (25.05.2018).

¹⁸⁹ Vgl.: <http://www.nachrichten.at/nachrichten/politik/innenpolitik/Strache-Keine-Volksabstimmung-vor-2021;art385,2821385> (22.05.2018).

¹⁹⁰ Vgl.: <http://orf.at/stories/2431237/2431231/> (22.05.2018).

3.4 Norbert Hofer

Norbert Hofer erschien erstmals während des Wahlkampfs um die österreichische Bundespräsidentschaft 2016 im Zentrum der politischen Bühne. Der lange geführte Wahlkampf – nach dem ersten Wahlgang musste eine Stichwahl ausgetragen werden; diese wiederum wurde nach einer Wahlanfechtung durch die FPÖ wiederholt, sodass das Stichwahlergebnis erst sieben Monate nach dem ersten Wahltermin feststand – gipfelte in mehreren Fernsehdiskussionen zwischen ihm und seinem Kontrahenten Alexander Van der Bellen. Genau jene Duelle stellen hier die Grundlage der Analyse dar.

Als Start dient eine Transkription aus der Diskussion vom 15.05.2016 auf ATV.:¹⁹¹

(...)

Hofer Norbert (FPÖ)

Also, genau **uns** zu sagen, wie **wir Österreicher** wählen sollen, das ist die eine Sache. Und ich meine damit auch vor allem den Weg der direkten Demokratie. Ich glaube, dass Österreich durchaus sich auf einen Weg begeben kann, wie auch in der Schweiz, dass die **Menschen** viel mehr auch abstimmen können über sachpolitische Inhalte, weil dann auch das Interesse an den politischen Inhalten immer größer werden wird. Und jetzt werfen Sie mir vor, ein autoritäres Verständnis, wenn ich sage, die **Menschen** sollen mehr eingebunden werden, die **Menschen** sollen mehr mitbestimmen können? Ja, und es stimmt, ich bin nicht Heinz Fischer. Das bin ich nicht. Und ich will auch nicht Heinz Fischer sein, weil **jeder Mensch** anders ist, weil **jeder** sein eigenes Amtsverständnis hat und sein Amt anders ausübt. Aber eines kann ich Ihnen sagen, ich werde dieses Amt mit großem Verantwortungsgefühl ausüben. Und ich weiß genau, dass in dieser wichtigen Funktion für Österreich jede Entscheidung ganz, ganz wichtig ist. Und bei Ihnen habe ich das Gefühl, dass Sie eher so ein Lebensverlängerer des **Systems** sein wollen. Ich habe mir Ihre Unterstützungsliste auch angeschaut, das sind also drei ehemalige **ÖVP-Leute**, ja - **ÖVP-Obleute** sogar -, die einfach nur bekannt geworden sind, weil sie Wahlen verloren haben und dann vom **System** aufgefangen worden sind. Und genau dieses **System** fühlt sich unwohl, wenn jetzt jemand kommt und von den **Menschen** gewählt wird und sagt, das **System** ist mir nicht wichtig, mir sind die **Menschen** wichtig. Das ist der große Unterschied. Und damit darf ich das Wort wieder an Sie weitergeben, Herr Doktor. ¹⁹²

(...)

¹⁹¹ Vgl.: <https://www.youtube.com/watch?v=AEo6NrhQF3sgI>. (22.05.2018).

¹⁹² https://aomlibrary-apa-at.uaccess.univie.ac.at/portal/restricted/text.htm?txtSession=egSLDMllgOgxktsXmH6cFFcbQFqgVu0viP7ihrcI&hist=12&index=3&length=#show&key=ATVVOLL_20160515_6868929&date=20160515 (22.05.2018).

Hofer Norbert (FPÖ)

Herr Van der Bellen, ich brauche keine **Leute** aus Europa, die sagen, ich soll gewählt werden.

Van der Bellen Alexander (parteilos)

Aber Sie brauchen es.

Hofer Norbert (FPÖ)

Nein, ich brauche die **Menschen in Österreich**. Wenn Sie wollen, dass die Europäer wahlberechtigt werden ...

(...)¹⁹³

Hofer Norbert (FPÖ)

Der große Unterschied zwischen **uns** beiden ist ja der ...

Van der Bellen Alexander (parteilos)

... das ist ganz schwierig.

Hofer Norbert (FPÖ)

Der große Unterschied ist ja der, ...

Van der Bellen Alexander (parteilos)

Jetzt kommt es.

Hofer Norbert (FPÖ)

... ja, das kommt, ja. Dass ich immer einer sein werde, der auf Österreich schaut und das werden Sie nicht sein. Sie werden Ihren **Freunden** verpflichtet sein, dem Herrn Juncker, dem Herrn Schulz, auch dieser Haute Volee der ehemaligen ÖVP-Größen, die die ÖVP an die Wand gefahren haben. Das ist Ihr Netzwerk dann in der Hofburg, genau diese **Leute**.

(...)

Van der Bellen Alexander (parteilos)

3000 Unterstützer, von denen manche schon geleistet haben enormes [sic!] im Leben. Andere sich abrackern ...

Hofer Norbert (FPÖ)

Ach, und die 1,5 Millionen Wähler, die mich gewählt habe, die haben nichts geleistet?

Van der Bellen Alexander (parteilos)

... als Bürokaufleute und so weiter, die ...

Hofer Norbert (FPÖ)

¹⁹³ https://aomlibrary-apa-at.uaccess.univie.ac.at/portal/restricted/text.htm?txtSession=egSLDMllgOgxktsXmH6cFFcbQFqgVu0viP7ihrcI&hist=12&index=2&length=#show&key=ATVVOLL_20160515_6868986&date=20160515 (22.05.2018).

Der Herr Pröll ist ein Bürokaufmann? Und der Herr Busek?

Van der Bellen Alexander (parteilos)

Haben Sie mir jetzt nicht zugehört?

Hofer Norbert (FPÖ)

Wir haben ja gesprochen.

Van der Bellen Alexander (parteilos)

Es gibt berühmte **Menschen** in meinem Personenkomitee, bei meinen Unterstützern und es gibt gar nicht berühmte, die sich im Büro als Handwerker irgendwo irgendwie durchkommen. Ja, das sind meine Unterstützer. Aber dass Sie **alle** diese **Leute** als Haute Volee heruntermachen, auf gut Deutsch Schickeria, das bezeichne ich als Schweinerei, echt.

Hofer Norbert (FPÖ)

Aber Sie sind ein **Kandidat der Schickeria** Herr Van der Bellen. Das ist der große Unterschied.

Van der Bellen Alexander (parteilos)

Das glaubt Ihnen kein **Mensch**.

Hofer Norbert (FPÖ)

Ich bin ein **Kandidat der Menschen**, das ist der ganz, ganz große Unterschied.

Van der Bellen Alexander (parteilos)

Ja, ja, meine Unterstützer sind **alle** keine **Menschen**.

Hofer Norbert (FPÖ)

Der Rapper Nazar, die Frau Rauch-Kallat, der Herr Pröll, der Herr Busek, der die internationale gesungen hat.

Van der Bellen Alexander (parteilos)

Sind keine **Menschen**? Und Sie wollen für den Zusammenhalt in Österreich arbeiten, wenn **alle** diese **Menschen**, ich behaupte, es sind **Menschen**, Sie bestreiten das.

Hofer Norbert (FPÖ)

Wer sagt denn, dass ich das bestreite? Das sind auch **Menschen**.

Van der Bellen Alexander (parteilos)

Bei mit [sic!] sind die Schickeria und bei Ihnen sind die **Menschen**?

Hofer Norbert (FPÖ)

Es ist die Schickeria.

Van der Bellen Alexander (parteilos)

Ja, machen Sie sich doch nicht lächerlich.

Hofer Norbert (FPÖ)

Es ist die Schickeria. Herr Van der Bellen, es ist die Schickeria. Ich weiß, dass hören Sie nicht gerne. Aber es ist ein großer Unterschied zwischen mir und Ihnen. Sie brauchen unbedingt diese Unterstützer, diese berühmten Namen Pröll, Rauch-Kallat, Busek - Molterer war auch noch dabei. Der Molterer war auch noch dabei.

Van der Bellen Alexander (parteilos)

Von der ÖVP. Die SPÖ haben Sie jetzt noch vergessen.

Hofer Norbert (FPÖ)

Genau, ich habe mir die Postings auf der Presse angesehen - die wirklich bürgerlichen sind empört. Herr Busek hat die Internationale gesungen. Hätte von der ÖVP schon ausgeschlossen werden sollen.

Van der Bellen Alexander (parteilos)

Ich bin stolz darauf ...

(...)

Van der Bellen Alexander (parteilos)

... so viele **Menschen** aus Kunst und Kultur, aus der Wissenschaft, ja, und auch aus der früheren Politik bei mir zu haben, als Unterstützer.

Hofer Norbert (FPÖ)

Lauter Wahlverlierer - Faymann.

Van der Bellen Alexander (parteilos)

Arbeiter, Handwerker, Polizisten, **Menschen** von der MA 48 - darauf bin ich wirklich stolz.

Hofer Norbert (FPÖ)

Und ich werde **für die Österreicher** da sein und das ist der große Unterschied. Ich werde ein Präsident **für die Österreicher** sein und nicht der Präsident der Schickeria.¹⁹⁴

Bei dieser Diskussion ohne Moderator wird am rhetorischen Stil Hofers ersichtlich, dass er darauf bedacht ist, Grenzen zu ziehen: eine Trennlinie zwischen seinen WählerInnen und dem Rest. Gegen Ende hin arbeite er auf einen Unterschied zwischen dem/der österreichischen BürgerIn und der europäischen Schickeria hin. Diese gehört nicht zum Volk, versucht mittels Van der Bellen an der Macht zu bleiben und umschließt – wie der Name schon sagt – nur den wohlhabenden Teil der Gesellschaft. Diese Ansicht ist sowohl anti-pluralistisch, als auch anti-elitär. Es ist eine Kampfansage an die europäischen Angreifer, die den österreichischen Staat und dessen StaatsbürgerInnen dominieren wollen. Überraschend ist, dass Hofer sogar Van der

¹⁹⁴ https://aomlibrary-apa-at.uaccess.univie.ac.at/portal/restricted/text.htm?txtSession=egSLDMllgOgxktsXmH6cFFcbQFqgVu0viP7ihrcI&hist=12&index=6&length=#show&key=ATVVOLL_20160515_6869507&date=20160515 (22.05.2018).

Bellen vorwirft, sich nur um seine Freunde zu kümmern. Damit ist die Aussage impliziert, dass er nicht für alle steht und eben jener Agent der Schickeria ist. Das Bild, das durch dieses etwas hektische Duell entstanden ist, zeigt einen Mann, der von sich behauptet, gegen die äußeren und inneren „Gefahren“ vorgehen zu wollen, seien dies nun ehemalige oder aktive Politiker anderer Parteien oder die Europäische Union. Hat er das imperative Mandat verinnerlicht? Es scheint so – immerhin meint er, zwischen den ÖsterreicherInnen und der Schickeria unterscheiden zu können. Dennoch reicht diese eine Diskussion nicht, um die Hypothese zufriedenstellend beantworten zu können.

Der Höhepunkt der Wahlduelle zur Bundespräsidentenwahl 2016 war die letzte Konfrontation der beiden Kontrahenten am 19.05.2016 im ORF.¹⁹⁵

Thurnher Ingrid (ORF)

Gut, dann bleiben wir gleich bei der Werbung im Internet, weil das isst [sic!] schon etwas was bei Ihnen, Herr Hofer, sehr auffällig ist. Wenn man da reinschaut hat man das Gefühl, dass ... Das riecht so ein bisschen nach Alleinherrscher. Da steht zu lesen, dass Sie als **einzigster die Menschen** vor Ausbeutung schützen, Ungerechtigkeiten abschaffen, Arbeitsplätze schützen, Zwei-Klassen-Medizin verhindern, das Bargeld erhalten, Mietwucher bekämpfen und und und. Ich könnte jetzt noch lange weiterreden. Versprechen Sie da nicht lauter Sachen, von denen Sie genau wissen, dass Sie sie als Bundespräsident nicht halten können?

Hofer Norbert (FPÖ)

Wissen Sie, das sind alles Themen, die Sie angesprochen haben, wo die **Menschen** wirklich große **Sorgen** haben.

Thurnher Ingrid (ORF)

Eh.

Hofer Norbert (FPÖ)

Also genau das was **die Österreicher** betrifft und worunter sie leiden. Sinkende Kaufkraft, hat auch der Bundeskanzler heute zugegeben, dass **wir** seit fünf Jahren eine real sinkende Kaufkraft in Österreich haben. Das heißt, die **Menschen** werden ärmer. **Wir** haben riesige **Probleme** bei den alleinerziehenden Müttern, ja, die oft nicht wissen, wie sie über die Runden kommen. Auch bei den Vätern, die Alimente zahlen. Also in ganz ganz vielen Bereichen. Und der Bundespräsident muss als **einzigster** Bundespolitiker, der direkt von den **Menschen** gewählt worden ist, auch dieses große Vertrauen - denn er hat ja von den **Menschen** dieses Vertrauen bekommen, damit er das auch einsetzt, positiv einsetzt - er muss in enger Zusammenarbeit mit der Regierung und mit dem Parlament auch genau diese Themen gemeinsam abarbeiten. Da muss ein enger Kontakt sein und muss sich bemühen, dass diese **Probleme** gelöst werden.

Thurnher Ingrid (ORF)

Wollen wir es nur noch einmal genau. Er ist **der einzige** - steht auf Ihrer Homepage - er ist **der**

¹⁹⁵ Vgl.: <https://www.youtube.com/watch?v=OvlnYzjqbmU&t=3s> (22.05.2018).

einzig, der die Menschen vor Ausbeutung schützt, der Ungerechtigkeiten abschafft. Also ich meine, ein bisschen bei der Wahrheit bleiben sollte man schon auch, was der Bundespräsident letztlich wirklich umsetzen kann, oder?

(...)

Hofer Norbert (FPÖ)

Ich sage Ihnen, dass wenn ich Präsident werde, dass ich mich genau mit diesen Themen beschäftigen werde. Nämlich die Themen, die ich auch im Bierzelt höre von den Menschen, worunter sie leiden.¹⁹⁶

(...)

Thurnher Ingrid (ORF)

Ich würde vorschlagen, wir beschäftigen uns im Folgenden mit einem Begriff, der für Sie beide in diesem Wahlkampf offensichtlich sehr sehr wichtig war. Und zwar mit dem Begriff "Heimat". Also. Reden wir über das, was diesen Begriff ausmacht im weitesten Sinn. Die Marke Österreich. Der neue Bundeskanzler Christian Kern hat heute bei seiner Regierungserklärung im Parlament etwas interessantes [sic] gesagt. Er hat gesagt, "Es ist vielen Menschen nicht mehr klar, wofür dieses Land steht und wohin wir dieses Land entwickeln wollen." Haben Sie irgendeine Idee dazu? Und da habe ich mir jetzt gedacht, weil es so harmonisch zwischen Ihnen verlaufen ist, vielleicht könnten Sie versuchen, sich miteinander auf, ich weiß nicht, drei Begriffe da zu einigen? Geht das?

Van der Bellen Alexander (parteilos)

Drei Begriffe zu Heimat? Habe ich es richtig verstanden?

Thurnher Ingrid (ORF)

Wofür das Land steht.

Hofer Norbert (FPÖ)

Das ist aber schon viel verlangt. Österreich steht für viel mehr als für drei Begriffe. Wenn ich es reduzieren müsste, was ich mir wünsche, dann ist es Friede, Freiheit und Sicherheit.

Thurnher Ingrid (ORF)

Also ich versuche es anders. Angenommen Sie müssten dem Staatschef eines fernen Landes, der Österreich nicht so gut kennt gegenüber ein bisschen dieses Land charakterisieren. Was fiele Ihnen dazu ein?

Hofer Norbert (FPÖ)

Es gibt etwas, was Österreich besonders ausmacht. Und zwar die Menschen. Was uns auch sehr stark von Deutschland unterscheidet. Und das ist der Begriff "Gemütlichkeit". Also das werden Sie merken, wenn Sie viel unterwegs sind. Die Österreicher sind sehr fleißig, aber trotzdem gibt es dieses Bedürfnis auch nach dem Zusammensitzen, nach Gemütlichkeit. Also das Land ist

¹⁹⁶https://aomlibrary-apa-at.uaccess.univie.ac.at/portal/restricted/text.htm?txtSession=egSLDMllgOgxktsXmH6cFFcbQFqgVu0viP7ihrcI&hist=13&index=11&length=#show&key=MWVOLL_20160519_6885109&date=20160519 (22.05.2018).

leistungsorientiert, offen, aber auch ... Es gibt einen sehr engen sozialen Zusammenhalt. Das Zusammensitzen, auch miteinander reden, Gemütlichkeit.

(...)

Thurnher Ingrid (ORF)

Na versuchen Sie es einmal mit einer Vision.

Hofer Norbert (FPÖ)

Eine Vision ist für mich starke Wirtschaft, niedrige Arbeitslosigkeit und Sicherheit. Also dass man sich nicht fürchten muss, so wie der Wiener Polizeipräsident gesagt hat, der gemeint hat, er empfiehlt keiner Frau in Wien, alleine auf die Straße zu gehen. Das möchte ich nicht. Ich will, dass sich die **Menschen** im Land wirklich sicher fühlen können. Vor allem die Frauen.¹⁹⁷

(...)

Thurnher Ingrid (ORF)

Ähm, ich würde ganz gerne mit Ihnen eine Sache klären, die Ihnen ja auch beiden so wichtig ist im Wahlkampf und darüber haben Sie beide gesprochen geschrieben [sic], nämlich dass Sie, im Fall, dass Sie gewählt werden, ein Bundespräsident für **alle Österreicherinnen** und **Österreicher** sein wollen und jetzt würde ich sehr, sehr gerne mit Ihnen klären, wer denn das genau ist? Wer sind also für Sie **echte** oder **waschechte Österreicherinnen** und **Österreicher** - was müssen die erfüllen Herr Hofer? Müssen die **Staatsbürger** sein? Müssen die **unsere** Sprache sprechen? Müssen die hier geboren sein? Oder was genau müssen **Menschen** erfüllen, für die Sie sich als Bundespräsident zuständig fühlen?

Hofer Norbert (FPÖ)

Das sind **unsere Staatsbürger** und ich gehe einmal hoffentlich davon aus, das [sic!] **Menschen**, die die **Staatsbürgerschaft** haben, **unsere** Sprache sprechen, denn sonst frage ich mich, warum sie dann die **Staatsbürgerschaft** erhalten haben. Das heißt, der Bundespräsident ist für **alle Staatsbürger** in Österreich da, hat sich für sie einzusetzen, egal ob das jetzt genau die **Menschen** sind, die ihn gewählt haben oder nicht, denn er ist überparteilich und für **alle** da.

Thurnher Ingrid (ORF)

Das ist eh klar.

Hofer Norbert (FPÖ)

Und er muss ein offenes Ohr für die **echten Anliegen** und **Sorgen** haben, auch wenn das oft sehr anstrengend sein kann. Es [sic!] wird sicher jeden Tag hunderte Zuschriften bekommen. Und was wichtig sein wird ist, dass er sich nicht in der Hofburg versteckt, sondern wirklich raus geht und Pflegeheime besucht, oder vielleicht einmal ein ganz normales Bierzelt besucht.

Thurnher Ingrid (ORF)

Eine ganz andere Frage. Nein, nein ...

¹⁹⁷ https://aomlibrary-apa-at.uaccess.univie.ac.at/portal/restricted/text.htm?txtSession=egSLDMllgOgxktsXmH6cFFcbQFqgVu0viP7ihrcI&hist=13&index=16&length=#show&key=MWVOLL_20160519_6885154&date=20160519 (22.05.2018).

Hofer Norbert (FPÖ)

... zum Beispiel, ja, und dort mit den **Menschen** spricht.

Thurnher Ingrid (ORF)

... ich frage gerade, wer für Sie diesen Anspruch erfüllt, sozusagen ein **waschechter Österreicher** zu sein, für den Sie dann zuständig sind?

Hofer Norbert (FPÖ)

Na ich bin der Bundespräsident von Österreich, ich bin für **die Staatsbürger** in Österreich verantwortlich.

(...)

Hofer Norbert (FPÖ)

Herr Doktor Van der Bellen, ich habe das oft genug gesagt, wozu ich stehe. Und ich habe auch vorher gesagt, dass es mir wichtig ist, das **Menschen**, die in Österreich sind, auch die Sprache sprechen.

Thurnher Ingrid (ORF)

Gut, lassen Sie mich da einhacken [sic!], da würde ich Sie gerne fragen - wir haben da glaube ich das Beispiel von einer sehr, sehr prominenten **österreichischen Staatsbürgerin**, die ich Ihnen ganz gerne zeigen möchte. Sie ist in Russland geboren, hat seit zehn Jahren die **österreichische Staatsbürgerschaft** ...

Hofer Norbert (FPÖ)

Wer wird das wohl sein? Wer wird das wohl sein?

Thurnher Ingrid (ORF)

Wir sehen da, wir haben ein schönes Foto von ihr. Sie sagt selbst, dass sie bis heute so gut wie kein Wort Deutsch spricht. Ist das trotzdem okay, dass sie - Sie sind zuständig?

Hofer Norbert (FPÖ)

Ja, ja, aber sie hat ja die **Staatsbürgerschaft** nicht über den normalen Weg erworben, so wie jemand, der nach Österreich einwandert, hier eine Arbeit findet, sondern es gibt Ausnahmen für **Menschen**, von denen sich Österreich erwarten kann, dass sie eine ganz besondere Leistung für Österreich erbringen können. Das können tolle Künstler sein, wie in diesem Fall. Das können ...

Thurnher Ingrid (ORF)

Investoren auch?

Hofer Norbert (FPÖ)

... das können Investoren sein, die viele Arbeitsplätze nach Österreich bringen.

Thurnher Ingrid (ORF)

Also das heißt, man kann sich eine **Staatsbürgerschaft** zur Not auch kaufen mit einer großen Investition in Österreich?

Hofer Norbert (FPÖ)

Nein, Sie kennen ja die Gesetzeslage in Österreich, dass eine Regierung, eine Regierung macht das in ganz vielen Fällen, besondere Leistungsträger oder besonderen Leistungsträgern, wo man sich erwarten kann, das Österreich sehr davon profitiert, die [Staatsbürgerschaft](#) schneller geben.

Thurnher Ingrid (ORF)

Genau und das finden Sie auch in Ordnung so?

Hofer Norbert (FPÖ)

Ich würde das nicht ändern, ja.

Thurnher Ingrid (ORF)

Würden Sie auf der anderen Seite dann sagen, dass sich jemand wie Arnold Schwarzenegger zum Beispiel, der [österreichischer Staatsbürger](#) ist, also muss ich sagen, für den bin ich eigentlich auch Bundespräsident. Der mit 21 Jahren nach Amerika ausgewandert ist und seit mehr als 30 Jahren [US-Staatsbürger](#) ist, auch [österreichischer Staatsbürger](#) ist - für den sind Sie dann auch zuständig? Der zahlt zwar hier keine Steuern, lebt nicht hier, aber trotzdem?

Hofer Norbert (FPÖ)

Ja, [Doppelstaatsbürgerschaften](#) gibt es ja einige. Die Wiener Vizebürgermeisterin hat eine griechische [Staatsbürgerschaft](#) und eine österreichische. Also [Doppelstaatsbürgerschaften](#) gibt es, und man muss sich schon ansehen, wo ist es gerechtfertigt und wo nicht. Also ich habe es schon einmal erwähnt: Jene [Menschen](#) aus Österreich, die sich entscheiden für den Islamischen Staat zu kämpfen, können nach jetziger Gesetzeslage ihre [Staatsbürgerschaft](#) nur dann verlieren, wenn sie eine [Doppelstaatsbürgerschaft](#) haben. Es wird aber niemals nachgewiesen werden, nie zugeben, dass sie eine [Doppelstaatsbürgerschaft](#) haben. Also hier will ich das nicht. Hier möchte ich, dass genau solche Kämpfer, die bereit sind, hier so etwas zu tun, und das sind fürchterliche Gräueltaten, dass die eben nicht nach Österreich zurück kommen, denn die haben in Österreich eigentlich nichts mehr verloren.

Thurnher Ingrid (ORF)

Lassen Sie mir noch ein Beispiel hinlegen, weil das ganz interessant ist. Ein sehr geschätzter Kollege von mir, Sie sind mit ihm Auto gefahren, ORF-Journalist Hannes Settele, ja.

Hofer Norbert (FPÖ)

Der eine [deutsche Staatsbürgerschaft](#) hat.

Thurnher Ingrid (ORF)

Der ist hier geboren, arbeitet hier, lebt hier, zahlt hier Steuern - zuständig oder nicht? Er hat nämlich keine [österreichische Staatsbürgerschaft](#). Sein Bundespräsident wollen Sie nicht sein oder schon?

Hofer Norbert (FPÖ)

Ja, ich bin der Bundespräsident [der Österreicher](#). Ich mag den Hanno Settele wirklich sehr gern. Er ist ein unglaublich sympathischer Mensch, aber ich bin, ich muss es sagen, immer [zuerst für](#)

die Österreicher da. Das ist mein Grundsatz und von dem weiche ich keinen Millimeter ab.¹⁹⁸

(...)

Thurnher Ingrid (ORF)

Diese direkte Demokratie, das ist ja eine Frage, wo man schon auch hinterfragen kann, ob das in jedem Fall die vernünftigste Idee ist, quasi den Publikumsjoker zu ziehen, bevor man selbst als Staatsoberhaupt eine Entscheidung trifft oder dem Parlament das überantwortet.

Hofer Norbert (FPÖ)

Also, ich habe großes Vertrauen in die Österreicher. Und ich möchte auch, wenn ich das Vertrauen der Österreicher bekomme, ihnen auch diese Stimmen zurückgeben, indem ich mich für direkte Demokratie einsetze. Sie haben vorher die Schweiz angesprochen auch, als - vielleicht als Vorbild für die Europäische Union, der große Unterschied ist nur, dass auf europäischer Ebene die direkte Demokratie keine Rolle spielt, leider, ja. Und man muss auch bei diesem Projekt die Menschen mitnehmen. Also, ich finde es immer eigenartig, wenn Politiker sich wählen lassen von Menschen, aber dann diesen Menschen nicht zutrauen, direkt demokratische Entscheidungen zu treffen.

Thurnher Ingrid (ORF)

Aber ist das nicht der Sinn von repräsentativer Demokratie?

Hofer Norbert (FPÖ)

Ja, das muss ein Zusammenspiel sein, und das beste Beispiel ist eben die Schweiz. Das funktioniert dort schon seit vielen Jahren und trägt auch sehr zum - zum guten politischen Klima in der Schweiz bei.¹⁹⁹

(...)

Wiederum präsentiert sich Norbert Hofer als ein starker Gegenpol zu Eliten und dem Einfluss aus dem Ausland. Es geht ihm darum, den leidenden Menschen zu helfen, insbesondere jenen mit geringem Einkommen und großen Sorgen beziehungsweise Zukunftsängsten. Dazu ist besonders zu erwähnen, dass er andeutet, die Meinung der „wahren ÖsterreicherInnen“ auch im Bierzelt vernehmen zu können. Zusätzlich gibt Hofer an, dass er erstens nur für die StaatsbürgerInnen Österreichs verantwortlich ist, während er zweitens Bedingungen an eben diese Staatsbürgerschaft stellt. So müssten jene – führt man den Gedanken aus den beiden Beobachtungen zusammen – für die er einsteht, Deutsch sprechen. Es ist ein zusätzliches Indiz für die Wirkungsweise des imperativen Mandats. Besonders deutlich wird dies mit dem

¹⁹⁸ https://aomlibrary-apa-at.uaccess.univie.ac.at/portal/restricted/text.htm?txtSession=egSLDMllgOgxktsXmH6cFFcbQFqgVu0viP7ihrcI&hist=13&index=20&length=#show&key=MWVOLL_20160519_6885235&date=20160519 (22.05.2018).

¹⁹⁹ https://aomlibrary-apa-at.uaccess.univie.ac.at/portal/restricted/text.htm?txtSession=egSLDMllgOgxktsXmH6cFFcbQFqgVu0viP7ihrcI&hist=13&index=22&length=#show&key=MWVOLL_20160519_6885427&date=20160519 (22.05.2018).

Verweis auf seine Homepage; er – und nur er – sei schließlich der einzige, der die Österreicher beschützen könne. Daraus folgt, dass mehrere Hinweise vorhanden sind, um Norbert Hofer eindeutig als einen Populisten bezeichnen zu können. Wie auch bei den anderen Herren in diesem Kapitel gibt es keine explizite Stelle, in der sich der Redner selbst als der absolute Festleger des Volksbegriffs bezeichnet hat, auch wenn die Behauptung, dass nur er die Österreicher beschützen kann, sehr nahe daran herankommt. Deshalb bleibt nichts anderes übrig, als hinter der Maske von Anspielungen den wahren Kern zu suchen. Abgesehen von der fehlenden, direkten Populismusbezeugung gibt es hingegen genügend Indizien für eine populistische – genauer: reaktionär-populistische – Ausprägung der eigenen Weltanschauung. Dazu zählt sein beständiges Beharren auf seine Befugnis als gewählter Bundespräsident, die Regierung entlassen zu können (autoritäre Führung); weiters seine Fähigkeit, das „Volk“, für welches er als einziges einzustehen hat, klar zu definieren („Volk“ als fixe Definition); und schlussendlich sein Anspruch, eben dieses „Volk“ möge es ihm überlassen, dessen Probleme aus der Welt zu schaffen (Aufruf zum blinden Vertrauen).

Somit kann man hier klar von Norbert Hofer als einem Populisten sprechen. Man entdeckt den Glauben an die Wirkung des imperativen Mandats auch an anderer Stelle. So argumentiert er etwa, dass das „Volk“ sich für das umstrittene Freihandelsabkommen CETA (*Comprehensive Economic and Trade Agreement*) entschieden hätte, weil Van der Bellen die Wahl gewonnen hat und (zumindest zum Zeitpunkt der Wahl) einen Pro-CETA-Standpunkt vertreten würde.²⁰⁰ Es ist verblüffend, dass Hofer diese Argumentation verwendet. Er stimmt damit nämlich unterschwellig zu, dass sein ehemaliger Kontrahent Van der Bellen – welcher schließlich als parteilos gilt (auch wenn schon alleine aufgrund seiner politischen Laufbahn eine Nähe zu den Grünen unbestreitbar ist) – legitim vom „Volk“ gewählt wurde. Dies bedeutet, dass ein Politiker, der kein Mitglied der FPÖ ist, den „Volkswillen“ verkörpert – etwas, das im logischen Gegenschluss bedeutet, dass die FPÖ dies nicht tut. Er muss sich also, um es mit den Augen einer/s PopulistIn zu sehen, sein imperatives Mandat von einem nicht FPÖ-Politiker holen und erkennt damit an, selbst nicht das „Volk“ zu vertreten, respektive nicht mit dem „Volk“ einer Meinung zu sein. Natürlich könnte man auch meinen, dass diese Äußerung getätigt wurde, weil es argumentativ in das beschriebene Schema des Populismus passt und dabei diese unterschwellige Auslegung des Sachverhaltes übersehen oder schlichtweg akzeptiert und ignoriert wurde. Insgesamt ist das ein treffendes Beispiel populistischer Rhetorik und der zugrundeliegenden Denkmuster.

²⁰⁰ Vgl.: <http://orf.at/m/stories/2438786/2438784/> (19.05.2018).

3.5 Fazit

In diesem Kapitel wurden die drei H's Österreich analysiert und ihre jeweiligen populistischen Ansichten anhand von Wahldiskussionen erläutert. Das Interessante daran war, dass jeder von ihnen eine eigene Variante beziehungsweise Ausdrucksform des Populismus verwendet.

Jörg Haider mag zwar aus einer älteren Generation stammen, doch im Kern gleicht er auch den heutigen PopulistInnen: Er vertritt das „Volk“. Wer ist dieses „Volk“? Allem Anschein nach ist dies der kleine Mann – vor allem zu Zeiten Vranitzkys scheint dies sein bevorzugter Zugang gewesen zu sein. Seine Aufgabe als gewählter Bundeskanzler wäre es, den ganzen Institutionen vorzuschreiben, wie sie das „Volk“ behandeln sollen, während er ausländische Arbeitskräfte eindämmt und mehr Jobs für die Österreicher bereitstellt – er wäre ein „wohlwollender König“, der aktiv in alle Ebenen des politischen Apparates eingreifen würde. Die EU scheint in dem Bezug noch kein wichtiges Thema zu sein, genauso wenig wie MuslimInnen oder andere Minderheiten. Es scheint, als ob Haider – zumindest den Umständen seiner Zeit entsprechend – der Gemäßigteste der freiheitlichen Kandidaten gewesen wäre.

Heinz-Christian Strache stellt einen Generationenwechsel mit komplett neuer Strategie dar. Ihm geht es nicht darum, konkrete Inhalte zu präsentieren, sondern nur zu sagen, was getan werden muss. Das „Wie“ lässt er meist großzügig aus. Mittels Spiegelung und Erratik versucht er sich als dominanter Sprecher in der Diskussion zu etablieren, den Gegner aus dem Konzept zu bringen und sich als Führungsperson hinzustellen. Dies alles fußt anscheinend auf seiner populistischen Weltanschauung. Grob betrachtet sieht sich Strache als eine Art moralische Fixgröße, die es zu erfüllen gilt – beinahe als eine vom politischen System losgelöste, höhere Instanz. Er braucht dafür nicht Bundeskanzler oder -präsident zu werden, es geht auch von der Opposition aus. Seine Ansicht, wie das „Volk“, dessen genaue Eingrenzung bei Strache nicht klar erkennbar scheint, zu führen und zu regieren ist, ist über jegliche Kritik erhaben. Somit wäre das ein leuchtendes Beispiel für Populismus nach Müller: ein äußerst moralisierter, nur lose definierbarer Volksbegriff und eine starke anti-pluralistische und anti-elitäre Einstellung.

Norbert Hofer unterscheidet sich hier deutlich von Strache. Lässt sich Haider als „wohlwollender König“ beschreiben, der aktiv das politische Tagesgeschäft steuert, tendiert Hofer mehr zum Bild des „Kaisers“, der als kontrollierende Instanz den „moralisch richtigen“ Weg vorzugeben sucht: Als Bundespräsident sieht er es als seine Aufgabe, über Österreich und seine BewohnerInnen zu wachen. Dabei gibt er auch nicht vor, was die Bundesregierung konkret zu tun hat, aber wenn es seiner Ansicht nach nicht richtig ist, so will er diese auf eine bessere Bahn lenken. Zudem sieht er es auch in seiner Macht, zu bestimmen,

wer zu dem von ihm vertretenen „Volk“ gehört und wer nicht. Es ist nicht ganz klar, wie seine Einstellung zu den etablierten Institutionen ist, doch es ist anzunehmen, dass er – wie bei der Regierung – auch hier „korrigierend“ überwachen will. In diesem Licht erscheint es daher auch glaubwürdig, wenn Hofer sich als Bundespräsident von seiner Partei distanzieren und seine Amtsperiode parteilos verwalten würde. Für Hofer steht das „moralisch richtige“ Handeln im Vordergrund – das impliziert, dass er jene Politiker als Minister akzeptieren würde, die diese moralischen Werte verinnerlicht haben. Es ist davon auszugehen, dass es sich bei diesen Politikern vorwiegend um jene handeln würde, die mit seiner – populistischen – Definition des „Volkes“ übereinstimmen, und dass ein Bundespräsident Hofer gestaltend auf eine Regierungsbildung einwirken würde, um die Dominanz dieser Werte sicherzustellen.

4. Schlusswort

Die Reise zu einer konkreten und alltagsfähigen Definition des Wortes „Populismus“ begann mit dem Begriff des „Volkes“. In diesem Begriff sammelt sich laut Jan-Werner Müller die legitimatorische Grundlage sämtlicher PopulistInnen – denn deren Anspruch ist es, das „Volk“ zu vertreten. Sämtliche Beweggründe in der populistischen Politik entspringen aus diesem Begriff, der – darin liegt eben die Gefahr des Populismus – nicht klar definierbar ist (2.1.1 *Der Volksbegriff*). Somit kann das „Volk“ stets neu definiert werden und das imperative Mandat, das die Grundlage der PopulistInnen in der Politik repräsentiert, kann nach freiem Gutdünken ausgelegt werden. In anderen Worten: Der/die PopulistIn regiert als Verkörperung des „Volkswillens“; als Instrument eines „Volkes“, das er/sie selbst konstruiert hat und nach Belieben neu interpretieren und verändern kann. Die nächste Facette der populistischen Willkür ist der Gedanke, dass, wenn sie das „Volk“ vertreten, eigentlich keine Wahlen mehr notwendig sind – schließlich könnte niemand das „Volk“ besser regieren als jene, die seinen Willen erkannt und verinnerlicht haben (2.1.2 *Das imperative Mandat*). Also muss man einerseits das demokratische Gesicht wahren und Wahlen zulassen, diese jedoch andererseits so abhalten (Störaktionen, dominante Wahlwerbung, gezielte Verunglimpfung und Festnahmen), dass am Ende die „einzig wahre Partei“ des „Volkes“ gewinnen kann. Dies drückt sich unter anderem auch durch einen starken Anti-Pluralismus (gegen „die anderen“) und Anti-Elitismus (gegen „die da oben“) aus. Denn selbst wenn die PopulistInnen an der Macht sind, gibt es immer noch alte, mächtige Institutionen oder gar ausländische Kräfte und „AgentInnen“, die die „einzig wahre Vertretung“ des „Volkes“ zu hindern suchen (2.1.3 *Wie erkennt man Populismus?*). Die Gefahr des Populismus resultiert deshalb aus der Ansicht einer legitimen Alleinherrschaft (sei es jetzt der einer Partei oder eines Parteiführers), die über jedwede Kritik erhaben ist, denn sollte sich jemand – auch ein/e StaatsbürgerIn des Landes – gegen die Regierung stellen, so kann er nach Ansicht der PopulistInnen nicht mehr zum „Volk“ gehören.

Haben es schließlich die PopulistInnen an die Macht geschafft (wie z.B. in Polen und Ungarn), so gilt es, die Verfassung zu ändern. Ziel dieser Änderungen ist es, auf dem Papier und nach außen hin den Anschein einer Demokratie zu wahren, gleichzeitig aber sicherzustellen, dass auch mit einem relativ geringen Stimmenanteil die absolute Regierungsgewalt gesichert ist. So wird in Polen an der Gewaltenteilung und der Justiz geschraubt, während man in Ungarn mit weniger als 50% der Stimmen als Partei die absolute Mehrheit erringen kann (2.2.3.1 *Ungarn und Polen*). Eine Demokratie ist jedoch auch nicht schutzlos dem Populismus ausgeliefert. Am Beispiel der USA sieht man beeindruckend, wie die Justiz ungerechte oder

verfassungsverletzende Edikte von Donald Trump abweist (2.2.1 *Das Ziel*). Ebenso bietet das Land einen reichhaltigen Einblick in die Methoden und Strategien, die von PopulistInnen verwendet werden können (2.2.2 *Die Methoden*). Auch die Bevölkerung sucht Mittel und Wege, um sich der populistischen Herrschaft zu entziehen. Dazu zählt vor allem die Strategie, das Image des Horrorclowns (2.2.2.4 *Horrorclowns und die Macht der Satire*) auszuhebeln und anhand von diversen Einsatzmöglichkeiten der Komödie (2.2.2.4.1 *The Singing Trump/ 2.2.2.4.2 Epic Rap Battles of History*) den Populismus zu enttarnen und seine Inhalte offen zu legen. Ein weiterer Ansatz ist es, die WählerInnen-Zielgruppe populistischen Gedankenguts milde zu stimmen; nicht zwingend, indem man den GlobalisierungsverliererInnen unter die Arme greift; vielmehr, indem man noch tiefer in die Gesellschaft blickt und den Menschen ihre Ängste und ihren Pessimismus nimmt. Diese sind nämlich die Hauptkraft hinter der Anziehung populistischer PolitikerInnen. Ein weiterer möglicher Ansatz ist es, den Menschen durch verstärkte Bildung die Augen für populistisches Gedankengut zu öffnen und ihnen so die Möglichkeit einzuräumen, eine informierte Entscheidung über ihr Wahlverhalten zu treffen.

Auch in Österreich hat mit Jörg Haider der Rechtspopulismus Einzug gehalten. Seitdem ist die FPÖ (und bis zu seinem Ausscheiden aus der bundespolitischen Landschaft auch Haiders BZÖ) ein gutes Beispiel für rechte Parteien, die auch mittels populistischer Äußerungen auffallen. Während Jörg Haider noch einen gemäßigteren Zugang verwendete und sich mehr auf die Sorgen des kleinen Mannes und der Kärntner Bevölkerung fokussierte (3.2 *Jörg Haider*), ist mit Heinz-Christian Strache und Norbert Hofer eine neue Generation an Populisten politisch erwachsen geworden. Ersterer sticht mit seinem sehr aggressiven und zerstörerischen Redestil hervor, während er versucht, als moralisches Leuchtfeuer zu sagen, was getan werden muss. Dabei bleibt der genaue Prozess jedoch im Hintergrund (3.3 *Heinz-Christian Strache*). Er scheint dabei die Meinung zu vertreten, dass seine moralischen Grundsätze auch dann legitimiert sind, wenn er gar nicht Teil der Regierung ist – und dass er aus dieser Legitimation heraus der einzig wahre Anwärter auf den Posten des Bundeskanzlers (und damit des bedeutendsten „Volks“-Vertreter) ist. Zweiterer sieht sich mehr als Wächter des Staates. Er passt als Bundespräsident auf seine Schäfchen auf und sitzt am längeren Hebel. Sollte etwas unter seinen Augen geschehen, dass nicht den moralischen Zielen der Gesellschaft entspricht – egal ob neue Gesetze, Urteile oder gesellschaftliche Veränderungen wie etwa steigende Zuwanderung – wird er dafür sorgen, dass sich dies ändert. Seine moralische Sicht ist absolut und es müssen alle gehört werden; vor allem aber die Menschen aus dem Bierzelt (3.4 *Norbert Hofer*).

Ist nun Populismus schlecht? Mit dem Blick zurück auf die Erkenntnisse dieser Arbeit scheint ein eindeutiges „Ja“ auf der Hand zu liegen. Es bringt jedoch nichts, etwas zu verteufeln und aus ihm ein politisches Tabu zu machen; Populismus in der heutigen Form existiert in dieser Art und Weise nur in den derzeitigen demokratischen Systemen. Er ist in anderen Worten ein Symptom für Makel in eben diesen Systemen. Der Kern einer demokratischen Gesellschaft ist es, dass jede/r BürgerIn frei entscheiden darf, wem er/sie seine/ihre Stimme gibt. Dies gilt auch, wenn es um eine antidemokratische Kraft geht. So sehr diese auch zu verführen und verleiten versucht, in einer funktionierenden Demokratie wird sie nicht mit Leichtigkeit eine verfassungsändernde Mehrheit erlangen. Jörg Haider – und mit ihm seine ideologischen Nachkommen – erlebte seinen Aufstieg in einer Zeit des Umbruchs und der sozialen Unsicherheit. Die Menschen suchten etwas, an das sie sich klammern konnten, und fühlten sich von der vorherrschenden Regierung nicht mehr repräsentiert oder wahrgenommen. Eine ansteigende Quote an populistischen WählerInnen bedeutet somit, dass etwas mit dem System an sich nicht stimmt. Es ist hinter seine Zeit zurückgefallen, entspricht nicht mehr den heutigen Anforderungen und muss adjustiert werden. Das heißt: Wirtschaftsreformen, Bildungsoffensiven und so weiter. Somit kann Populismus auch etwas Gutes sein. Antipopulistische Parteien werden nie 100% aller Stimmen erhalten, es gibt immer einzelne Individuen oder Gruppen, die sich gegen das „Establishment“ stellen. Ihr Zulauf zu den PopulistInnen kann als erstes Warnsignal wahrgenommen werden, dass sich die sozioökonomischen Verhältnisse geändert haben – ein Aufschrei, wenn man es so verstehen will. Es liegt hier an den regierenden Parteien und deren demokratischen Alternativen in der Opposition, den demokratischen Funken erneut zu entfachen, zu wachen, sich weiter zu entwickeln und den Menschen die Hoffnung zu geben, die diese in ihre Regierung legen.

5. Quellenverzeichnis

5.1 Literatur

Abromeit, John; Chesterton, Bridget Maria; u.a.: *Transformation of Populism in Europa and the Americas. History and Recent Tendencies*, London: Bloomsbury 2016. S. xi-xxxii.

Ashe, Timothy Garton: *We the People. The Revolution of '89 Witnessed in Warsaw, Budapest, Berlin And Prague*, London: Penguin Books, 1999.

Bourdieu, Pierre: *Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft*, 24. Auflage, Frankfurt am Main: Suhrkamp Taschenbuch 2014.

Damböck, Christian: *Demokratie kontra Populismus. Eine nonkognitive Sicht*.
Heruntergeladen von http://homepage.univie.ac.at/christian.damboeck/texte/1933_2017.pdf
am 02.06.2018.

Damböck, Christian: *1933/2017. Demokratie kontra Populismus*.
Heruntergeladen von <https://homepage.univie.ac.at/christian.damboeck/vol7/index.html> am 02.06.2017.

Falland, Franz: „Das Recht geht vom Volk aus“. *Zu Aufgaben und Stellung der Parlamente auf europäischer, nationaler und regionaler Ebene*, in: Forum Politische Bildung (Hrsg.): *Das Parlament im österreichischen politischen System*, Innsbruck; Wien; Bozen: Studien-Verlag, 2012 (= Informationen zur Politischen Bildung; Bd. 36). S. 5-15.

Hainsworth Paul: *The Extreme Right in Western Europe*, London & New York: Routledge Taylor & Francis Group 2008.

Lewandowsky, Marcel: *Populismus der Mitte. Das Beispiel New Labour*, Marburg: Tectum Wissenschaftsverlag 2010.

Lux, Gerog; Wiedergut, Arno; Sommersguter, Uwe.: *Jörg Haider. Mensch Mythos Medienstar*, Wien: Carinthia 2008.

Möllers, Christoph: *Demokratie – Zumutungen und Versprechen*. 3. Auflage. Berlin: Klausen Wagenbach 2013.

Mudde, Cas: *Populist Radical Right Parties in Europa Today*, in: Abromeit, John; Chesterton, Bridget Maria; u.a.: *Transformation of Populism in Europa and the Americas. History and Recent Tendencies*, London: Bloomsbury 2016. S. 295-307.

Müller, Jan-Werner: *Was ist Populismus? Ein Essay*. 4. Auflage, Berlin: Suhrkamp 2016.

Postel, Charles: *The American Populist and Anti-Populist Legacy*, in Chesterton, Bridget Maria; u.a.: *Transformation of Populism in Europa and the Americas. History and Recent Tendencies*, London: Bloomsbury 2016. S. 116-135.

Schwagerl, H. Joachim: *Rechtsextremes Denken. Merkmale und Methoden*, Frankfurt am Main: Geschichte Fischer 1993.

Vester, Michael; Geiling, Heiko; u.a.: *Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel. Zwischen Integration und Ausgrenzung*, Frankfurt am Main: Suhrkamp Taschenbuch 2001.

Vester, Michael; Teiwes-Kügler, Christel; u.a.: *Die neuen Arbeitnehmer. Zunehmende Kompetenz – wachsende Unsicherheit*, Hamburg: VSA 2007.

5.2 Zeitungen (Internetquelle)

ABC News

Keneally, Meghan: *Hillary Clinton's Progress Trying to 'Shatter That Highest, Hardest Glass Ceiling'*, abcnews.go.com 09.11.2016 (<http://abcnews.go.com/Politics/hillary-clintons-progress-shatter-highest-hardest-glass-ceiling/story?id=43420815> [03.06.2018]).

Business Insider Deutschland

Smith, Allen; Gould, Skye: *Here are all the firings, resignations, departures, and job changes from the chaotic first 8 months of the Trump administration*, businessinsider.de 30.09.2017 (<http://www.businessinsider.de/trump-fires-resigns-leaves-administration-2017-7?r=US&IR=T> [03.06.2018]).

Der Spiegel

Bayer, Felix; Deutsche Presse-Agentur; Agence France-Presse: *Schmähgedicht auf Erdogan. Staatsaffäre Böhmermann - die Fakten*, spiegel.de 15.04.2016 (<http://www.spiegel.de/kultur/tv/jan-boehmermann-das-sind-die-fakten-der-staatsaffaere-a-1086571.html> [03.06.2018]).

Der Standard

Austria Presse Agentur: *EU-Armee: ÖVP begrüßt Straches Kurswechsel*, mobil.derstandard.at 27.02.2017 (<http://mobil.derstandard.at/2000053241970/OeVP-begruesst-Straches-Kurswechsel-zu-einer-EU-Armee?amplified=true> [03.06.2018]).

Die Presse

Austria Presse Agentur: *Anti-Rauchen-Volksbegehren: Hohe fünfstellige Unterschriftenzahl*, diepresse.com 16.02.2018

(https://diepresse.com/home/innenpolitik/5373521/AntiRauchenVolksbegehren_Hohe-fuenfstellige-Unterschriftenzahl [03.06.2018]).

Austria Presse Agentur; Der Standard: *Hofer: "Werde Regierung nicht bei jeder Gelegenheit entlassen"* diepresse.com 17.11.2016

(http://diepresse.com/home/innenpolitik/bpwahl/5119502/Hofer_Werde-Regierung-nicht-bei-jeder-Gelegenheit-entlassen [03.06.2018]).

Austria Presse Agentur; Der Standard; Zainlinger-Aichmayer, Katharina: *Hofer würde Regierung entlassen*, diepresse.com 03.03.2016

(<http://diepresse.com/home/innenpolitik/4937865/Hofer-wuerde-Regierung-entlassen> [03.06.2018]).

Austria Presse Agentur: *FPÖ: Hohe Arbeitslosigkeit ist Folge der Zuwanderung*, diepresse.com 13.05.2015 (http://diepresse.com/home/innenpolitik/4730751/FPOe_Hohe-Arbeitslosigkeit-ist-Folge-der-Zuwanderung [03.06.2018]).

Austria Presse Agentur: *Norbert Hofer: "Hätte die Regierung entlassen"*, diepresse.com 20.11.2016 (http://diepresse.com/home/innenpolitik/bpwahl/5121235/Norbert-Hofer_Haette-die-Regierung-entlassen [03.06.2018]).

Die Zeit

Pausch, Robert: *Wer wählt die Populisten?*, zeit.de 14.04.2016

(<https://www.zeit.de/politik/ausland/2016-05/populismus-rechtsruck-oesterreich-afd-front-national> [03.06.2018]).

Kurier

Austria Presse Agentur, Reuters, u.a: *Hofer will "Invasion der Muslime" stoppen*, kurier.at 02.04.2016 (<https://kurier.at/politik/inland/bundespraesidentschaftswahl-fpoe-wahlkampfstart-von-hofer-in-arbeiter-hochburg-kapfenberg/190.529.732> [03.06.2018]).

Kurier.at: *Die braunen Rülpsen der FPÖ*, kurier.at 19.07.2017

(<https://kurier.at/politik/inland/antisemitismus-rechte-ruelpser-der-fpoe/275.981.465> [03.06.2018]).

Kurier.at: *Nazilied-Affäre: FPÖ gibt Landbauer ein Rückkehrrecht*, kurier.at 02.02.2018 (<https://kurier.at/politik/inland/nazilied-afae-fpoe-gibt-landbauer-ein-rueckkehrrecht/309.376.392> [03.06.2018]).

Neue Zürcher Zeitung

Wysling, Andres: *Autorität, Souveränität, Volk*, nzz.ch 07.02.2017 (<https://www.nzz.ch/international/aktuelle-themen/le-pen-glossar-autoritaet-souveraenitaet-volk-ld.139642> [03.06.2018]).

New York Times

Hylton, Wil S.: *Down the Breitbart Hole*, nytimes.com 16.08.2017 (<https://www.nytimes.com/2017/08/16/magazine/breitbart-alt-right-steve-bannon.html?mcubz=0> [03.06.2018]).

Kingsley, Patrick: *In Hungary, Disunity and Gerrymandering Frustrate Anti-Orban Voters*, nytimes.com 25.03.2018 (<https://www.nytimes.com/2018/03/25/world/europe/hungary-election-viktor-orban.html> [03.06.2018]).

Leonhardt, David: *Donald Trump's Racism: The Definitive List*, nytimes.com 15.01.2018 (<https://www.nytimes.com/interactive/2018/01/15/opinion/leonhardt-trump-racist.html> [03.06.2018]).

Smale, Alison: *Austria Rejects Far-Right Presidential Candidate Norbert Hofer*, nytimes.com 04.12.2016 (<https://www.nytimes.com/2016/12/04/world/europe/norbert-hofer-austria-election.html> [03.06.2018]).

Stack, Liam: *Alt-Right, Alt-Left, Antifa: A Glossary of Extremist Language*, nytimes.com 15.08.2017 (<https://www.nytimes.com/2017/08/15/us/politics/alt-left-alt-right-glossary.html> [03.06.2018]).

News

Austria Presse Agentur; News: *Von 'Österreich als Missgeburt' bis zur SS: Umstrittene Sager prägten Haiders Karriere*, news.at 11.10.2018 (<https://www.news.at/a/von-oesterreich-missgeburt-ss-umstrittene-sager-haiders-karriere-221959> [03.06.2018]).

Newsweek

Nazaryan, Alexander: *When Obama Went To War On Fox News*, newsweek.com 05.07.2017 (<http://www.newsweek.com/when-obama-went-war-fox-news-632424> [03.06.2018]).

Niederösterreichische Nachrichten

Kremsmayer, Ulla: *FPÖ startet „Kreuzzug“*, noen.at 30.12.2014

(<https://www.noen.at/gaenserndorf/fpoe-startet-kreuzzug-top-4221723#> [03.06.2018]).

Oberösterreichische Nachrichten

Kotanko, Christoph: *Strache: Keine Volksabstimmung vor 2021*, nachrichten.at 21.02.2018

(<http://www.nachrichten.at/nachrichten/politik/innenpolitik/Strache-Keine-Volksabstimmung-vor-2021;art385,2821385> [03.06.2018]).

Österreichischer Rundfunk

ORF; Austria Presse Agentur: *Anzeige gegen Richard Lugner*, oe1.orf.at 08.03.2016

(<http://oe1.orf.at/artikel/433380> [03.06.2018]).

ORF; Austria Presse Agentur; u.a.: *„Das Volk kann man nicht verbieten“*, orf.at 14.04.2018

(<http://orf.at/stories/2434209/2434208/> [03.06.2018]).

ORF; Austria Presse Agentur; u.a.: *Heftige Reaktionen auf Beschluss*, orf.at 16.05.2018

(<http://orf.at/m/stories/2438786/2438784/> [03.06.2018]).

ORF; Austria Presse Agentur; u.a.: *Hitzige Debatte im Parlament*, orf.at 22.03.2018

(<http://orf.at/stories/2431237/2431231/> [03.06.2018]).

ORF; Austria Presse Agentur; u.a.: *Rogan sieht „Flohzirkus“*, orf.at 15.04.2018

(<http://orf.at/stories/2434268/2434267/> [03.06.2018]).

ORF; Austria Presse Agentur; u.a.: *Wichtiger Zeuge in Sonderermittlung*, orf.at 16.04.2018

(<http://orf.at/stories/2434313/2434316/> [03.06.2018]).

ORF: *Jörg Haider - Grenzgänger | Konfrontationen 1994 und 1995*, tv.orf.at 21.09.2017

(<http://tv.orf.at/orf3/stories/2867487/> [03.06.2018]).

Vogler, Christina; ORF; u.a.: *Ex-UNO-Botschafter Bolton übernimmt*, orf.at 23.03.2018

(<http://orf.at/stories/2430449/2430455/> [03.06.2018]).

POLITICO

Bayer, Lili: *100,000 Hungarians march against Viktor Orbán*, politico.eu 16.04.2018

(<https://www.politico.eu/article/100000-hungarians-march-against-viktor-orban/> [03.06.2018]).

Bayer, Lili: *George Soros-backed foundation leaving Hungary*, politico.eu 15.05.2018

[\(https://www.politico.eu/article/soros-open-society-foundations-leaving-hungary/](https://www.politico.eu/article/soros-open-society-foundations-leaving-hungary/)
[03.06.2018]).

Bayer, Lili: *Orbán wins landslide to secure third straight term*, politico.eu 04.08.2018
(<https://www.politico.eu/article/hungary-election-2018-viktor-orban-fidesz-jobbik/>
[03.06.2018]).

Ciensi, Jan: *Poland's constitutional crisis goes international*, politico.eu 27.12.2015
(<https://www.politico.eu/article/poland-constitution-crisis-kaczynski-duda/> [03.06.2018]).

Gass, Nick: *Trump: 'Absolutely no choice' but to close mosques*, politico.com 18.11.2015
<https://www.politico.com/story/2015/11/trump-close-mosques-216008> [03.06.2018]).

Nussbaum, Matthew: *Trump says Merry Christmas — and happy holidays, too*, politico.com
30.11.2017 (<https://www.politico.com/story/2017/11/30/trump-merry-christmas-holidays-270486> [03.06.2018]).

Schlee Maxime: *Turkey passes controversial new voting law*, politico.eu 13.03.2018
(<https://www.politico.eu/article/turkey-passes-controversial-new-voting-law-erdogan-akp/>
[03.06.2018]).

Weise Zia: *Erdoğan's power grab*, politico.eu 12.04.2017
(<https://www.politico.eu/article/turkey-referendum-recep-tayyip-erdogan-power-grab-constitution/> [03.06.2018]).

PolitiFact

Politifact: *Build a wall, and make Mexico pay for it*, politifact.com 16.01.2017
(<http://www.politifact.com/truth-o-meter/promises/trumpometer/promise/1397/build-wall-and-make-mexico-pay-it/>

Valverde Miriam: *Donald Trump secures about \$1.6 billion for border barriers*,
politifact.com 23.03.2018 (<http://www.politifact.com/truth-o-meter/promises/trumpometer/promise/1397/build-wall-and-make-mexico-pay-it/>
[03.06.2018]).

Profil

Lettner, Martina: *'Schöner Schein' im Land von Jörg Haider*, profil.at 23.02.2008
(<https://www.profil.at/home/schoener-schein-land-joerg-haider-198254> [03.06.2018]).

Salzburger Nachrichten

Austria Presse Agentur: "X-te Kehrtwende": Italien irritiert über Kurz-Aussagen, sn.at 18.07.2017 (<http://www.salzburg.com/nachrichten/dossier/fluechtlinge/sn/artikel/x-te-kehrtwende-italien-irritiert-ueber-kurz-aussagen-256788/>) ([03.06.2018]).

Brändle, Stefan: *Auf der Zielgeraden krebst Le Pen zurück*, derstandard.at 02.05.2017 (<http://derstandard.at/2000056880743/Auf-der-Zielgeraden-krebst-Le-Pen-zurueck>) [03.06.2018]).

Kroisleitner, Oona: *Alkoholverbot am Praterstern: Ludwigs Populismus*, derstandard.at 22.04.2018 (<https://derstandard.at/2000078418221/Alkoholverbot-am-Praterstern-Ludwigs-Populismus>) [03.06.2018]).

Winder, Christoph: *Satire vom Feinsten: Die FPÖ als Hort der Sparmeister und Österreichpatrioten*, derstandard.at 10.02.2017 (<http://derstandard.at/2000052434956/Satire-vom-Feinsten-Die-FPOe-als-Hort-der-Sparmeister-und>) [03.06.2018]).

Süddeutsche Zeitung

Al-Serori, Leila; Das Gupta, Oliver: *Psychogramm eines Populisten*, sueddeutsche.de 10.10.2017 (<http://gfx.sueddeutsche.de/apps/e865780/www/>) [03.06.2018]).

Deutsche Presse-Agentur: *«Fake News» ist Anglizismus des Jahres 2016*, sueddeutsche.de 31.01.2017 (<http://www.sueddeutsche.de/news/leben/gesellschaft-fakenews-ist-anglizismus-des-jahres-2016-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-170131-99-97706>) [03.06.2018]).

Deutsche Presse-Agentur: *Hintergrund: Weniger als ein Prozent Muslime in den USA*, sueddeutsche.de 08.12.2015 (<http://www.sueddeutsche.de/news/politik/wahlen-hintergrund-weniger-als-ein-prozent-muslime-in-den-usa-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-151208-99-170606>) [03.06.2018]).

Tages-Anzeiger

Capodici, Vincenzo; Lutz, Mathias: *Der abgebremste Vormarsch der Populisten*, interaktiv.tagesanzeiger.ch 20.12.2017 (<https://interaktiv.tagesanzeiger.ch/2017/populisten-vormarsch/?openincontroller>) [03.06.2018]).

The Guardian

Associated Press: *Trump's travel ban is unconstitutional religious discrimination, US court rules*, theguardian.com 15.02.2018 (<https://www.theguardian.com/us->

[news/2018/feb/15/trump-travel-ban-unconstitutional-appeals-court-ruling-virginia](https://www.theguardian.com/us-news/2018/feb/15/trump-travel-ban-unconstitutional-appeals-court-ruling-virginia)
[03.06.2018]).

Clarke, Seán; Holder, Josh: *French presidential election: first round results in charts and maps*, theguardian 24.04.2017 (<https://www.theguardian.com/world/ng-interactive/2017/apr/23/french-presidential-election-results-2017-latest> [03.06.2018]).

Coman, Julian: *First Brexit then Trump. Is Italy next for the west's populist wave?*, theguardian.com 27.11.2016 (<https://www.theguardian.com/world/2016/nov/27/matteo-renzi-politics-italy-european-union-brexit-trump> [03.06.2018]).

Hunt, Elle: *Trump's inauguration crowd: Sean Spicer's claims versus the evidence*, theguardian.com 22.01.2017 (<https://www.theguardian.com/us-news/2017/jan/22/trump-inauguration-crowd-sean-spicers-claims-versus-the-evidence#img-1> [03.06.2018]).

Jamieson, Amber: *'You are fake news': Trump attacks CNN and BuzzFeed at press conference*, theguardian.com 11.01.2017 (<https://www.theguardian.com/us-news/2017/jan/11/trump-attacks-cnn-buzzfeed-at-press-conference> [03.06.2018]).

Laughland, Oliver: *Trump travel ban: US supreme court partially lifts block on order*, theguardian.com 27.06.2017 (<https://www.theguardian.com/us-news/2017/jun/26/trump-travel-ban-supreme-court-block-partially-lifted> [03.06.2018]).

Müller, Jan-Werner: *Trump, Erdoğan, Farage: The attractions of populism for politicians, the dangers for democracy*, theguardian.com 02.11.2016 (<https://www.theguardian.com/books/2016/sep/02/trump-erdogan-farage-the-attractions-of-populism-for-politicians-the-dangers-for-democracy> [03.06.2018]).

Reuters: *US presidential election is rigged, says Donald Trump – video*, theguardian.com 18.10.2016 (<https://www.theguardian.com/us-news/video/2016/oct/18/us-presidential-election-rigged-donald-trump-wisconsin-video> [03.06.2018]).

The Independent

Blair, Oliver: *Scott Baio defends Donald Trump's sexist comments: 'Ladies, this is what guys talk about when you're not around'*, independent.co.uk 10.10.2016 (<http://www.independent.co.uk/news/people/donald-trump-scott-baio-comments-response-sexism-ladies-guys-a7354021.html> [03.06.2018]).

Buncombe, Andrew: *Number of Anti-Muslim groups in US increased three-fold since Trump*

launched his Presidential campaign, say experts, independent.co.uk 23.01.2018
(<https://www.independent.co.uk/news/world/americas/us-politics/trump-presidential-campaign-anti-muslim-groups-islamophobia-racism-white-house-a8174486.html>
[03.06.2018]).

The Washington Post

Blake, Aaron: *President Trump's thoroughly confusing Fox Business interview, annotated*,
washingtonpost.com 12.04.2017 (<https://www.washingtonpost.com/news/the-fix/wp/2017/04/12/president-trumps-throughly-confusing-fox-business-interview-annotated/>
[05.06.2018]).

Borchers, Callum: *A brief history of Donald Trump and plagiarism*, washingtonpost.com
19.07.2016 (<https://www.washingtonpost.com/news/the-fix/wp/2016/07/19/a-brief-history-of-donald-trump-and-plagiarism/> [03.06.2018]).

Bump, Philip: *Trump's speech encouraging police to be 'rough,' annotated*,
washingtonpost.com 28.07.2018
(<https://www.washingtonpost.com/news/politics/wp/2017/07/28/trumps-speech-encouraging-police-to-be-rough-annotated/> [03.06.2018]).

Caesar, Chris: *Trump ran against political correctness. Now his team is begging for politeness.*, washingtonpost.com 16.05.2017
(https://www.washingtonpost.com/posteverything/wp/2017/05/16/trump-ran-against-political-correctness-now-his-team-is-begging-for-politeness/?utm_term=.6e3e1a2dfa19 [03.06.2018]).

Lee, Michelle: *Fact Check: Has Trump declared bankruptcy four or six times?*,
washingtonpost.com 27.09.2016 (https://www.washingtonpost.com/politics/2016/live-updates/general-election/real-time-fact-checking-and-analysis-of-the-first-presidential-debate/fact-check-has-trump-declared-bankruptcy-four-or-six-times/?utm_term=.09c8fb64fa65 [03.06.2018]).

Milbank, Dana: *President Trump is blessedly weak*, washingtonpost.com 05.03.2018
https://www.washingtonpost.com/opinions/president-trump-is-blessedly-weak/2018/03/05/ce0275f2-20c6-11e8-94da-ebf9d112159c_story.html?utm_term=.c474481ff809 [03.06.2018]).

Vladeck, Steve: *Now Congress has to act to keep Trump from firing Mueller on a whim*,
washingtonpost.com 26.01.2018

https://www.washingtonpost.com/news/posteverything/wp/2018/01/26/now-congress-has-to-act-to-keep-trump-from-firing-mueller-on-a-whim/?utm_term=.88dff759859c [03.06.2018]).

TIME

TIME Staff: *Here's Donald Trump's Presidential Announcement Speech*, time.com
16.06.2015 (<http://time.com/3923128/donald-trump-announcement-speech/> [03.06.2018]).

Vienna Online

Vienna.at: *Lugner protestiert vor dem ORF-Zentrum in Wien mit Freibier*, vienna.at
14.04.2016 (<http://www.vienna.at/lugner-protestiert-vor-dem-orf-zentrum-in-wien-mit-freibier/4688947> [03.06.2018]).

Wiener Zeitung

Hämmerle, Walter: *Szenen einer unsteten Beziehung*, wienerzeitung.at 02.10.2013
(https://www.wienerzeitung.at/nachrichten/oesterreich/politik/577674_Szenen-einer-unsteten-Beziehung.html [03.06.2018]).

Wienerzeitung.at: *Nur kurz war Haider weg*, wienerzeitung.at 04.07.2005
(https://www.wienerzeitung.at/nachrichten/oesterreich/politik/336010_Nur-kurz-war-Haider-weg.html?em_cnt=336010 [03.06.2018]).

5.3 Social Media

Facebook

Strache, Heinz-Christian: Post vom 30.10.2016, Facebook: HC Strache
(<https://www.facebook.com/HCStrache/posts/10154318582803591> [03.06.2018]).

Twitter

Donald Trump: Tweet vom 17.02.2017, 13:48, Twitter: @realDonaldTrump
(<https://twitter.com/realDonaldTrump/status/832708293516632065> [03.06.2018]).

Homepage von TheSingingTrump, Twitter: @TheSingingTrump
<https://twitter.com/thesingingtrump?lang=de> [03.06.2018]).

5.4 Videos

ARD Mediathek

Bayerischer Rundfunk 2017: *Was tun gegen Populismus?*, ardmediathek.de 19.07.2017
(verfügbar bis 19.07.2022 – <http://www.ardmediathek.de/tv/S%C3%9CDLICHT/Was-tun-gegen-Populismus/BR-Fernsehen/Video?bcastId=34633636&documentId=44570954>

[03.06.2018]).

CNN politics

CBS News: *Donald Trump: Cruz is the 'biggest liar'*, edition.cnn.com 2016

(<http://edition.cnn.com/videos/politics/2016/01/28/gop-debate-trump-cruz-interrupt-liar-vstan-orig-06.cbs-news> [03.06.2018]).

ORF TVthek

ORF TVthek: *Aufstieg Jörg Haiders*, tvthek.orf.at 30.12.1986

(<http://tvthek.orf.at/archive/Von-Sinowatz-bis-Haider/6284173/Aufstieg-Joerg-Haiders/6502815> [03.06.2018]).

Youtube

♪ *The Obligatory Trump Remix*, Video vom 25.10.2016, Youtube: James Dean Death Scene

(https://www.youtube.com/watch?v=eN2wN1V5_F4 [03.06.2018]).

America's Got Talent 2017 Donald Trump Wins Again Full Audition S12E01, Video vom

31.05.2017, Youtube: Anthony Ying (<https://www.youtube.com/watch?v=jD5mtaIbEdY> [03.06.2018]).

BING BONG Merry Christmas // Songify the News, War on Christmas Edition, Video vom

23.12.2017, Youtube: schmoyoho (<https://www.youtube.com/watch?v=koCmYJ-pdG8> [03.06.2018]).

Charlie Chaplin - Adenoid Hynkel Speech - The Great Dictator (1940), Video vom

27.07.2016, Youtube: TheChaplinFilms (<https://www.youtube.com/watch?v=gCF5LBPhcb4> [03.06.2018]).

Donald Trump vs Ebenezer Scrooge. Epic Rap Battles of History Season 3., Video vom

19.12.2013, Youtube; ERB (<https://www.youtube.com/watch?v=cP6VqB4klpQ> [03.06.2018]).

Donald Trump vs Hillary Clinton. Epic Rap Battles of History., Video vom 26.10.2016,

Youtube: ERB (<https://www.youtube.com/watch?v=Kbryz0mxuMY> [03.06.2018]).

HC Straches Bierzelt-Rede am Urfahrmarkt, Video vom 02.05.2012, Youtube:

Oberösterreichische Nachrichten (<https://www.youtube.com/watch?v=hSFvZFrAvjs> [03.06.2018]).

Jan Böhmermann / Schmähkritik, Video vom 22.04.2016, Youtube: Steven
(<https://www.youtube.com/watch?v=dhSOuF0oP0E> [03.06.2018]).

Jörg Haider 1991, Video vom 04.02.2018, Youtube: Fritz R
(<https://www.youtube.com/watch?v=nAV3iuqfdtg> [03.06.2018]).

'Mr. Brexit' Nigel Farage Speaks at Donald Trump Rally in Jackson, MS, Video vom 24.08.2016, Youtube: Right Side Broadcasting Network
(https://www.youtube.com/watch?v=oj4K9fr_WgY [03.06.2018]).

Norbert Hofer - Rede zum "Politischen Martini 2016" - 11.11.2016, Video vom 13.11.2016, Youtube: Oesterreichzuerst (<https://www.youtube.com/watch?v=HhuTO1UrArI> [03.06.2018]).

Strache vs. Kurz - ORF-Konfrontation - 10.10.2017, Video vom 10.10.2017, Youtube: Oesterreichzuerst (<https://www.youtube.com/watch?v=fjHMG3-PyIc> [03.06.2018]).

TV Duell Franz Vranitzky (SPÖ) vs Jörg Haider (FPÖ), ORF 21.9.1994, Video vom 16.10.2017, Youtube: Politik konserviert (<https://www.youtube.com/watch?v=5GQ-a53j-cs&t=984s> [03.06.2018]).

Viktor Orbán Day of Honor Speech 2018 (with ENG subs), Video vom 17.03.2018, Youtube: Dr. Steve Turley (https://www.youtube.com/watch?v=GmGyDw6_ypo [03.06.2018]).

Winter is Trumping, Video vom 20.02.2016, Youtube: Huw Parkinson
<https://www.youtube.com/watch?v=I0tE6T-ecmg> [03.06.2018]).

5.5 Transkripte

Austria Presse Agentur

Diskussion: Haider – Strache (22.08.2008)

Austria Presse Agentur: *TV-Konfrontation (21:15) - 02 NR-Wahl/FPÖ-BZÖ - Strache von Haider enttäuscht*, aomlibrary-apa-at.uaccess.univie.ac.at (https://aomlibrary-apa-at.uaccess.univie.ac.at/portal/restricted/textstory.htm?hist=3&index=58&txtSession=egSLDMIlg0gxktsXmH6cFFcbQFqgVu0viP7ihrcI#show&key=MWVOLL_200808222115002865347&date=20080822 [03.06.2018]).

Austria Presse Agentur: *TV-Konfrontation (21:15) - 03 NR-Wahl/FPÖ-BZÖ - Haider als Trittbrettfahrer?*, aomlibrary-apa-at.uaccess.univie.ac.at (https://aomlibrary-apa-at.uaccess.univie.ac.at/portal/restricted/textstory.htm?hist=3&index=58&txtSession=egSLDMIlg0gxktsXmH6cFFcbQFqgVu0viP7ihrcI#show&key=MWVOLL_200808222115002865347&date=20080822 [03.06.2018]).

[at.uaccess.univie.ac.at/portal/restricted/text.htm?hist=3&action=gotoText&index=60&txtSession=egSLDMIlg0gxktsXmH6cFFcbQFqgVu0viP7ihrcI#show&key=MWVOLL_200808222115002865348&date=20080822](https://aomlibrary-apa-at.uaccess.univie.ac.at/portal/restricted/text.htm?hist=3&action=gotoText&index=60&txtSession=egSLDMIlg0gxktsXmH6cFFcbQFqgVu0viP7ihrcI#show&key=MWVOLL_200808222115002865348&date=20080822) [03.06.2018]).

Austria Presse Agentur: *TV-Konfrontation (21:15) - 04 NR-Wahl/FPÖ-BZÖ - Keine neue Ideen in der FPÖ?*, aomlibrary-apa-at.uaccess.univie.ac.at (https://aomlibrary-apa-at.uaccess.univie.ac.at/portal/restricted/text.htm?hist=3&action=gotoText&index=62&txtSession=egSLDMIlg0gxktsXmH6cFFcbQFqgVu0viP7ihrcI#show&key=MWVOLL_200808222115002865349&date=20080822 [03.06.2018]).

Austria Presse Agentur: *TV-Konfrontation (21:15) - 05 NR-Wahl/FPÖ-BZÖ - FPÖ-Lösungen für Teuerungsstopp*, aomlibrary-apa-at.uaccess.univie.ac.at (https://aomlibrary-apa-at.uaccess.univie.ac.at/portal/restricted/text.htm?hist=3&action=gotoText&index=61&txtSession=egSLDMIlg0gxktsXmH6cFFcbQFqgVu0viP7ihrcI#show&key=MWVOLL_200808222115002865350&date=20080822 [03.06.2018]).

Austria Presse Agentur: *TV-Konfrontation (21:15) - 07 NR-Wahl/FPÖ-BZÖ - Lösungen für Spritpreissenkung*, aomlibrary-apa-at.uaccess.univie.ac.at (https://aomlibrary-apa-at.uaccess.univie.ac.at/portal/restricted/text.htm?txtSession=egSLDMIlg0gxktsXmH6cFFcbQFqgVu0viP7ihrcI&hist=4&index=9&length=#show&key=MWVOLL_200808222115002865352&date=20080822 [03.06.2018]).

Austria Presse Agentur: *TV-Konfrontation (21:15) - 11 NR-Wahl/FPÖ-BZÖ - FPÖ AusländerInnenpolitik*, aomlibrary-apa-at.uaccess.univie.ac.at (https://aomlibrary-apa-at.uaccess.univie.ac.at/portal/restricted/text.htm?txtSession=egSLDMIlg0gxktsXmH6cFFcbQFqgVu0viP7ihrcI&hist=4&index=12&length=#show&key=MWVOLL_200808222115002865356&date=20080822 [03.06.2018]).

Austria Presse Agentur: *TV-Konfrontation (21:15) - 12 NR-Wahl/FPÖ-BZÖ - Deutschkenntnisse von Kindergartenkindern*, aomlibrary-apa-at.uaccess.univie.ac.at, aomlibrary-apa-at.uaccess.univie.ac.at (https://aomlibrary-apa-at.uaccess.univie.ac.at/portal/restricted/text.htm?txtSession=egSLDMIlg0gxktsXmH6cFFcbQFqgVu0viP7ihrcI&hist=4&index=10&length=#show&key=MWVOLL_200808222115002865357&date=20080822 [03.06.2018]).

Austria Presse Agentur: *TV-Konfrontation (21:15) - 13 NR-Wahl/FPÖ-BZÖ - Thema Sozialversicherungen*, aomlibrary-apa-at.uaccess.univie.ac.at (https://aomlibrary-apa-at.uaccess.univie.ac.at/portal/restricted/text.htm?txtSession=egSLDMIlg0gxktsXmH6cFFcbQFqgVu0viP7ihrcI&hist=4&index=11&length=#show&key=MWVOLL_200808222115002865358&date=20080822 [03.06.2018]).

[at.uaccess.univie.ac.at/portal/restricted/text.htm?txtSession=egSLDMIIg0gxktsXmH6cFFcbQFqgVu0viP7ihrcI&hist=4&index=13&length=#show&key=MWVOLL_200808222115002865358&date=20080822](https://aomlibrary-apa-at.uaccess.univie.ac.at/portal/restricted/text.htm?txtSession=egSLDMIIg0gxktsXmH6cFFcbQFqgVu0viP7ihrcI&hist=4&index=13&length=#show&key=MWVOLL_200808222115002865358&date=20080822) [03.06.2018]).

Austria Presse Agentur: *TV-Konfrontation (21:15) - 14 NR-Wahl/FPÖ-BZÖ - Kärnten als österr. Vorbild?*, aomlibrary-apa-at.uaccess.univie.ac.at (https://aomlibrary-apa-at.uaccess.univie.ac.at/portal/restricted/text.htm?txtSession=egSLDMIIg0gxktsXmH6cFFcbQFqgVu0viP7ihrcI&hist=4&index=5&length=#show&key=MWVOLL_200808222115002865359&date=20080822) [03.06.2018]).

Austria Presse Agentur: *TV-Konfrontation (21:15) - 15 NR-Wahl/FPÖ-BZÖ - Strache will in die Regierung*, aomlibrary-apa-at.uaccess.univie.ac.at (https://aomlibrary-apa-at.uaccess.univie.ac.at/portal/restricted/text.htm?txtSession=egSLDMIIg0gxktsXmH6cFFcbQFqgVu0viP7ihrcI&hist=4&index=17&length=#show&key=MWVOLL_200808222115002865360&date=20080822) [03.06.2018]).

Austria Presse Agentur: *TV-Konfrontation (21:15) - 17 NR-Wahl/FPÖ-BZÖ - Künftig FPÖ-BZÖ-Zusammenarbeit möglich?*, aomlibrary-apa-at.uaccess.univie.ac.at (https://aomlibrary-apa-at.uaccess.univie.ac.at/portal/restricted/text.htm?txtSession=egSLDMIIg0gxktsXmH6cFFcbQFqgVu0viP7ihrcI&hist=4&index=14&length=#show&key=MWVOLL_200808222115002865362&date=20080822) [03.06.2018]).

Diskussion: Faymann – Strache (17.09.2013)

Austria Presse Agentur: *Wahl 13 21:05 (21:05) - Faymann - Strache - 06 – Pensionsanhebungen*, aomlibrary-apa-at.uaccess.univie.ac.at (https://aomlibrary-apa-at.uaccess.univie.ac.at/portal/restricted/text.htm?txtSession=egSLDMIIg0gxktsXmH6cFFcbQFqgVu0viP7ihrcI&hist=10&index=13&length=#show&key=MWVOLL_20130917_3290711&date=20130917) [03.06.2018]).

Austria Presse Agentur: *Wahl 13 21:05 (21:05) - Faymann - Strache - 07 - Situation Pflegebedürftiger*, aomlibrary-apa-at.uaccess.univie.ac.at (https://aomlibrary-apa-at.uaccess.univie.ac.at/portal/restricted/text.htm?txtSession=egSLDMIIg0gxktsXmH6cFFcbQFqgVu0viP7ihrcI&hist=10&index=17&length=#show&key=MWVOLL_20130917_3290790&date=20130917) [03.06.2018]).

Austria Presse Agentur: *Wahl 13 21:05 (21:05) - Faymann - Strache - 08 – Reallohnverluste*,

aomlibrary-apa-at.uaccess.univie.ac.at (https://aomlibrary-apa-at.uaccess.univie.ac.at/portal/restricted/text.htm?txtSession=egSLDMIIg0gxktsXmH6cFFcbQFqgVu0viP7ihrcI&hist=10&index=21&length=#show&key=MWVOLL_20130917_3290869&date=20130917) [03.06.2018]).

Austria Presse Agentur: Wahl 13 21:05 (21:05) - *Faymann - Strache - 10 – Gruppenbesteuerung*, aomlibrary-apa-at.uaccess.univie.ac.at (https://aomlibrary-apa-at.uaccess.univie.ac.at/portal/restricted/text.htm?txtSession=egSLDMIIg0gxktsXmH6cFFcbQFqgVu0viP7ihrcI&hist=10&index=23&length=#show&key=MWVOLL_20130917_3290979&date=20130917) [03.06.2018]).

Austria Presse Agentur: Wahl 13 21:05 (21:05) - *Faymann - Strache - 13 – Finanztransaktionssteuer*, aomlibrary-apa-at.uaccess.univie.ac.at (https://aomlibrary-apa-at.uaccess.univie.ac.at/portal/restricted/text.htm?hist=10&action=gotoText&index=24&txtSession=egSLDMIIg0gxktsXmH6cFFcbQFqgVu0viP7ihrcI#show&key=MWVOLL_20130917_3291097&date=20130917) [03.06.2018]).

Austria Presse Agentur: *Wahl 13 21:05 (21:05) - Faymann - Strache - 14 – ESM*, aomlibrary-apa-at.uaccess.univie.ac.at (https://aomlibrary-apa-at.uaccess.univie.ac.at/portal/restricted/text.htm?txtSession=egSLDMIIg0gxktsXmH6cFFcbQFqgVu0viP7ihrcI&hist=10&index=20&length=#show&key=MWVOLL_20130917_3291253&date=20130917) [03.06.2018]).

Diskussion: Kurz – Strache (10.10.2017)

Austria Presse Agentur: *Wahl 17 - Konfrontation (20:15) - Kurz vs. Strache - 02 - Einfluss von Spendern II und Migration I*, aomlibrary-apa-at.uaccess.univie.ac.at (https://aomlibrary-apa-at.uaccess.univie.ac.at/portal/restricted/text.htm?txtSession=egSLDMIIg0gxktsXmH6cFFcbQFqgVu0viP7ihrcI&hist=11&index=10&length=#show&key=MWVOLL_20171010_8938795&date=20171010) [03.06.2018]).

Austria Presse Agentur: *Wahl 17 - Konfrontation (20:15) - Kurz vs. Strache - 03 - Islamisierung und Verhältnis zu Migration II*, aomlibrary-apa-at.uaccess.univie.ac.at (https://aomlibrary-apa-at.uaccess.univie.ac.at/portal/restricted/text.htm?txtSession=egSLDMIIg0gxktsXmH6cFFcbQFqgVu0viP7ihrcI&hist=11&index=15&length=#show&key=MWVOLL_20171010_8938845&date=20171010) [03.06.2018]).

Austria Presse Agentur: *Wahl 17 - Konfrontation (20:15) - Kurz vs. Strache - 05 - Brexit, Haltung zu Europa und CETA*, aomlibrary-apa-at.uaccess.univie.ac.at (https://aomlibrary-apa-at.uaccess.univie.ac.at/portal/restricted/text.htm?txtSession=egSLDMIlg0gxktsXmH6cFFcbQFqgVu0viP7ihrcI&hist=11&index=13&length=#show&key=MWVOLL_20171010_8938988&date=20171010) [03.06.2018]).

Austria Presse Agentur: *Wahl 17 - Konfrontation (20:15) - Kurz vs. Strache - 06 - EU-Ratsvorsitz, CETA, Pensionen und Mindestsicherung*, aomlibrary-apa-at.uaccess.univie.ac.at (https://aomlibrary-apa-at.uaccess.univie.ac.at/portal/restricted/text.htm?txtSession=egSLDMIlg0gxktsXmH6cFFcbQFqgVu0viP7ihrcI&hist=11&index=12&length=#show&key=MWVOLL_20171010_8939007&date=20171010) [03.06.2018]).

Austria Presse Agentur: *Wahl 17 - Konfrontation (20:15) - Kurz vs. Strache - 08 - Richtlinienkompetenz und Ressortverteilung*, aomlibrary-apa-at.uaccess.univie.ac.at (https://aomlibrary-apa-at.uaccess.univie.ac.at/portal/restricted/text.htm?txtSession=egSLDMIlg0gxktsXmH6cFFcbQFqgVu0viP7ihrcI&hist=11&index=16&length=#show&key=MWVOLL_20171010_8939148&date=20171010) [03.06.2018]).

Diskussion: Hofer – Van der Bellen 1 (15.05.2016)

Austria Presse Agentur: *ATV Meine Wahl - Das Duell (20:15) - Hofer vs. Van der Bellen - 3*, aomlibrary-apa-at.uaccess.univie.ac.at (https://aomlibrary-apa-at.uaccess.univie.ac.at/portal/restricted/text.htm?txtSession=egSLDMIlg0gxktsXmH6cFFcbQFqgVu0viP7ihrcI&hist=12&index=3&length=#show&key=ATVVOLL_20160515_6868929&date=20160515) [03.06.2018]).

Austria Presse Agentur: *ATV Meine Wahl - Das Duell (20:15) - Hofer vs. Van der Bellen – 4*, aomlibrary-apa-at.uaccess.univie.ac.at (https://aomlibrary-apa-at.uaccess.univie.ac.at/portal/restricted/text.htm?txtSession=egSLDMIlg0gxktsXmH6cFFcbQFqgVu0viP7ihrcI&hist=12&index=2&length=#show&key=ATVVOLL_20160515_6868986&date=20160515) [03.06.2018]).

Austria Presse Agentur: *ATV Meine Wahl - Das Duell (20:15) - Hofer vs. Van der Bellen – 8*, aomlibrary-apa-at.uaccess.univie.ac.at (https://aomlibrary-apa-at.uaccess.univie.ac.at/portal/restricted/text.htm?txtSession=egSLDMIlg0gxktsXmH6cFFcbQFqgVu0viP7ihrcI&hist=12&index=6&length=#show&key=ATVVOLL_20160515_6869507)

&date=20160515 [03.06.2018]).

Diskussion: Hofer – Van der Bellen 2 (19.05.2016)

Austria Presse Agentur: *Wahl 16 - Das Duell - Hofer : Van der Bellen (20:15) - 4- Überparteilichkeit und Allmachtsfantasien*, aomlibrary-apa-at.uaccess.univie.ac.at (https://aomlibrary-apa-at.uaccess.univie.ac.at/portal/restricted/text.htm?txtSession=egSLDMIIg0gxktsXmH6cFFcbQFqgVu0viP7ihrcI&hist=13&index=11&length=#show&key=MWVOLL_20160519_6885109&date=20160519) [03.06.2018]).

Austria Presse Agentur: *Wahl 16 - Das Duell - Hofer : Van der Bellen (20:15) - 5- Heimatbegriff, Visionen und Werte*, aomlibrary-apa-at.uaccess.univie.ac.at (https://aomlibrary-apa-at.uaccess.univie.ac.at/portal/restricted/text.htm?txtSession=egSLDMIIg0gxktsXmH6cFFcbQFqgVu0viP7ihrcI&hist=13&index=16&length=#show&key=MWVOLL_20160519_6885154&date=20160519) [03.06.2018]).

Austria Presse Agentur: *Wahl 16 - Das Duell - Hofer : Van der Bellen (20:15) - 6- Staatsbürger*, aomlibrary-apa-at.uaccess.univie.ac.at (https://aomlibrary-apa-at.uaccess.univie.ac.at/portal/restricted/text.htm?txtSession=egSLDMIIg0gxktsXmH6cFFcbQFqgVu0viP7ihrcI&hist=13&index=20&length=#show&key=MWVOLL_20160519_6885235&date=20160519) [03.06.2018]).

Austria Presse Agentur: *Wahl 16 - Das Duell - Hofer : Van der Bellen (20:15) - 10- CETA, TTIP und direkte Demokratie*, aomlibrary-apa-at.uaccess.univie.ac.at (https://aomlibrary-apa-at.uaccess.univie.ac.at/portal/restricted/text.htm?txtSession=egSLDMIIg0gxktsXmH6cFFcbQFqgVu0viP7ihrcI&hist=13&index=22&length=#show&key=MWVOLL_20160519_6885427&date=20160519) [03.06.2018]).

Visegrád Post

Rede Orbans (19.03.2018)

Visegrád Post: *Viktor Orbán's ceremonial speech on the 170th anniversary of the Hungarian Revolution of 1848 – FULL SPEECH*, visegradpost.com (<https://visegradpost.com/en/2018/03/19/viktor-orbans-ceremonial-speech-on-the-170th-anniversary-of-the-hungarian-revolution-of-1848-full-speech/>) [03.06.2018]).

5.6 Sonstige Quellen

Bundesministerium für Inneres: *Bundespräsidentenwahl 2016: Endgültiges Ergebnis*, wahl16.bmi.gv.at 2016 (<http://wahl16.bmi.gv.at/> [03.06.2018]).

Bundeskanzleramt: *Regierungserklärung. Rede von Bundeskanzler Sebastian Kurz im Nationalrat am 20. Dezember 2017*, bundeskanzleramt.gv.at 20.12.2017 (<https://www.bundeskanzleramt.gv.at/-/regierungserklärung> [03.06.2018]).

Committee to Investigate Russia: *Everything We Know About Russia and President Trump*, investigaterussia.org 01.05.2018 (<https://investigaterussia.org/timelines/everything-we-know-about-russia-and-president-trump> [03.06.2018]).

Das Neue Österreich und Liberales Forum: *NEOS Wien zu Praterstern: Alkoholverbot ist reiner Populismus!*, ots.at 22.04.2018 (https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20180422_OTS0023/neos-wien-zu-praterstern-alkoholverbot-ist-reiner-populismus [03.06.2018]).

Freiheitliche Partei Österreich: *Der Weg zur Unterwerfung unter den Islam*, fpoe.at 07.12.2017 (<https://www.fpoe.at/artikel/der-weg-zur-unterwerfung-unter-den-islam/> [03.06.2018]).

SORA Institute for Social Research and Consulting: *Bundespräsidentenwahl 2016: Stichwahl*, sora.at (<http://www.sora.at/themen/wahlverhalten/wahlanalysen/bp-stichwahl16.html> [03.06.2018]).

Kidd Karma; ManoelKim, u.a.: *Donald Trump vs Hillary Clinton Epic Rap Battles of History*, genius.com <https://genius.com/Epic-rap-battles-of-history-donald-trump-vs-hillary-clinton-lyrics> [03.06.2018]).

Kulturabteilung der Stadt Wien: *"Die Wiederkehr der starken Männer"*, wien.gv.at <https://www.wien.gv.at/kultur/abteilung/vorlesungen/termine/2017/wiederkehr-16-5.html> [03.06.2018]).

Murawski, Bernd: *Über den Erfolg des rechten Populismus*, heise.de 15.06.2017 (<https://www.heise.de/tp/features/Ueber-den-Erfolg-des-rechten-Populismus-3735555.html?seite=all> [03.06.2018]).

Müller, Jan-Werner: *Ist die Europäische Union als wehrhafte Demokratie gescheitert? – Essay*, bpb.de 08.09.2017 (<http://www.bpb.de/apuz/255601/ist-die-europaeische-union-als->

wehrhafte-demokratie-gescheitert?p=all [03.06.2018]).

Shephard, Alex: *Donald Trump is treating Fox News like it's state TV.*, newrepublic.com 27.06.2017 (<https://newrepublic.com/minutes/143564/donald-trump-treating-fox-news-like-its-state-tv> [03.06.2018]).

Singh Manoj: *The 2007-08 Financial Crisis In Review*, investopedia.com 2018 (<https://www.investopedia.com/articles/economics/09/financial-crisis-review.asp> [03.06.2018]).

Statista 2018: *USA: Gesamtbevölkerung von 2008 bis 2018 (in Millionen Einwohner)*, statista.com April 2018
<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/19320/umfrage/gesamtbevoelkerung-der-usa/> [03.06.2018]).

5.7 Bilderverzeichnis

Abb. 1: <https://www.fpoe.at/artikel/norbert-hofer-als-stimme-der-vernunft-fuer-den-das-recht-vom-volk-ausgeht/> (12.07.2017).

Abb. 2: <http://www.tagesspiegel.de/politik/spd-bundestagsfraktion-verfassungsschutz-soll-pegida-und-afd-ins-visier-nehmen/12795692.html> (12.07.2017).

Abb. 3: <https://www.theguardian.com/us-news/2017/jan/22/trump-inauguration-crowd-sean-spicers-claims-versus-the-evidence#img-1> (07.08.2017)

Abb. 4: <https://twitter.com/realDonaldTrump/status/832708293516632065> (12.08.2017)

Abb. 5: <https://puu.sh/zD93R/8cdd5484d5.png> (08.03.2018)

Abb. 6: <https://puu.sh/zD8Ux/9be97459f9.png> (08.03.2018)

Abb. 7: <https://puu.sh/zD9yE/4a6886714e.png> (08.03.2018)

Abb. 8: <https://puu.sh/zDVCB/9b6c53d494.png> (09.03.2018)

Abb. 9: <https://puu.sh/zDVp9/76d612b1b9.png> (09.03.2018)

Abb. 10: Abromeit, John; Chesterton, Bridget Maria; u.a.: *Transformation of Populism in Euuroopa and the Americas. History and Recent Tendencies*, London: Bloomsbury 2016. S. xvi.

6. Anhang

Abstract

Der Definition von Jan-Werner Müller folgend, bedingt Populismus einen Kern in Form des imperativen Mandats. Der/die Trägerin des Mandats ist an den Willen des Volkes gebunden, wobei das Volk nicht definierbar ist. Daraus ergibt sich eine eigene, subjektive Abgrenzung, wer zu dem populistischen „Volk“ gehört und wer nicht. Der/die PopulistIn glaubt, selbst moralische Grundsätze festlegen und die „echten“ Staatsbürger vom Rest unterscheiden zu können. Weiters fühlt sich diese/r nur für die „echten“ BürgerInnen verantwortlich und versucht, den Aufbau des Staates diesbezüglich umzugestalten. Dies drückt sich in zwei Nebeneffekten des Populismus aus: Anti-Elitismus und Anti-Pluralismus. Ersterer richtet sich gegen „die da oben“ und zielt darauf ab, etablierte Institutionen, wie etwa freie Medien unter Kontrolle zu bringen. Dabei wird vor „ausländischen AgentInnen“ oder „VolksverräterInnen“ gewarnt, die auch nach dem Wahlsieg der PopulistInnen weiterhin die Institutionen unterwandern. Zweiterer richtet sich gegen die Bedrohung des Staates durch ausländische Kräfte wie MigrantInnen oder überstaatliche Gebilde. Es entsteht der Eindruck eines allgegenwärtigen Belagerungszustandes, den nur der/die PopulistIn abwenden kann. Einmal im Amt, versucht diese/r die Verfassung zu unterwandern, um auch bei der nächsten Wahl weiterhin regieren zu können. Dabei wird jedoch der Anschein einer Demokratie erhalten, da der weltpolitische Druck keine anti-demokratische Regierung in bis dato anerkannten Demokratien dulden wird. Also gilt es, dem Gegner die Chance auf einen fairen Wahlkampf zu nehmen, dabei jedoch stets den Eindruck zu vermitteln, dass die populistische Partei mit dem nächsten Wahlgang abgewählt werden kann.

Wie erkennt man PopulistInnen? Der Zugang über die Methoden ist nicht vielversprechend, da diese auch von Personen verwendet werden können, die eindeutig keine populistische Weltsicht haben. Genauso ist auch die Herangehensweise über die WählerInnen nur von begrenztem Erfolg gesegnet. Den größten Zulauf erhalten PopulistInnen anscheinend von Menschen mit pessimistischer Einstellung – von denen viele als „GlobalisierungsverliererInnen“ bezeichnet werden. Der erfolgreichste Ansatz ist, den Inhalt der Reden von populistischen PolitikerInnen zu analysieren. Dabei sollte man zuerst auf anti-elitäre oder anti-pluralistische Aussagen achten und diese dann im jeweiligen Kontext auf die Wirkung eines imperativen Mandats untersuchen. Spricht der/die RednerIn in der Überzeugung, selbst das „Volk“ begrenzen und dabei dieses „Volk“ auch als einzige/r vertreten zu können, so handelt es sich hier um Populismus. Beispiele dafür finden sich etwa in den Reden von Jörg Haider, Heinz-Christian Strache und Norbert Hofer, welche die drei bekanntesten Populisten Österreichs darstellen.